

4 In der Zusammenbruchsgesellschaft (1945 – 1952)

Im Mai 1945 ging mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht, zunächst am 8. Mai im französischen Reims und am 9. Mai in Berlin-Karlshorst, ein verhängnisvolles Kapitel der deutschen Geschichte zu Ende. Damit endete das mit großem Aplomb und dem Anspruch auf tausendjährige Dauer reklamierte Dritte Reich schmachvoll und hinterließ ein verwüstetes Europa, eine zerfallene Weltordnung und eine verarmte und moralisch in höchstem Maße diskreditierte deutsche Gesellschaft. Durch Erklärung der Siegermächte über die Übernahme der Staatsgewalt im besiegten Deutschland hatte auch das Deutsche Reich zu existieren aufgehört. Eine neue Ordnung für das besiegte Land war erst noch zu finden,¹ denn die Gegenwart schien alles andere als zukunftssträchtig:

Eisenbahnnetze, Kanäle, Brücken und Straßen waren von Bomben oder Truppen auf dem Rückzug zerstört worden. In vielen Gegenden gab es kein Gas, Strom oder Wasser. Nur unter großen Schwierigkeiten waren Lebensmittel, Medikamente und, als das Jahr 1945 zu Ende ging und der Winter nahte, Heizmaterialien zu bekommen. Die landwirtschaftliche Produktion hatte sich nahezu halbiert. Viele Menschen litten an Unterernährung, wurden krank vom nagenden Hunger. Nicht weniger erdrückend war die Wohnungsnot: Wer überhaupt eine Wohnung hatte, musste sie oft mit anderen, oft fremden Menschen teilen. Die Städte waren so gründlich zerstört, dass die Obdachlosigkeit katastrophale Maße annahm.²

Dennoch bildete das Jahr 1945 für Deutschland keine „Stunde null“, von der an voraussetzungslos eine neue Entwicklung in Gang gesetzt werden konnte. Vielmehr wirkten die Lasten der Vergangenheit noch lange weiter und auch die Entwicklungspfade, denen Deutschland seit Langem gefolgt war, konnten nicht einfach verlassen werden. In der mittleren Sicht erwies sich die Zäsur von 1945 deshalb eher ökonomisch als eine „kapitalistische Kontinuität“ und zugleich politisch auch als ein „demokratischer Neubeginn“ in der deutschen Geschichte.³ Gerade auch im Hinblick auf die Entwicklung der Wirtschaft zeigten sich in Westdeutschland in den folgenden Dekaden beachtliche Kontinuitäten.⁴ Hinsichtlich der Lebensverhältnisse unmittelbar nach dem Ende des Krieges muss man von einer „Zusammenbruchsgesellschaft“⁵ sprechen, in der die schiere Not ums Überleben für die Masse der Bevölkerung prägend wurde. Hatte das NS-Regime bis zum Ende des Krieges durch eine erbarmungslose Ausbeutung der besiegten Staaten und ein striktes Bewirtschaftungssystem unter Androhung z.T. drakonischer Strafen eine einigermaßen ausreichende

1 Hoffmann 2011, S. 3.

2 So die Zustandsbeschreibung bei Kershaw 2016, S. 635. Eine knappe Darlegung der ökonomischen „Post-war misery“ bei Giersch/Paqué/Schmieding 1992, S. 17–25.

3 Kocka 1979, S. 166.

4 Borchardt 1985, S. 45.

5 Dieser Begriff wurde von Kleßmann (1986, S. 37) in die Diskussion eingeführt.

Versorgung der heimischen Bevölkerung sicherstellen können,⁶ so brach diese Versorgung im Chaos des Kriegsendes völlig zusammen. Gewaltige demografische Verwerfungen, umfangreiche Wanderungsbewegungen und ein außerordentlich hohes Maß an sozialer Mobilität prägten zudem in den Folgejahren die deutsche Nachkriegsgesellschaft.⁷

4.1 Die Neubegründung des RWI nach 1945

Die geschilderten Zeitumstände wirkten sich natürlich auch auf die Arbeit des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung in der unmittelbaren Nachkriegszeit aus. Die Folgen des Krieges zeigten sich in den Verlusten des Instituts an materiellen und personellen Ressourcen. Das Institut war während des Krieges mehrfach ausgebombt worden und hatte dadurch einen großen Teil seiner Akten und Bücher verloren. Die Mitarbeiter, soweit sie nicht an anderer Stelle ihren Kriegseinsatz leisten mussten, hatten sich diesen erschwerten Arbeitsbedingungen anzupassen. Die Finanzlage des Instituts war zwar durch die vertraglich vereinbarten Zuschüsse aus öffentlichen Kassen und der privaten Wirtschaft geregelt und daher solide, doch der überall aufgetretene Mangel in der Kriegsgesellschaft war auch im RWI sichtbar. Während des Krieges und auch danach hatte die faktische Leitung des Hauses in den Händen von Walther Däbritz gelegen, und diesem kam auch das größte Verdienst bei der Wiederbegründung des Instituts nach 1945 zu.

Walther Däbritz war von Anfang an und blieb bis zu seinem Ausscheiden die dominierende Figur des Instituts und bestimmte weitgehend dessen Arbeitsprogramm und Entwicklung. Er wurde am 21. Dezember 1881 als Sohn des Seminaroberlehrers Prof. Dr. phil. Hermann Däbritz und seiner Ehefrau Hulda, geb. Grundmann in Grimma/Sachsen geboren.⁸ Däbritz war ev-luth. Konfession. Nach Abschluss der Vorschule wechselte er 1895 auf die Fürstenschule St. Augustin in Grimma, wo er Ostern 1901 das Reifezeugnis erhielt. 1901/02 absolvierte er seine Militärzeit als Einjährig-Freiwilliger im 2. Sächsischen Grenadier-Regiment No. 101 in Dresden. 1902 begann er ein Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, zunächst in München, wechselte dann nach Berlin und schließlich nach Leipzig, wo er im Jahr 1906 sein Erstes Juristisches Staatsexamen ablegte, im selben Jahr als Dr. phil. promoviert wurde und wenig später, nach Beginn seiner Berufstätigkeit im Jahre 1907 im darauf folgenden Jahr, zusätzlich noch eine juristische Promotion erfolgreich abschloss.⁹ Nach eigener Aussage habe ihm sein „Lehrer

⁶ Aly 2005.

⁷ Darauf haben auch zeitnahe Studien früh hingewiesen, insbesondere die des Soziologen Schelsky 1955 und ders. 1965.

⁸ Universitätsarchiv Köln (UAK) Zug. 17/889 mit einem ausführlichen Lebenslauf. Vgl. auch Ditt 2015.

⁹ Das Thema seiner staatswissenschaftlichen Dissertation von 1906 lautete: „Die Staatsschulden Sachsens in der Zeit von 1763 bis 1837“. Diese Arbeit steht ganz in der Tradition der Historischen Schule der deutschen Nationalökonomie, ist äußerst informativ, enthält wertvolles empirisches Material und

und Mentor“, Karl Bücher, seinerzeit eine Habilitation in Leipzig angeboten, ein Angebot, das er jedoch ausgeschlagen habe.¹⁰

Der Berufsbeginn hatte Walther Däbritz aus dem heimatlichen Sachsen an die Ruhr geführt, wo er 1907 in eines der bedeutendsten Bankhäuser Westdeutschlands, die Essener Credit-Anstalt, eintrat und dort zunächst als Volontär, dann als Bankbeamter und schließlich nach rascher Karriere als Prokurist tätig wurde. Eine privatwirtschaftliche Tätigkeit erschien ihm gegenüber dem immer weniger attraktiven Staatsdienst damals reizvoller.¹¹ Auch sein persönliches Glück fand er hier, denn am 30. September 1911 heiratete er Margarete Schulz (geb. 3. Oktober 1889), Tochter des Fabrikbesitzers Hermann Schulz aus Sötenich in der Eifel und dessen Ehefrau Luise, geb. Dietsch. Aus dieser Ehe entstammten zwei Kinder, Hans (geb. 5. Juli 1912) und Luise (geb. 10. April 1915). Doch das Bankgeschäft allein konnte den vielseitig interessierten Staatswissenschaftler auf Dauer nicht befriedigen. Schon im Wintersemester 1908/09 begann Däbritz in seiner neuen Heimat mit einer zunächst noch nebenamtlich ausgeübten Dozententätigkeit im Rahmen der „Akademischen Kurse für Wirtschaftswissenschaften, Essen“, die von den Schichten des gehobenen Bildungsbürgertums der Stadt in Ermangelung eines entsprechenden staatlichen Angebots selbst organisiert wurden.¹²

Im Hinblick auf ein gehobenes wissenschaftliches und kulturelles Angebot bildete das Ruhrrevier und mithin auch die Stadt Essen, trotz allen wirtschaftlichen Fortschritts der vorausgegangenen Dekaden, im frühen 20. Jahrhundert noch eine Diaspora. Dies war nicht zuletzt auch der preußischen Kulturpolitik geschuldet, die ja Universitäten lieber in kleine, bürgerlich geprägte Städte wie Bonn oder Münster legte und damit vermeiden wollte, dass freidenkerisches oder gar sozialistisches oder marxistisches Gedankengut zu nahe an die aufmüpfige Arbeiterschaft gebracht würde. Die Gründung der Handelshochschule und der späteren Universität zu Köln in einer Großstadt mit beachtlicher Industrie ging ja auch auf städtische Initiative zurück und selbst die Gründung einer Technischen Hochschule, gefordert und gefördert durch die Ruhrindustrie selbst, wurde ins ferne Aachen und nicht ins Revier gelegt.

Dieses war die kulturelle Situation, die Walther Däbritz bei seiner Ankunft an der Ruhr vorfand und deren Überwindung er zeitlebens einen Teil seiner Hauptaktivitäten widmete. Auch deshalb bot er im Wintersemester 1908/09 erstmals in den Akademi-

wird bis heute zitiert. Seine juristische Dissertation „Die Fusion von Aktiengesellschaften nach § 306 HGB“ behandelt hingegen ein weniger anspruchsvolles Thema.

10 So die Selbstauskunft: Walther Däbritz, „Heimat Essen. Warum ich nach Essen kam? – Warum ich hier blieb?“, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 26.5.1941.

11 So seine Aussage in: ebda. Zur Essener Credit-Anstalt neuerdings Bormann/Scholtyssek 2018, S. 70–96.

12 Die Kurse waren 1907 gegründet worden und sollten sowohl der Praktikerbildung als auch der gehobenen Fortbildung dienen. Ihr Leiter, Dr. Swet, gewann Däbritz für die Mitarbeit zunächst nebenamtlich und dann ab 1912 hauptamtlich, obwohl diesen erneut durch Karl Bücher ein „Ruf aus der Wissenschaft“ (Habitationsangebot?) erreichte. Bücher habe dann aber Däbritz' Entscheidung für Essen zugestimmt, obwohl es sich bei den Akademischen Kursen nicht um eine Hochschule handelte. Ebda.

schen Kursen eine Veranstaltung mit dem Titel „Wirtschaftliche Konjunktur und Kapitalmarkt“ an.¹³ Darin konnte er offenbar seine Erfahrungen im Bankgeschäft und das damals neu entfachte und zukunftsweisende Interesse an wirtschaftlichen Konjunkturen einbringen. Nach einer Reihe weiterer erfolgreicher Lehrveranstaltungen im Rahmen der Akademischen Kurse gab Walther Däbritz seine Stelle bei der Essener Credit-Anstalt auf und wechselte 1912 als Hauptamtlicher Dozent an die „Essener Akademischen Kurse für Wirtschaftswissenschaften und allgemeine Fortbildung“, wie die Kurse unter Betonung ihrer über die Wirtschaftswissenschaften hinausweisenden Bildungsziele nunmehr genannt wurden.¹⁴ Ihm wurde im Rahmen der Kurse das vertraute Gebiet „Geld-, Bank- und Börsenwesen“ zugewiesen.¹⁵ Im April 1913 organisierte er im Rahmen seiner Tätigkeiten eine Studienreise Leipziger Studenten in das rheinisch-westfälische Industriegebiet und hielt dort einen Vortrag „Entwicklung und Organisation der rheinisch-westfälischen Montanindustrie“. Auch suchte er sehr bald Anbindung an die im Westen des Reiches bestehenden Hochschulen und schon im Sommersemester 1914 konnte er im Staatswissenschaftlichen Seminar der Universität Münster eine Vorlesung „Geschichte der Großbetriebe des rheinisch-westfälischen Industriegebiets“ anbieten.¹⁶

Doch allen seinen Bemühungen um die Förderung des kulturellen und wissenschaftlichen Fortschritts im Ruhrgebiet setzte der Ausbruch des Ersten Weltkriegs ein vorläufiges Ende. Im August 1914 musste auch Walther Däbritz als Vizefeldwebel beim Landwehr-Infanterie-Regiment No. 382 einrücken. Er kämpfte bis 1918 an der Westfront, wurde dort zum Leutnant der Landwehr befördert und mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse ausgezeichnet.¹⁷ Nach seiner Rückkehr nach Essen nahm er im Sommersemester 1919 seine Tätigkeit als Hauptamtlicher Dozent der Akademischen Kurse der Stadt, nunmehr für das Gebiet der gesamten Volkswirtschaftslehre, wieder auf. Ab dem Herbst 1923 wurde er zum Leiter der Akademischen Kurse bestellt. Hinzu kam, dass er 1925 auch zum Direktor der neu begründeten Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie in Essen (später Niederrheinische Verwaltungsakademie) berufen wurde, die zunächst den Akademi-

13 Volkswirtschaftliche Vereinigung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet 1941, S. 35. In den folgenden Semestern bot er an: WS 1910/11: „Die Konzentration im deutschen Bankwesen“, SS 1911: „Kapitalmarkt und Bankwesen“.

14 Zu den Details seiner neuen Tätigkeit vgl. Abschrift der Ernennungsurkunde vom 1. Oktober 1912 in: Stadtarchiv Essen (SAE) 140 – 56, Prof. Dr. Däbritz, Walther, Dauerangestellter (Personalakte). Er erhielt ein jährliches Gehalt von 6.000 Mark und erlangte zugleich eine Pensionsberechtigung und die Hinterbliebenenversorgung von der Stadt Essen. Seine Lehrverpflichtungen umfassten sechs Semesterwochenstunden und er war verpflichtet, seinen Wohnsitz in Essen zu nehmen. Über seine Lehrverpflichtungen hinaus sollte er auch die Verwaltungs- und Leitungsarbeiten der Akademischen Kurse unterstützen.

15 UAK Zug. 17/889.

16 Volkswirtschaftliche Vereinigung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet 1941, S. 35.

17 Details über seinen Kriegsdienst finden sich in seiner Personalakte der Stadt Essen: Ab dem 3. 8. 1914 war er demnach an den Kämpfen zwischen Maas und Mosel (Priesterwald) beteiligt, 1916 bis Mai 1918 in Stellungskämpfe im Oberelsass verwickelt und dann von Juni 1918 Mitglied der Heeresgruppe Eichhorn (OK Kiel). SAE 140 – 56, Prof. Dr. Däbritz, Walther, Dauerangestellter (Personalakte).

schen Kursen angegliedert war und später, im Jahr 1939, verselbständigt wurde. Alle diese Tätigkeiten wurden nach der Auflösung des „Vortragsamtes der Stadt Essen“ zum 31. Juli 1937, das seit 1933 für den allgemeinen Teil der Akademischen Kurse der Stadt zuständig gewesen war, zum Zentrum seines beruflichen Wirkens.¹⁸ Damit hatte Walther Däbritz in Essen und weit darüber hinaus im Rahmen der Bemühungen um eine kulturelle und akademische Aufwertung der Industrieregion eine zentrale Position erlangt.

Mit diesen Bemühungen stand er damals nicht allein, und nicht nur in Essen wurde der Mangel an wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen im Revier als schmerzlich empfunden. In diesen Rahmen muss auch die Gründung der „Volkswirtschaftlichen Vereinigung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet“¹⁹ eingeordnet werden, an der Däbritz, gemeinsam mit dem damaligen Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Niederrhein in Duisburg und späteren Oberbürgermeister Otto Most, führend beteiligt war und in der er den Vorsitz des Wissenschaftlichen Beirats übernahm. In einer Rückschau auf die Gründungsgeschichte der Vereinigung kann man lesen:

Die kulturelle Situation des Ruhrbezirks ist seit jeher eigenartig gelagert. Es fehlen hier Hochschulen, die anderwärts die gegebenen Mittelpunkte wissenschaftlichen Lebens geworden sind. Die schönen Künste haben in anderen Landesteilen durch Fürstengunst und politische Zentralstellen reiche Anregungen erfahren. Hingegen hat uns keines Mediceers Güte gelächelt. Auch ist von der Reichshauptstadt her jahrzehntelang eine kulturelle Förderung des Reviers fast geflissentlich unterblieben. So waren wir wesentlich auf die eigene Kraft angewiesen.²⁰

Weil im Ruhrrevier nicht nur eine Universität, sondern auch eine Technische Hochschule fehlte, wurde 1927 in Essen als provisorischer Ersatz ein „Haus der Technik“ gegründet, in dem erfahrenen Technikern zumindest eine praktische Weiterbildung geboten werden sollte.²¹ Derartige Aktivitäten waren im Revier nach dem Ersten Weltkrieg überhaupt in verstärktem Maße zu verzeichnen. Bereits 1919 wurde ebenfalls in Essen die „Gesellschaft für Wissenschaft und Leben für das rheinisch-westfälische Industriegebiet“ ins Leben gerufen und 1921 erfolgte die Gründung des „Bundes der Künste im rheinisch-westfälischen Industriegebiet“. Diese beiden ambitionierten Versuche, deren organisatorische Untergliederungen ganz eindeutig die Struktur von Fakultäten der seit Langem gewünschten Universität spiegelten, schei-

18 Däbritz, 1941. In seinen Auskünften über seine Dienstverhältnisse gegenüber den Militärbehörden im Jahre 1945 ergeben sich gegenüber seiner Selbstauskunft von 1941 und den aus den Akten gewonnenen Anstellungsverhältnissen einige Unterschiede. Hier gibt Däbritz nämlich an, vom 1.1.1930 bis 1.3.1933 als Beamter/Dauerangestellter Geschäftsführer der Volkshochschule der Stadt Essen gewesen zu sein und vom 1.1.1930 bis Sommer 1939 zudem Direktor des städtischen Vortragsamtes; vom 1.1.1930 bis 1945 Studienleiter der Verwaltungsakademie und Leiter des RWI. Vgl. Military Government of Germany. Fragebogen/Personal Questionnaire vom 6.6.1945, in: SAE 140–56, Prof. Dr. Däbritz, Walther, Dauerangestellter (Personalakte).

19 Däbritz 1936. Knapp auch Däbritz/Stupp 1956, S. 15–18.

20 Däbritz 1936, S. 7.

21 Däbritz 1941.

terten dann aber bereits nach wenigen Jahren. Allein die juristische und volkswirtschaftliche Gruppe der „Gesellschaft für Wissenschaft und Leben“ konnte als Teil der 1920 gegründeten Volkswirtschaftlichen Vereinigung weitergeführt werden.²² Eine ähnliche fördernde Funktion übernahmen die „Akademischen Kurse, Essen“, an deren Entwicklung²³ Däbritz ja seit deren Gründung im Jahre 1907 lebhaften Anteil genommen und deren Leitung er 1923 zu seinem Hauptberuf gemacht hatte. Diese Kurse entwickelten sich erfolgreich weiter, firmierten später (1937) als „Akademische Kurse für Wirtschaftswissenschaften und Deutsche Gemeinschaftskultur“ und wurden nunmehr vom Vortragsamt der Stadt Essen getragen.²⁴ Dem Direktor Walther Däbritz wurde angesichts seiner 25-jährigen Tätigkeit im Dienste des Instituts öffentlich bescheinigt, dass er „große Verdienste geleistet und das geistige Antlitz der Industriemetropole entscheidend mitgeformt“ habe.²⁵ Einen weiteren Meilenstein auf dem Weg des Ruhrreviers aus der wissenschaftlichen Diaspora bildete die Gründung der „Abteilung Westen“ des Berliner Instituts für Konjunkturforschung (später Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, DIW) als dem Vorläufer des RWI, an der Walther Däbritz wiederum entscheidend beteiligt war und über die weiter oben bereits ausführlich berichtet wurde.²⁶

Alle diese Essener Bemühungen zur Bereicherung des wissenschaftlichen und kulturellen Lebens im Ruhrrevier blieben nicht beispiellos, wirkten über die Stadt Essen hinaus und förderten z.B. auch im benachbarten Dortmund entsprechende Initiativen. Diese führten dort schließlich zur Begründung eines Harkort-Kreises, aus dem später das Harkort-Institut für westfälische Industrieforschung erwuchs, das zur Kernzelle der Sozialforschungsstelle Dortmund an der Universität Münster werden sollte und an dem auch Essener Vertreter entscheidend beteiligt waren.²⁷ Alles in allem entfaltete sich in der Zwischenkriegszeit an der Ruhr ein umfangreiches Netz wissenschaftlicher und kultureller Initiativen, die alle dem Ziel verpflichtet waren, der empfundenen Ödnis des kulturellen Lebens im Revier entgegenzuwirken. Zentrales Anliegen blieb dabei die Förderung von Wissenschaft und Forschung, uneingestandenmaßen wohl auch die Begründung einer Ruhruniversität, ein Wunsch, der erst Jahrzehnte später während der Bildungsexpansion der 1960er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland in Erfüllung gehen sollte.

Walther Däbritz ging den Weg in die akademische Welt persönlich weit früher und wurde am 6. Juli 1927 an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der

²² Däbritz 1936, S. 8–10.

²³ Vgl. dazu Däbritz 1932.

²⁴ Zu diesen Kursen auch UAK Zug, 571, Nr. 394.

²⁵ So die Kölnische Zeitung vom 28.7.1936, Nr. 206.

²⁶ Dazu weiter oben ausführlich Rainer Fremdling, Vorgeschichte und Gründung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) 1926–1945, Punkt 2.2.

²⁷ Adamski 2009, S. 103–109 und auch Däbritz/Stupp 1956, S. 25–29. Namentlich Wilhelm Helmrich als Vertreter der Volkswirtschaftlichen Vereinigung und Walther Däbritz seitens des RWI waren darin involviert.

Universität zu Köln habilitiert. Im Wintersemester 1927/28 hielt er dort seine Antrittsvorlesung mit einem konjunkturtheoretischen Thema, „Die Grundtypen des wirtschaftlichen Bewegungsprozesses“, und bot zugleich zwei Lehrveranstaltungen, „Geschichte des deutschen Bankwesens, mit besonderer Berücksichtigung Westdeutschlands“ und „Einführung in die praktische Konjunkturbeobachtung“ an – zwei Themen, die sich einerseits eng an seine Berufs- und Lehrerfahrungen im Bankwesen anlehnten, andererseits auch sein neues Aufgabengebiet in der Abteilung Westen des Instituts für Konjunkturforschung (IfK) betrafen. Im Hinblick auf die Konjunkturforschung hatte sich Däbritz ja ebenfalls bereits ausgezeichnet und einschlägig qualifiziert. Seine Bemühungen um die Gründung der „Abteilung Westen“ des Berliner Instituts für Konjunkturforschung im Jahr 1926 unterstreichen sein Interesse an Konjunkturbeobachtung und -analyse. Dabei ging es zunächst wesentlich um die Sammlung und Aufbereitung statistischer Materialien, nicht nur solcher über die Preise, sondern auch über Produktion, Absatz und Verbrauch im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Von solchen Informationen versprach man sich in erster Linie eine praktische Hilfe für die Entscheidungen der Unternehmer vor Ort und sie dienten wohl weniger dem unmittelbaren wissenschaftlichen Fortschritt.²⁸

Eine rasche Ernennung zum Honorarprofessor in Köln scheiterte zwar zunächst noch im Jahre 1932. Doch hatte Walther Däbritz einen Weg an die Universität gefunden und konnte eigene Forschungen betreiben, deren Inhalt nach seinen eigenen Worten folgendermaßen zu beschreiben war: „So habe ich mich mit besonderer Vorliebe der Geschichte einzelner großer Firmen und den Lebensläufen führender Persönlichkeiten zugewandt und ihnen eine Anzahl Darstellungen gewidmet [...]“.²⁹

Er gibt sich demnach vor allem als Forscher im Bereich der Firmengeschichte und der Unternehmerbiografie zu erkennen, einem lange vernachlässigten Forschungsbereich in der Wirtschaftsgeschichte, den man heute als Unternehmensgeschichte zu bezeichnen pflegt und der mittlerweile zu einer geachteten Teildisziplin herangewachsen ist.³⁰

²⁸ Vgl. die Würdigung von Däbritz bei Rainer Fremdling weiter oben, S. 19 – 25, der diesem gegenüber Wagemann zu diesem Zeitpunkt sogar einen „methodisch anspruchsvolleren“ Zugriff auf das Konjunkturphänomen attestiert. Dabei bezieht er sich auf eine sorgfältige Unterscheidung verschiedener empirischer Formen des Konjunkturzyklus. Allerdings verweist er zugleich auf Däbritz' starke Hinwendung zum amerikanischen Empirismus, sodass seine von mir vorgenommene Einschätzung als ein der Historischen Schule weiterhin eng verbundener Wissenschaftler durch diese Beobachtung meines Erachtens nicht in Frage gestellt wird. Eine wie bei Wagemann zu konstatierende Weiterentwicklung in theoretischer Hinsicht in Richtung Kreislaufanalyse und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ist bei Däbritz nicht zu beobachten. Wagemann hingegen, obwohl ebenfalls durch sein Studium bei Gustav Schmoller und Adolph Wagner von der Historischen Schule stark geprägt, entwickelte sich im Rahmen seiner herausragenden Funktionen in Berlin zu einem der angesehensten Vertreter der deutschen Wirtschaftswissenschaftler der Zwischenkriegszeit. Zu Wagemann auch: Tooze 2001.

²⁹ Däbritz 1941.

³⁰ Pierenkemper 2000, insb. S. 28 – 40.

Mit Schreiben vom 24. Januar 1932 an den preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Berlin stellte der Dekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln, Leopold von Wiese, den Antrag, Walther Däbritz zum Honorarprofessor zu berufen.³¹ Als Begründung wird darauf hingewiesen, dass dieser bereits 1927 seine Lehrbefugnis (venia legendi) erhalten habe und seitdem eine erfolgreiche Lehrtätigkeit an der Universität betreibe. Auch wenn er damit eine für die Verleihung einer Honorarprofessur mindestens achtjährige, üblicherweise jedoch zehnjährige, Lehrtätigkeit noch nicht absolviert habe, sei angesichts seiner „Sonderstellung im Beruf und in der Wissenschaft“ eine Ausnahme naheliegend. Ausführlich werden dabei seine Forschungsarbeiten erwähnt, die nach Meinung der Fakultät das „übliche Maß“ bei Weitem überstiegen. Insbesondere wurde verwiesen auf seine historisch fundierten Arbeiten über die Diskonto-Gesellschaft³² (263 S.) und über die Metallgesellschaft³³ (300 S.) sowie auf die zahlreichen Arbeiten über Unternehmerpersönlichkeiten,³⁴ aber auch auf seine konjunkturwissenschaftlichen Arbeiten.³⁵ Seine Mitwirkung bei der Gründung und seine Herausgebertätigkeit bei den Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsbiografien wurden im Schreiben lobend erwähnt.³⁶ Bruno Kuske, Ordinarius für Wirtschaftsgeschichte in Köln, der nach dem Zweiten Weltkrieg im RWI in Essen eng mit Däbritz zusammenarbeiten sollte, äußerte sich positiv zu dem Vorhaben, um auf diese Weise das Verhältnis zwischen der Kölner Fakultät und Essen zu stärken. Er erwähnte aber zugleich, dass er von der Absicht der Ernennung Däbritz' zum Honorarprofessor keine Kenntnis gehabt habe, die Person und auch die Einschätzung durch seine Kollegen ihm bis dahin unbekannt gewesen seien. Der Minister wies mit Schreiben vom 18. August 1933 den Antrag der Fakultät zurück und bemerkte dazu, dass er diesem Antrag „noch nicht“ entsprechen könne.³⁷ Hoffnung blieb also erhalten!

Und tatsächlich, am 26. März 1938 erfolgte seitens der Fakultät ein erneuter Vorstoß hinsichtlich der Verleihung einer Honorarprofessur für Walther Däbritz. Nunmehr war dem Antrag auch ein umfangreicher ausgefüllter Fragebogen zur Person des Privatdozenten angefügt. Die veränderten Bedingungen im NS-System machten offenbar zusätzliche Auskünfte unvermeidlich. Diese bezogen sich nicht nur auf die Familie des Betroffenen bis hin zu Auskünften zu den Großeltern (Ariernachweis), sondern auch auf seine politische Betätigung. Däbritz gab zwar auf dem Fragebogen noch an, „Keiner

31 UAK Zug. 17/889.

32 Däbritz 1931c.

33 Däbritz 1931b.

34 Z. B. Däbritz 1929.

35 Ein komplettes Verzeichnis aller Publikationen von Walther Däbritz bis zum Jahr 1941 findet sich in seiner Festschrift zum 60. Geburtstag. Vgl. Volkswirtschaftliche Vereinigung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet 1941, S. 17–31.

36 Dazu auch: Historische Kommission für Westfalen, Münster. Diese Wirtschaftsbiografien wurden gemeinsam gegründet und herausgegeben durch die Volkswirtschaftliche Vereinigung in Essen, die Historische Kommission in Münster und durch das Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsarchiv in Köln. Vgl. auch Soénus 2006, S. 78–81.

37 UAK Zug. 17/889.

Partei zugehörig“ zu sein, er war allerdings zum 1. Mai 1937 in die NSDAP eingetreten³⁸ und konnte unter der Rubrik „Mitgliedschaft in nationalen Verbänden“ den NS-Dozentenbund, den NS-Lehrerbund und die SA II (Stahlhelm) anführen. Als Kriegsorden und Ehrenzeichen erwähnte er das im Ersten Weltkrieg erlangte Eiserne Kreuz I. und II. Klasse sowie das Hanseatenkreuz. „Im Namen des Führers und Reichskanzlers“ erfolgte nunmehr mit Datum 13. Juni 1938 die Ernennung zum Honorarprofessor.³⁹

Die Mitgliedschaft in der NSDAP wie auch im Verein für das Deutschtum im Ausland und seine Funktion als förderndes Mitglied der SS stellten sich für Walther Däbritz nach dem Zweiten Weltkrieg als gravierende Belastung dar. Unmittelbar nach Ende des Krieges wurde vom Bürgerausschuss⁴⁰ der Stadt Essen auf seiner Sitzung vom 17. Juli 1945 die Suspendierung von Prof. Däbritz gefordert, und der Oberbürgermeister der Stadt Essen teilte Däbritz daraufhin mit:

Der Bürgerausschuss hat im Zuge der Bereinigung der Verwaltung von aktiven und überzeugten Mitgliedern der NSDAP Ihre Entfernung von Ihrem Amt gefordert. Ich sehe mich veranlasst, Sie auf Grund der Richtlinien der Militärregierung mit sofortiger Wirkung von Ihrem Amt zu suspendieren.

Das war gewiss ein schwerer Schlag für Walther Däbritz, mit dem er wohl kaum gerechnet hatte, wie seine späteren Ausführungen zu seiner Tätigkeit während der NS-Zeit erahnen lassen. Darüber hinaus erfolgte im Juli 1945 die Amtsenthebung auch unter dem Verlust seiner Bezüge.⁴¹ Doch die Suspendierung währte offenbar nicht sehr lange, denn wenige Monate später entschied die Militärregierung, einigen städtischen Beamten,⁴² die zuvor von ihren Ämtern suspendiert worden waren, eine vorläufige Arbeitserlaubnis für zwei Monate zu gewähren und ihre Konten bei der Reichsbankstelle Essen zu entsperren.⁴³ Ziemlich genau ein Jahr später, zum 11. November 1946 wurde Walther Däbritz

³⁸ BA 31XX E0023. Die Aufnahme wurde beantragt am 13.5.1937, die Mitgliedsnummer war 5604891.

³⁹ UAK Zug. 17/889.

⁴⁰ Vermutlich handelte es sich um eine Gruppe von Essener Bürgern, die sich nach dem Ende der NS-Herrschaft zusammenfand, um den Bürgermeister bei seiner Arbeit zu unterstützen. Dies war wohl gängige Praxis der britischen Militärbehörden in der ersten Phase der Besetzung Deutschlands. Im benachbarten Münster bildete der Oberbürgermeister einen ähnlichen Beirat, der von den Briten ernannt wurde und erst 1946 durch eine Stadtvertretung ersetzt wurde, die ebenfalls durch die Besatzungsmacht berufen worden war. Schollmeier 2015, S. 10.

⁴¹ Im Jahr 1944 hatte Däbritz immerhin ein reguläres Gehalt von 12.863 RM und darüber hinaus Einnahmen aus wissenschaftlicher Tätigkeit, Wertpapieren und Immobilien in Höhe von 12.648 RM erhalten. Angaben aus: Military Government of Germany, Fragebogen/Personal Questionnaire vom 6.6.1945, in: SAE 140 – 56, Prof. Dr. Däbritz, Walther, Dauerangestellter (Personalakte). Dort Angaben über seine Einkünfte von 1939 bis 1944.

⁴² Neben Däbritz zählten dazu Bürgermeister Hahn und die Stadträte Kegel und Dr. Callies.

⁴³ Schreiben der Reichsbankstelle Essen an die Stadtverwaltung Essen vom 12.11.1945, in: SAE 140 – 56, Prof. Dr. Däbritz, Walther, Dauerangestellter (Personalakte).

durch Erlass des Innenministers NRW nach Erreichen der Altersgrenze als Studienleiter mit sofortiger Wirkung in den Ruhestand versetzt.⁴⁴

Im Rahmen der von den Alliierten betriebenen „Entnazifizierung“ der deutschen Bevölkerung und Führungsschichten⁴⁵ wurde Däbritz von der britischen Militärverwaltung unmittelbar nach Kriegsende, zeitgleich mit seiner Suspendierung von seinen städtischen Ämtern im August 1945, auch aus seinem Nebenamt beim RWI entlassen.⁴⁶ Als Basis für die Überprüfung seiner Aktivitäten während der NS-Zeit diente den Militärbehörden ein Fragebogen, den er wie zahlreiche andere Deutsche ausfüllen musste.⁴⁷ Dort gab er wahrheitsgemäß an, seit dem 1. Mai 1937 Mitglied der NSDAP gewesen zu sein. Weiteren Parteiorganisationen habe er hingegen nicht angehört, sondern er sei lediglich 1934/35 dem Reichsbund der Deutschen Beamten, der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt und dem NS-Rechtswahrerbund beigetreten. Darüber hinaus war er bereits seit 1925 Mitglied des Vereins für das Volkstum im Ausland gewesen und 1934/35 auch Mitglied im Reichskolonialverein. Zudem war er wegen seiner Lehrtätigkeit an der Universität zu Köln Mitglied der Reichsdozentenschaft, allerdings auch des Deutschen Roten Kreuzes. Diese Mitgliedschaften lassen Walther Däbritz in der Rückschau eher als einen an das neue System angepassten Deutschnationalen denn als einen überzeugten Nationalsozialisten erscheinen, für den ihn im August 1945 der Essener Bürgerausschuss offenbar gehalten hatte.

In seinen Einlassungen, die er als Anlage dem alliierten Questionnaire beilegte, verwies er zu seiner Entlastung auch auf die gedruckte Liste seiner sämtlichen Publikationen, in denen er nur „unpolitische Themen“ behandelt habe. Hinsichtlich einer möglichen Affinität seiner Lehrtätigkeit gegenüber dem NS-Regime führte er weiterhin aus:

Die einzige eventuell hierher gehörende Vorlesung über ‚Staats- und Wirtschaftsdeide des Nationalsozialismus‘, die ich im Sommersemester 1934 in Essen an der Verwaltungsakademie vorgesehen hatte, ist mir nach ihrer Ankündigung von der Partei untersagt worden, da ich hierfür nicht kompetent sei.

In ähnlicher Weise versuchte er seine Distanz zum Nationalsozialismus auch durch die organisatorischen Veränderungen im Rahmen der Erwachsenenbildung der Stadt Essen

⁴⁴ Erlass des Innenministers NRW vom 16.10.1946. Laut einer Notiz vom 11.11.1946 betraf diese Maßnahme insgesamt zehn Beamte der Stadt Essen. Neben Däbritz handelte es sich um die Herren Bucher, Glaser, Hensel, Ickler, Kilber, Marczak, Piening, Poschmann und Dr. Handel. Mit Nachricht vom 10.12.1946 wurde Däbritz mitgeteilt, dass er ein monatliches Ruhegehalt von 675,55 RM erhalte. Alles in: SAE 140 – 56, Prof. Dr. Däbritz, Walther, Dauerangestellter (Personalakte).

⁴⁵ Brunn 1995, S. 192. Zunächst lag die Durchführung der Entnazifizierung in der britischen Zone bei den Militärbehörden, die das Verfahren allerdings weit weniger strikt als die amerikanische Militärverwaltung handhabten. Nach der Übertragung der Zuständigkeit an die deutschen Behörden verliefen die anhängigen Verfahren häufig im Sande.

⁴⁶ Landesarchiv NRW, NW-1005-G32 – 1118: Einstufung als „dismissed“ am 27.8.1945.

⁴⁷ SAE 140 – 56, Prof. Dr. Däbritz, Walther, Dauerangestellter (Personalakte).

zu unterstreichen und erscheint in dieser Hinsicht nahezu als ein Opfer des Regimes. Er verweist darauf:

1933 wurde ich, weil ich nicht das Vertrauen der Partei hatte, nur mit der Maßgabe im Amt gelassen, dass mir in der Leitung des Vortragsamtes (Akademische Kurse) ein ‚alter Kämpfer‘ als Aufsichtsorgan beigegeben werde.

1939 wurde mir das Vortragsamt abgenommen, es wurde aufgelöst und sein ‚Allgemeiner Teil‘ in die Essener Volksbildungsstätte überführt; letztere einem zuverlässigen PG übertragen.

Ein Opfer des NS-Regimes ist Walther Däbritz gewiss nicht gewesen, doch seine national-konservative Haltung, die aus seinem Lebenslauf ersichtlich wird, hat ihm eine Anpassung an die neue politische Situation sicherlich erleichtert. Ihn jedoch als „aktives und überzeugtes Mitglied der NSDAP“ zu bezeichnen, wie das der Essener Bürgerausschuss im Sommer 1945 tat, würde seiner Persönlichkeit nicht gerecht werden. Davon war die britische Militärregierung 1945/46 aber noch zu überzeugen und das fiel nicht ganz leicht. Auf Intervention Bruno Kuskes, der damals neben seinem Ordinariat in Köln zugleich die Leitung der Abteilung Wirtschaft der Provinzialregierung Rheinland-Nord innehatte und der mit Datum vom 10. Mai 1946 eine Erklärung zugunsten von Däbritz, einen damals sogenannten „Persilschein“ zum Reinwaschen von NS-Belasteten, hinsichtlich seiner Tätigkeit im RWI abgegeben hatte, entschied der Public Safety Officer am 31. August 1946 „May retain present position“. Die neue Amtszeit am RWI währte allerdings nicht lange, denn eine nochmalige Einstufung vom 30. November 1947 endete erneut mit der Order „Discretionary removal“. Däbritz musste seine Stellung im Institut erneut räumen und fand sich wiederum außerhalb seiner gewohnten Betätigungsverhältnisse.⁴⁸ Einen endgültigen Abschluss fand die Entnazifizierung von Walther Däbritz erst im Mai 1949 durch den Beschluss der Spruchkammer des Stadtkreises Essen, ihn in die Kategorie V (nicht betroffen) einzuordnen.⁴⁹ In der führungslosen Zeit nach 1945 übernahm Kuske die Präsidentschaft des Instituts und behielt sie bis 1952 inne. Walther Däbritz hingegen kehrte bereits nach Übergang des Entnazifizierungsverfahrens an die deutschen Behörden im Laufe des Jahres 1947 als Geschäftsführender Direktor an das RWI zurück und blieb dort bis zu seinem Ausscheiden 1955, was er immer gewesen war, nämlich der eigentliche Leiter des Instituts.⁵⁰ Sein Leben endete tragisch durch einen Unfalltod am 26. Juli 1963.

Seinem Lebenswerk blieb allerdings die endgültige Krönung versagt, denn zum Präsidenten des RWI hat es Däbritz Zeit seiner Tätigkeit im RWI nicht gebracht, obwohl dieses Anliegen mehrfach, auch häufig uneingestanden aus den Unterlagen durchscheint. Erst mit Ausscheiden aus dem aktiven Dienst im Frühjahr 1955 wur-

⁴⁸ Zu diesen Hinweisen vgl. Engels 2007, S. 387, Anm. 1767.

⁴⁹ Spruchkammer des Stadtkreises Essen, 25.5.1949, in: SAE 140–56, Prof. Dr. Däbritz, Walther, Dauerangestellter (Personalakte).

⁵⁰ Zu seinem Ruhegehalt als Beamter der Stadt Essen bezog er in seiner Position als Wissenschaftlicher Direktor des RWI 1.200 DM jährlich, Erklärung gegenüber der Stadt Essen vom 21.4.1951, in: SAE 140–56, Prof. Dr. Däbritz, Walther, Dauerangestellter (Personalakte).

den auf der Mitgliederversammlung „weitere Herren in die Organe des Instituts gewählt“.⁵¹ Dazu zählte auch Walther Däbritz, der aus Altersgründen zum 31. März ausscheiden und danach als „Stellvertretender Präsident“ ab dem 1. April in den Vorstand des Instituts eintreten würde. Auf der Sitzung des Verwaltungsrates wurde zugleich beschlossen, Däbritz wegen seiner großen Verdienste um das Institut seit seiner Gründung im Jahr 1926 einen „Ehrensold“ zu gewähren.



Abb. 3: Walther Däbritz

Schon im Vorfeld der Gründung des Instituts im Jahr 1926 war offenbar geworden, dass Däbritz' Ambitionen hinsichtlich seiner Stellung im Hause wohl weitergehen, als sie später realisiert werden konnten. Die Initiative zur Gründung der Ab-

⁵¹ RWWA 28–72–3, IHK Essen: Schreiben des Präsidenten Wessels an Dr. Burandt, Hauptgeschäftsführer der IHK Essen vom 25.2.1955. Vgl. auch Essener Tageblatt, Nr. 42 vom 19./20.2.1955.

teilung Westen reklamierte Walther Däbritz später häufig gänzlich für sich, wenn er z. B. in dem Manuskript zu einem Vortrag vor der Mitgliederversammlung der Fördergesellschaft am 21. Juli 1951 schlicht behauptet: „Auf meine Initiative hin ist das Institut vor 25 Jahren gegründet worden.“⁵² Diese Legende konnte sich so weit verfestigen, dass eine Schlagzeile der *Neuen Ruhr-Zeitung* zu seinem 70. Geburtstag lautete: „Prof. Dr. Dr. Däbritz 70 Jahre. Gründete 1926 das Rhein.-Westf. Institut für Wirtschaftsforschung“.⁵³ In der Tat hatte Däbritz Mitte der 1920er Jahre eine wichtige Rolle bei der Begründung der Außenstelle Westen des Instituts für Konjunkturforschung gespielt. Eine derartige Gründung fügte sich in idealer Weise in seine oben genannten Bemühungen um eine kulturelle und wissenschaftliche Aufwertung der Ruhrregion. Mit einem solchen Anliegen war er unmittelbar an den Präsidenten des Instituts in Berlin, Ernst Wagemann, herangetreten und wichtige Initiativen zur Realisierung dieses Projektes wurden im Folgenden zweifellos von ihm getragen.⁵⁴

Doch waren an der ursprünglichen Initiative von Beginn an auch je ein Vertreter des Ruhrkohlenbergbaus und der Schwereisenindustrie beteiligt.⁵⁵ So wurden die späteren Verhandlungen um die konkrete Ausgestaltung und Einrichtung der Außenstelle auch nicht von Däbritz selbst, sondern von den Repräsentanten der beiden Industriezweige geführt, die den finanziellen Rahmen für das Projekt schufen.⁵⁶ In der Presse wurden die Initiative zur Gründung des Instituts und die Reise der drei Repräsentanten nach Berlin als Weg der „Drei Könige aus dem Mohrenland“ kolportiert.⁵⁷ Bei den Planungen zur Organisationsstruktur schlug das DIW am 23. November 1942 neben einem Verwaltungsausschuss unter Vorsitz von Ernst Wagemann und einem Kuratorium, in dem die Förderer der Gründung ihren Platz finden sollten, einen Präsidenten als Leiter des Instituts vor; Wagemann selbst fand darin als solcher aber mit keinem Wort Erwähnung.⁵⁸ Wer anders als Walther Däbritz hätte diese Stelle deshalb naturgemäß besetzen können? Doch im weiteren Verlauf der Umgründungsverhandlungen der Außenstelle Westen im Jahr 1943 erwies es sich, dass der Präsident des Berliner DIW auch in Essen die Präsidentschaft übernehmen werde, während ihm ein Geschäftsführender Direktor für das Tagesgeschäft an die Seite ge-

52 RWI, Akte Fördergesellschaft: Vortrag Prof. Däbritz Fördergesellschaft, 21.7.1951, S. 7. Zur Gründungsgeschichte insgesamt vgl. ausführlich weiter oben Rainer Fremdling, Punkt 1.2.3.

53 Neue Ruhr-Zeitung, Nr. 296 vom 20.12.1951. Die Meldung ist insoweit irreführend, als 1926 nicht das RWI, sondern eine Außenstelle des Instituts für Konjunkturforschung in Essen gegründet wurde, woran Däbritz in bedeutender Weise beteiligt war.

54 Genauer dazu oben Rainer Fremdling, Vorgeschichte und Gründung, S. 80–94.

55 Neben Däbritz waren der Essener Oberbürgermeister und ein Vertreter des Bergbauvereins daran beteiligt.

56 Seitens des Bergbauvereins war damit Dr. Sogemeier betraut und von der Eisen- und Stahlindustrie Dr. Steinberg.

57 „Drei Könige aus dem Mohrenland. Geburtstagsfeier des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung“, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 296 vom 20.12.1951.

58 RWI: Schreiben Wagemann, Berlin an Vorstand der Gutehoffnungshütte/Oberhausen, der Gel-senkirchener Bergwerks AG, Fried. Krupp, Essen und der Hibernia AG, Herne vom 23.11.1942.

stellt wurde.⁵⁹ Diese Funktion wurde von Walther Däbritz übernommen und er behauptete seine Essener Führungsposition auch in diesem Amt, ohne selbst als Präsident zu fungieren.

Ein zweites Mal scheiterte sein derartiges Bemühen um die Übernahme der Präsidentschaft unmittelbar nach Kriegsende. Der nominelle Präsident des RWI, Ernst Wagemann, hatte ja in Berlin am Ende des Krieges sein Amt als Präsident des DIW an seinen Stellvertreter Rolf Wagenführ übergeben und die Führung des dortigen Instituts ging später an Ferdinand Friedensburg über. Damit war das Essener Institut quasi führungslos geworden, auch wenn Wagemann formell noch als dessen Präsident geführt wurde. Dies, obwohl er in Berlin nicht mehr als Präsident fungierte, ihm eine entsprechende Betätigung sogar ausdrücklich verboten war und er alsbald in Südamerika eine neue Position fand.⁶⁰ Formell legte er erst im Jahre 1947 das Präsidentenamt am RWI nieder und wurde darin durch Bruno Kuske ersetzt.⁶¹

Das Essener Institut war nach 1945 zwar quasi „herrenlos“, aber keinesfalls führungslos. Einer Übernahme der Präsidentschaft durch die bestimmende Persönlichkeit vor Ort stand dieses Mal die britische Militärverwaltung entgegen, und die Probleme mit der Entnazifizierung des Geschäftsführenden Direktors machten es nötig, Bruno Kuske, den siebzigjährigen Ordinarius aus Köln, mit zahlreichen wirtschaftspolitischen und wissenschaftlichen Verpflichtungen in Rheinland und Westfalen betraut und zudem im verkehrstechnisch abgelegenen Neuss wohnhaft, als Präsidenten des RWI 1947 „vorzuschieben“. ⁶² Kuske war unter den gegebenen Bedingungen praktisch kaum in der Lage und aus der Sicht seiner persönlichen Interessen wohl auch kaum bereit, das Institut effizient zu führen, sodass diese Aufgabe weiterhin dem Geschäftsführenden Direktor Däbritz oblag. Schließlich scheiterte auch der Versuch, Kuske in dem von ihm nur wenig effektiv ausgefüllten Amt als Präsident des Instituts vorzeitig zu ersetzen, als Däbritz bereits 1948 in diesem Sinne tätig wurde.⁶³ Kuske blieb bis 1951 im Amt und wurde später durch Theodor Wessels als Präsident abgelöst. Däbritz hatte sich die Sache offenbar anders vorgestellt, denn in seinem Vortragsmanuskript zur Mitgliederversammlung der Fördergesellschaft am 21. Juli 1951 finden sich am Schluss folgende Passagen:⁶⁴

⁵⁹ Genauer dazu Rainer Fremdling, S. 93–94.

⁶⁰ Zu Wagemann ausführlich weiter oben Rainer Fremdling, S. 26–27.

⁶¹ So die Feststellung bei Däbritz/Stupp 1956, S. 21.

⁶² RWWA 28–72–1, IHK Essen: Aktennotiz vom 17.9.1946. Bei einem Besuch von Däbritz und Herrn Driever von der IHK Essen bei Bruno Kuske in Neuss wurde ihm die Präsidentschaft des RWI angeboten. Kuske zögerte mit der Zusage, weil ihm Ministerpräsident Amelunxen eine Mitarbeit in Düsseldorf angeboten habe und er darüber hinaus in schwebenden Verhandlungen in Minden über die Zweizonenverwaltung sei. Bis Ende der Woche sei aber eine Antwort zu erwarten.

⁶³ Schon 1948, nur ein Jahr nach der Wahl Kuskes in das Amt des Präsidenten, schlug Däbritz vor, Kuske zum Ehrenpräsidenten des Instituts zu machen und so die Wahl eines neuen Präsidenten zu ermöglichen.

⁶⁴ RWI, Akte Fördergesellschaft: Vortrag Prof. Däbritz Fördergesellschaft, 21.7.1951, S. 6 f.

Zum Schluss kann ich nicht umhin, Ihnen von einem Beschluss der vorausgegangenen Sitzung des Verwaltungsrates und der Mitgliederversammlung Kenntnis zu geben. Unser lieber und verehrter Präsident, Herr Professor Kuske, hat das Präsidium des Instituts niedergelegt. Um seinen weisen Rat uns auch weiterhin zu erhalten, haben wir ihn zum Ehrenpräsidenten des Instituts ernannt.

Statt seiner ist mir [Unterstreichung i.O.] das Präsidium des Institutes übertragen worden. Auf meine Initiative hin ist das Institut vor 25 Jahren gegründet worden. Ein sehr wesentlicher Teil meiner wissenschaftlichen Arbeit hat in diesem Vierteljahrhundert dem Institut gegolten. Das soll auch weiter so bleiben, so lange es in meinen Kräften steht.

Dessen möchte ich die Mitglieder unserer Fördergesellschaft zum Schluss auf das herzlichste versichern.

Die beiden letzten Passagen des Manuskriptes wurden von Walther Däbritz handschriftlich gestrichen. Offenbar hatte sich sein Wunsch auf den Zugriff zum Präsidentenamt nicht durchsetzen lassen. Ein Schreiben der Stadtsparkasse Essen hinsichtlich der Zeichnungsberechtigung für das Scheckkonto Nr. 28021 lässt diese Absicht und den lockeren Umgang mit dem Präsidententitel durch Däbritz nochmals offenbar werden. Die Sparkasse weist darauf hin, dass Prof. Dr. Däbritz und Dr. Winkelmeyer bei der Eröffnung des Kontos als Zeichnungsberechtigte ihre Unterschriftsproben hinterlegt hätten. Gemäß § 8 der Satzung des RWI vertritt der Präsident aber allein das Institut und damals sei gegenüber der Sparkasse erklärt worden, dass Prof. Kuske 1947 zwar Präsident gewesen, dieser aber mittlerweile ausgeschieden und Däbritz an dessen Stelle zum Präsidenten gewählt worden sei. „Für die Rechtsgültigkeit der hinterlegten Unterschriften benötigen wir daher noch eine besondere Vollmachtserklärung“⁶⁵ – so die Sparkasse, weil laut Protokoll des Verwaltungsrats des RWI vom 19. Juli 1952 Prof. Dr. Wessels zum Nachfolger von Prof. Dr. Kuske gewählt worden sei. Eine entsprechende Änderung im Vereinsregister (Nr. VR. 705) wurde vorgenommen.⁶⁶ Dass Kuske durch Wessels ersetzt wurde und bei dessen Ausscheiden im Jahre 1952 Däbritz auch bei der dritten Gelegenheit nicht zum Präsidenten avancierte, mag am Prestige der Kölner Fakultät gelegen haben und an der weiterhin praktizierten Form einer lockeren Führung durch den neuen Präsidenten. Walther Däbritz wurde jedenfalls in seinem Wirken auch unter der neuen Präsidentschaft kaum eingeschränkt und er blieb das Herz des Instituts bis zu seinem eigenen Ausscheiden im Jahre 1955. Wer schließlich unter den gegebenen Umständen in Essen, wer „unter“ Walther Däbritz Präsident des RWI gewesen ist,⁶⁷ scheint bis in die 1950er Jahre auch nur von nachrangiger Bedeutung gewesen zu sein.

In diesem Sinne war Däbritz als Geschäftsführender Direktor des RWI bereits unmittelbar nach Kriegsende, im Juni 1945, aktiv geworden und hatte sich folgerich-

⁶⁵ RWI, Akte Grundbuch Erbbau. Haus Altbau: Schreiben der Stadtsparkasse Essen, 4.9.1952.

⁶⁶ RWI, Akte Grundbuch Erbbau. Haus Altbau: Schreiben des Amtsgerichts, 18.5.1953. „Der Vorstand ist neu gewählt.“

⁶⁷ Seine überragende Bedeutung im RWI wird auch 1951 mit der Festschrift zu Däbritz' 70. Geburtstag deutlich, in der Beiträge zahlreicher prominenter Autoren versammelt sind: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hg.), Beiträge zur Wirtschaftsforschung. Festgabe für Walther Däbritz, Essen 1952.

tig an die Essener Industrie- und Handelskammer gewandt, um die Möglichkeiten der Weiterführung des Instituts unter den veränderten Bedingungen der Besatzungsherrschaft zu eruieren.⁶⁸ Er bekundete dabei u.a. die Absicht, „das Institut zum führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitut in dem Neubegrenzten territorialen Bereich zu machen“. Diese Einschätzung war wohl auch durch die Besetzung Berlins durch die Sowjetarmee begründet, die hinsichtlich der Arbeit des dortigen Mutterinstituts DIW wenig Optimismus erlaubte. Der Essener Oberbürgermeister stimmte dem Ansinnen Däbritz' vollinhaltlich zu, bemerkte aber, dass zunächst unmittelbar dazu nichts geschehen könne, bis in absehbarer Zeit „die Frage der organisatorischen und finanziellen Neuordnung des Instituts geklärt sei.“ Dazu sagte er seine Unterstützung zu. Eine Bestandsaufnahme der bestehenden Umstände schien zunächst unverzichtbar und das betraf vor allem die räumlichen Verhältnisse des Instituts, die Personalausstattung und seine finanzielle Basis.

Ausstattung mit Arbeitsräumen

Einen Überblick über die prekäre Raumsituation und die wechselnden Standorte des Instituts gibt eine Anlage zu einem Schreiben von dessen Leiter Däbritz an Oberstadtdirektor Greinert vom 16. November 1951, in dem um städtische Unterstützung in der Raumfrage nachgesucht wird.⁶⁹ Durch die Bombenangriffe des Zweiten Weltkrieges war das Institut heimatlos geworden. Man musste sich deshalb in der täglichen Arbeit mit Provisorien bescheiden und auf tätige Hilfe der Stadt hoffen. So wurde bereits mit Schreiben vom 6. Juni 1944 um einen Zuschuss von 4.000 RM für die Rekonstruktion der durch den Fliegerangriff vom 26. März vernichteten Unterlagen und Manuskripte gebeten oder mit einem weiteren Schreiben vom 5. Dezember 1944 an das Kriegsentschädigungsamt um die Zuweisung eines Ausweichquartiers außerhalb von Essen⁷⁰ – in diesen schwierigen Zeiten bis zum Ende des Krieges offenbar aber ohne jeden Erfolg.⁷¹

Wie problematisch sich der Wiederaufbau des Instituts nach dem Ende des Krieges allerdings gestaltete, darüber gibt ein Bericht des RWI an die Stadt Essen über den provisorischen Wiederaufbau des Hauses Bismarckstraße 62 (ehemaliges Institutsgebäude) vom 10. Juni 1948 Auskunft. Bereits auf seiner gemeinsamen Sitzung am 28. Februar 1947 hatten der Verwaltungsrat und der Wissenschaftliche Beirat des Instituts beschlossen, den Wiederaufbau des Hauses Bismarckstraße 62 „durch Un-

⁶⁸ RWWA 28–72–1, IHK Essen: Niederschrift über die Besprechung mit Herrn Oberbürgermeister, Herrn Beigeordneten a. D. Dr. Meurer, Dr. Brandenburger, Professor Dr. Däbritz, Essen, 23.6.1945.

⁶⁹ RWI, Akte Grundbuch Erbbau. Haus Altbau. Eine gleichlautende Liste findet sich auch in: RWI, Akte Chronik. Dazu ausführlich weiter oben bei Rainer Fremdling, S. 98–99.

⁷⁰ RWI, Akte Grundbuch Erbbau. Haus Altbau.

⁷¹ Es ist daran zu erinnern, dass während dieses Zeitraums die „Ruhrschlacht“ in vollem Gange war und deshalb die Arbeit des Instituts gewiss nur in sehr eingeschränktem Rahmen möglich war. Vgl. dazu Tooze 2008, S. 685f.

terstützung privater Kreise schneller in Gang“ zu bringen, als das wohl allein mit Unterstützung der Stadt Essen möglich gewesen wäre. Es ging vor allem um die Bereitstellung äußerst knapper Baumaterialien, die in diesem Schreiben genauestens aufgeführt wurden, und um die Umsetzung des Projektes durch die Firma Hagemann aus Essen. Ein Rohbau konnte bis zum 1. Juni 1947 fertiggestellt werden, mit den Dacharbeiten wurde im Juni begonnen und alsbald konnten zwei Kellerräume, ein Raum im Erdgeschoss und ein Raum in der ersten Etage genutzt werden. Bis zum November 1948, also bis nach der Währungsreform im Juni 1948, wurden so ausschließlich durch private Unterstützung von Firmen und Einzelspendern 95 qm Kellerräume, 220 qm Wohn-, 185 qm Geschäfts- und 175 qm Nebenräume errichtet.⁷²

Doch die Freude des RWI an den neu geschaffenen Räumen blieb nicht ungetrübt. Stadtdirektor Dr. Wolff machte alsbald Ansprüche geltend, diese Räume für städtische Verwaltungszwecke in Anspruch nehmen zu können, weil die Instandsetzungsarbeiten ohne seine Kenntnisse und ohne sein Einverständnis erfolgt waren und sich das Grundstück Bismarckstraße im Eigentum der Stadt befände. Dagegen verwahrte sich Däbritz vehement und erklärte, dass das Grundstück auf dem städtischen Konto „Stiftungen“ geführt werde und nicht in die Zuständigkeit des Dezernenten Dr. Wolf falle, das städtische Grundstücks- und Hochbauamt über die Wiederherstellung des Gebäudes informiert gewesen sei und zudem der Oberstadtdirektor Dr. Rosendahl als stellvertretender Präsident des RWI von Anfang an bestens in das Projekt eingebunden war. Däbritz machte seinem Ärger Luft, indem er bei der Besichtigung des Hauses darauf hinwies, dass Dr. Wolf besser dankbar sein sollte, „nicht den Trümmerhaufen von damals mit offenem Dach, einem aufgerissenen Nordflügel und alles in gänzlich verkommenem Zustand“ vorzufinden.⁷³ Die Kosten des Wiederaufbaus des Hauses Bismarckstraße 62 für Maurer-, Schreiner- und Anstreicherarbeiten wurden im Nachhinein (1950) von Däbritz auf 14.254,26 DM beziffert und zugleich eine Bitte um Beteiligung an diesen Kosten an die Stadt Essen gerichtet.⁷⁴ Auch bat er darum, dass die Verwaltungsakademie der Stadt, mit der man sich das Haus teilen musste, möglichst bald zum Auszug bewegt werden könne, weil die verfügbaren Räume dem Platzbedarf des wachsenden Forschungsinstituts nicht mehr genügten.⁷⁵ Eine endgültige Lösung der Raumfrage des Instituts wurde dann erst durch den Verwaltungsrat auf den Weg gebracht, als dieser auf seiner Sitzung vom 19. Juli 1952 beschloss, ein eigenes Gebäude auf dem Grundstück Hohenzollernstraße 1 zu errichten.

⁷² RWI, Akte Grundbuch Erbbau. Haus Altbau.

⁷³ Aktennotiz vom 9. und vom 16.1.1950. RWI, Akte Grundbuch Erbbau. Haus Altbau.

⁷⁴ In einem Schreiben an Stadtrat Spitznas vom 30.6.1950 macht Däbritz den Vorschlag, die Stadt möge sofort einen Betrag von 10.000 DM in bar leisten und den Rest mit der monatlichen Miete von 479,26 DM verrechnen. RWI, Akte Grundbuch Erbbau. Haus Altbau.

⁷⁵ RWI, Akte Grundbuch Erbbau. Haus Altbau: Aktennotiz über eine Besprechung mit Stadtrat Spitznas vom 19.5.1950.

Finanzausstattung

Die „Abteilung Westen“ des IfK Berlin in Essen verfügte 1940 über einen bescheidenen Etat von lediglich 35.000 RM jährlich.⁷⁶ Der erste Etat der Abteilung Westen hatte sich 1926 sogar nur auf 30.000 RM belaufen und musste noch ausschließlich vor Ort aufgebracht werden.⁷⁷ Er wurde zu gleichen Teilen von der Essener Stadtverwaltung, dem Verein für die bergbaulichen Interessen in Essen und der Essener Industrie- und Handelskammer bereitgestellt. Im Rahmen der ins Auge gefassten Erweiterung des Instituts und um dessen Aufgaben im Zuge des „Neubau[s] einer großdeutschen Wirtschaft“ gerecht zu werden,⁷⁸ sollte der Etat des Hauses 1940 auf 90.000 RM verdreifacht werden. Zugleich wurde eine Umfirmierung der „Abteilung Westen“ des vormaligen Instituts für Konjunkturforschung (IfK) in Berlin und nunmehr Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) genannten Berliner Stammhauses in Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Abteilung Westen ins Auge gefasst.⁷⁹ Als Personalbedarf wurden dafür eine wissenschaftliche Abteilung mit fünf Referenten sowie ein Büro mit Vorsteher und drei weiblichen Hilfskräften vorgesehen. Kurze Zeit später verwies Walther Däbritz in einem vertraulichen Bericht auf die Absicht, die Essener Abteilung, den übrigen Außenstellen des Berliner Instituts vergleichbar, als Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung zu verselbständigen.⁸⁰ Er gab mit Bezug auf den Krieg zu bedenken, „welche große Perspektive für den rheinisch-westfälischen Wirtschaftsraum sich künftig aus seinem veränderten Verhältnis zu Holland, Belgien, Nord- und Ostfrankreich ergeben werde“. Dafür erschien ihm eine Erhöhung des gegenwärtigen Etats auf 110.000 RM angemessen, von dem die Hälfte aus Beiträgen der Industrie stammen sollte. Tatsächlich wurden bei Verselbständigung des Instituts für das Geschäftsjahr 1943/44 150.000 RM bereitgestellt, davon zwei Drittel seitens der Industrie und ein Drittel von der öffentlichen Hand.⁸¹

Die ursprüngliche Finanzausstattung hatte auch über das Kriegsende hinaus Bestand.⁸² Doch sehr bald kam es unter den Zahlern zu Verzögerungen und Verweigerungen ihrer Beiträge. Walther Däbritz wandte sich deshalb bereits im Januar 1946 mit der Bitte an die IHK Essen, die Finanzen des RWI auf eine neue Basis zu stellen. Bisher hätten die Gauwirtschaftskammern Düsseldorf, Essen, Westfalen-Süd und Westfalen-Nord jeweils 12.500 RM jährlich zur Verfügung gestellt. Aufgrund der Beschlüsse der Militärregierung sei aber nunmehr unklar, ob die Wirtschaft weiterhin

⁷⁶ RWI, Akte Chronik: Gesichtspunkte für den Ausbau des Konjunkturinstituts Essen, 15.10.1940, S. 8.

⁷⁷ RWI, Akte Chronik: Chronik, 13.11.1951 (Die Akte wurde vermutlich von Walther Däbritz verfasst).

⁷⁸ Ausführlich dazu weiter oben Rainer Fremdling, S. 80 – 81.

⁷⁹ Ebda., S. 86.

⁸⁰ RWI, Akte Chronik: Institut für Konjunkturforschung, Essen (Walther Däbritz), 11.1.1941, S. 3.

⁸¹ RWI, Akte Chronik: Schreiben (vertraulich) von Walther Däbritz an Dr. von Dryander, DIW Berlin, 26.2.1943, S. 5.

⁸² Finanzielle Restriktionen spielten im Bewirtschaftungssystem der unmittelbaren Nachkriegszeit mit ihrem Überhang an Reichsmark insgesamt keine entscheidende Rolle. Das änderte sich erst mit der Währungsreform im Juni 1948, die auch das RWI in eine existentielle Krise stürzte.

mit Pflichtbeiträgen für die Kammern belegt werden könnte und deshalb deren Zahlungsfähigkeit gefährdet sei.⁸³ Doch erwies sich diese Sorge als unbegründet und in der unmittelbaren Nachkriegszeit konnte das RWI unter schwierigen Bedingungen seine Arbeit fortsetzen und bereits wieder eine Reihe von Forschungsbeiträgen liefern.⁸⁴ Der Etat des Instituts für 1946/47 in Höhe von insgesamt 201.723,46 RM schien solide finanziert und auch der Voranschlag für 1947/48 in Höhe von 305.000 RM ließ keine gravierenden Finanzprobleme offenbar werden.

Personalbestand und Geschäftsführung

Neben den zunächst vornehmlich in der unzureichenden Raumausstattung deutlich werdenden begrenzten materiellen Ressourcen spielte für die Arbeit des Instituts natürlich auch die Ausstattung mit Personal eine entscheidende Rolle. Am Beginn des Geschäftsjahres 1942 waren in der Abteilung Westen des DIW in Essen neben dem Leiter drei wissenschaftliche Referenten und zwei weibliche Bürokräfte tätig. Im Zuge der Umgründung und Etaterweiterung des Hauses wuchs der Personalbestand bis zum Frühjahr 1943 auf fünf wissenschaftliche Referenten und acht Bürokräfte. Durch das Kriegsende 1945 änderte sich zunächst hinsichtlich der Belegschaft des RWI wenig.⁸⁵ Der Personalbestand des Instituts im Jahre 1945 lässt sich aus der Liste der seit seiner Gründung bis zum November 1951 ausgeschiedenen Mitarbeiter⁸⁶ einerseits und einer Personalübersicht des Hauses für 1950⁸⁷ andererseits abschätzen. Demnach waren am Ende des Krieges 16 Personen im RWI tätig.⁸⁸ Rainer Fremdling identifiziert demgegenüber für das Jahr 1945 nur 11 Beschäftigte im Hause,⁸⁹ die Differenz mag sich

83 RWWA 28–72–1, IHK Essen: Schreiben von Däbritz an den Präsidenten der IHK Essen (Dr. Theo Goldschmidt), 28.1.1946. Eine Aktennotiz vom 5.2.1945 gibt darüber Auskunft, dass auch die IHK Essen ihren Anteil von 12.500 RM, den sie 1944/45 noch gezahlt hatte, nunmehr auf 6.000 RM reduzierte.

84 Dazu weiter unten ausführlich.

85 RWI, Akte Chronik: Tätigkeitsbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Abteilung Westen, für das Jahr 1942/43, S. 4.

86 RWI: Ausgeschiedene Mitarbeiter des Instituts, Anlage zum Bericht „Die Entstehung der empirischen Konjunkturforschung“ von Walther Däbritz, 13.11.1951.

87 RWWA 28–72–3, IHK Essen: RWI-Personalübersicht, in: Anlage zum Protokoll der Sitzung des Verwaltungsrats vom 22.2.1950.

88 RWWA 28–72–1, IHK Essen: Rheinisch-Westfälisches Institut für praktische Wirtschaftsforschung. I. Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1946/47 und Haushaltsrechnung 1946/47. Demnach verfügte das Institut 1945 über insgesamt 16 Mitarbeiter, die entweder bereits vor 1945 in das Institut eingetreten waren und es bis 1950 wieder verlassen hatten (9 Personen aus der Liste von 1951) oder die 1950 noch beschäftigt waren, aber bereits vor 1945 eingetreten waren (7 Personen aus der Liste von 1950). Allein Dr. Kurt Klag taucht in beiden Listen auf. Dieser war am 1.9.1944 in die Dienste des Instituts eingetreten, schied aber durch Tod am 5.5.1951 aus.

89 Nach seinen Personaldaten kam in den folgenden Jahren die Arbeit des Instituts offenbar weitgehend zum Erliegen, denn für die Jahre 1946 und 1947 kann er lediglich einen Personalbestand von jeweils sechs Mitarbeitern belegen. Erst 1948 mit 14 Personen und 1949 mit 12 Mitarbeitern scheint ein

aus einem unterschiedlichen Bezugszeitraum der beiden Angaben erklären. Die Leitung des RWI wurde auch 1945 weiterhin durch Walther Däbritz als dem Geschäftsführenden Direktor wahrgenommen, unterstützt durch Dr. Gregor Winkelmeyer als Personalreferenten. Daneben waren im Jahr 1945 sieben wissenschaftliche Referenten⁹⁰ und sieben weitere Mitarbeiter⁹¹ im RWI tätig. Vier der Wissenschaftler und drei der übrigen Mitarbeiter schieden allerdings bis zur Währungsreform vom Juni 1948 bereits aus, ohne dass Neueinstellungen vorgenommen wurden, sodass sich die Mitarbeiterzahl des Instituts bis dahin auf insgesamt neun Personen vermindert hatte. Eine Personalübersicht von 1950⁹² führt dann für dieses Jahr wieder erneut insgesamt 16 Personen als Angehörige des Instituts an, wovon drei der Institutsleitung zugeordnet werden können;⁹³ sieben weitere arbeiteten als diplomierte bzw. promovierte Wissenschaftler⁹⁴ und drei Mitarbeiter als „Statistiker“⁹⁵ bzw. sieben als Bürokräfte.⁹⁶ Bald darauf, ab dem Jahr 1952, arbeitete das RWI mit insgesamt 21 Mitarbeitern, von denen zehn als Wissenschaftler tätig waren, mit neuer Kraft.⁹⁷ Und bis zum Jahr 1954 erhöhte sich der Personalbestand des Hauses sogar weiter auf 47 Personen und hatte sich damit gegenüber 1945 nahezu verdreifacht.⁹⁸

neuer Aufschwung in der Arbeit des Instituts beobachtbar, doch erzwangen die finanziellen Restriktionen im Zusammenhang mit der Währungsreform seinen Daten zufolge sehr bald wieder Einschränkungen, die sich in einem verminderten Personalbestand 1950 (2 Personen) und 1951 (4 Personen) niederschlugen. Diese Angaben lassen sich in den Quellen nicht verifizieren. Zu den Personalangaben siehe Rainer Fremdling, Teil I, Tabelle 1.4. – 3, S. 96 – 97.

90 Dazu zählten Emil Chandon (1.4.1930 – 31.7.1946), Dr. Else Moldrings (1.4.1930 – 30.4.1945), Dr. Albert Meurer (1.11.1941 – 31.12.1944, bis 1.5.1945 auf Honorarbasis), Dr. Matthias Odenthal (15.7.1942 – 31.10.1945), Dr. Hermann Bohrer (1.9.1944 – 1.5.1949, auf Honorarbasis), Dr. Kurt Klag (1.9.1944 – 5.5.1951, verstorben) und Dr. Paul Wiel (seit 15.5.1942).

91 Es handelte sich um die Sekretärinnen Selma Bartilla, später Chandon (1.2.1928 – 31.7.1945), Irmgard Schaefer (16.5.1941 – 30.9.1947), Herta Wagner (1.7.1943 – 30.6.1948) und Plötze (seit 16.6.1943) sowie die Stenotypistin Mittelhesper (seit 1.7.1947), die Büroangestellte Törmer (seit 19.10.1942) und den Zeichner Bernd Engelhardt (7.9.1942 – 30.4.1946).

92 RWWA 28 – 72 – 3, IHK Essen: RWI-Personalübersicht, in: Anlage zum Protokoll der Sitzung des Verwaltungsrats vom 22.2.1950.

93 Dazu zählen Bruno Kuske als Präsident, Walther Däbritz als Geschäftsführender Direktor und Gregor Winkelmeyer als Personalreferent.

94 Nämlich Dr. Weil, Dr. Klag, Dr. Bauer, Dr. Winkelmeyer, der allerdings bereits bei der Geschäftsführung verortet war, Dipl. Kaufm. Riethmann, Dr. Beckermann, Dipl. Kaufm. Pürsten.

95 Flecken, Langen, Weiss.

96 Fischer, Plötze, Maxaner, Schwindling, Mittelhesper, Müller, Törmer.

97 Nach Hesse 2016, S. 419.

98 RWWA 28 – 72 – 1, IHK Essen: Geburtstagsliste (Stand 15.6.1954).

4.2 Die Wiederaufnahme der Institutsarbeit 1945 – 1948

4.2.1 Der organisatorische Rahmen

Umwandlung des Vereins

Bereits am 4. September 1946 hatte sich Walther Däbritz mit einem Brief an die IHK Essen gewandt, in dem er eine Umwandlung des RWI in ein neues Institut erbat. In seinem Schreiben erläuterte er zugleich die vorgesehene Organisation und Finanzierung und skizzierte ein mögliches Arbeitsprogramm.⁹⁹ Seine weitergehenden Planungen zur Umwandlung des bisherigen RWI in ein „Rheinisch-Westfälisches Institut für praktische Wirtschaftsforschung mit Sitz in Essen“ fixierte er schließlich mit Datum 23. September 1946.¹⁰⁰ Im Arbeitsprogramm des Papiers waren nahezu alle Probleme der westdeutschen Gesellschaft in der unmittelbaren Nachkriegszeit angesprochen:

Der Wunsch nach einer Neuordnung in sachlicher und finanzieller Hinsicht ergibt sich aus den Zeitverhältnissen. Die Verkehrsbeziehungen zwischen den Besatzungszonen, die Durchführung des Industrieplanes, die Währungsanierung, die Festsetzung der Reparationen werden für die deutsche Wirtschaft eine grundlegend neue Lage schaffen. Der Wiederaufbau wird sich nur auf Grund langfristiger Planungen durchführen lassen. Bei der Klärung der sich aus all diesen Vorgängen ergebenden Strukturprobleme kann wissenschaftliche Forschung sowohl für die Staats- und Wirtschaftsführung wie für den Einzelbetrieb wertvolle Unterlagen schaffen und Orientierungen ermöglichen. Insbesondere vermag dies die praktische Wirtschaftsforschung, wie sie das Institut seit jeher betrieben hat.

Dem Autor schien die bislang geleistete Arbeit im Zuge der NS-Kriegswirtschaft offenbar besonders geeignet, beim Neuaufbau von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft mitzuwirken. Insbesondere die bisherige deutliche Orientierung an der praktischen Umsetzung der Forschungsergebnisse hielt er für erwähnenswert, die auch in einer neuen bzw. erweiterten Benennung des Instituts ihren Ausdruck fand. Als Aufgaben eigens hervorgehoben wurden die Wiederaufnahme der Konjunkturforschung, die sich in der gelenkten Wirtschaft des Dritten Reichs als obsolet erwiesen hatte, Strukturanalysen und Branchenstudien, die Beobachtung der Dynamik des allgemeinen Wirtschaftsverlaufes sowie die betriebswirtschaftliche Forschung. Zur Finanzierung des Instituts im Umfang von 185.000 RM sollten die öffentliche Hand mit 78.000 RM¹⁰¹ und Industrie und Gewerkschaften mit jeweils 50.000 RM¹⁰² beitragen.

⁹⁹ RWWA 28 – 72 – 1, IHK Essen: Brief des RWI an IHK Essen vom 4.9.1946.

¹⁰⁰ RWWA 28 – 72 – 1, IHK Essen. So auch der Titel des Memorandums, das offenbar an die örtlichen Instanzen gerichtet war.

¹⁰¹ Das Land Nordrhein-Westfalen sollte 50.000 RM, die Stadt Essen 20.000 RM und der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk 8.000 RM beitragen.

¹⁰² Hier sollten die Industrie- und Handelskammern 30.000 RM und die Kohlen- und Eisenindustrie 20.000 RM beitragen sowie die Gewerkschaften 50.000 RM. Die Gewerkschaften lehnten dieses Ansinnen allerdings ab, obwohl sie an der Arbeit des Instituts durchaus Interesse zeigten. Im Akten-

Die IHK Essen unterstützte diese Initiative unmittelbar und bat bereits einen Tag nach Vorlage des Däbritz'schen Memorandums sämtliche Kammern der Nord-Rheinprovinz und Westfalens um finanzielle Unterstützung.

Eine entsprechende Neukonstituierung des RWI als Verein erfolgte auf einer gemeinsamen Sitzung des Verwaltungsrates und der Mitgliederversammlung und des Wissenschaftlichen Beirats dann am 28. Februar 1947.¹⁰³ Das alte Kuratorium hatte bereits am 12. Februar 1947 getagt und dort eine neue Satzung des Vereins beschlossen und zugleich Bruno Kuske zum Präsidenten des nunmehr als „Rheinisch-Westfälisches Institut für *praktische* [Hervorhebung T. P.] Wirtschaftsforschung“ firmierenden Instituts gewählt.¹⁰⁴ Als Organe des Instituts (§ 7 der Satzung) waren der Präsident als verantwortlicher wissenschaftlicher Leiter und der Verwalter, ein wissenschaftlicher Beirat¹⁰⁵ und die Mitgliederversammlung des Vereins als Beschlussorgan vorgesehen.

Im September des Jahres 1947 konnte dann von einer erfolgreichen Wiederbe-gründung des Instituts berichtet werden.¹⁰⁶ Die in der neuen Satzung vorgesehenen Gremien, ein Verwaltungsrat und ein Wissenschaftlicher Beirat, waren gebildet worden und das Präsidium war von Prof. Wagemann auf Prof. Kuske Neuss/Köln übergegangen. Im Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1946/47 wurde von den drückenden Alltagssorgen der Mitarbeiter des Instituts berichtet, die „im ganzen gesehen noch wesentlich ungünstiger als in den vorausgegangenen Kriegsjahren“ waren.¹⁰⁷ Dort ist von unzulänglicher Ernährung und Mangelversorgung, von Verkehrsschwierigkeiten, den durch Bombenschäden beeinträchtigten Arbeitsmöglichkeiten und unzureichender Beheizung durch Kohlemangel die Rede. Die Arbeitszeit wurde um ein Viertel vermindert und die Gehälter wurden entsprechend gekürzt. Dafür hätten auch finanzielle Erwägungen gesprochen, obwohl unmittelbar ein gravierendes Finanzproblem angesichts des herrschenden Geldüberhangs in der Nachkriegswirtschaft nicht ersichtlich war.

Unter den gegebenen Zeitumständen, d. h. unter Beibehaltung des von der NS-Obrigkeit eingeführten Bewirtschaftungssystems und einer Bargeldschwemme in Folge einer durch die Kriegsfinanzierung zurückgestauten Inflation, schienen die Maßnahmen der Geschäftsleitung allerdings weit eher der Freistellung des Personals für Schwarzmarktgeschäfte und Hamsterfahrten als einer finanziellen Sanierung des

vermerk Driever, IHK Essen vom 6. 11. 1946 (RWWA 28–72–1, IHK Essen) heißt es, dass „bei den Gewerkschaften zur Zeit kein Geld zur Unterstützung unseres Essener Instituts vorhanden ist“, jedoch sei „von mangelndem Interesse keine Rede.“

103 RWWA 28–72–1, IHK Essen: Protokoll, 28. 2. 1947.

104 Nach der Übernahme der Präsidentschaft des RWI durch Theodor Wessels im Jahre 1952 kehrte man zur alten Bezeichnung zurück.

105 Schon bei den Planungen zur Gründung der „Außenstelle Westen“ im Mai 1926 war ein Wissenschaftlicher Beirat vorgesehen. Vgl. dazu Rainer Fremdling weiter oben.

106 RWWA 28–72–1, IHK Essen: Bericht über die Entwicklung des Instituts seit Herbst 1946 vom 15. 9. 1947.

107 RWWA 28–72–1, IHK Essen: Rheinisch-Westfälisches Institut für praktische Wirtschaftsforschung. I. Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1946/47, S. 1.



Abb. 4: Gruppenfoto Ende der 1940er Jahre, in der Mitte Walther Däbritz

Instituts zu dienen. Die Aufrechterhaltung eines Beschäftigungsverhältnisses, wie effizient dies auch immer ausgeübt worden sein mag, war für die Mitarbeiter eine zwingende Voraussetzung für eine Berechtigung auf Bezugsscheine im Bewirtschaftungssystem. Hinsichtlich der zukünftigen Arbeit des Instituts waren zwei bedeutsame Neuerungen zu vermelden: nämlich erstens die Begründung einer Betriebswirtschaftlichen Sektion im Institut und zweitens die Konstituierung einer Arbeitsgemeinschaft mit weiteren Forschungsinstituten der britischen Besatzungszone.¹⁰⁸

Betriebswirtschaftliche Abteilung

Die Betriebswirtschaftliche Abteilung (B-Abteilung) trat zusätzlich neben die bisherige Forschungsabteilung und galt nunmehr als gleichrangig gegenüber der Volkswirtschaftlichen Abteilung (V-Abteilung). Eine dritte Abteilung wurde den beiden genannten quasi als gemeinsame Serviceabteilung zugeordnet. Als Leiter der

¹⁰⁸ RWWA 28–72–1, IHK Essen: Sitzung des Verwaltungsrats am 20.7.1948. Eine derartige Vereinbarung über die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft wurde auf dieser dramatischen Sitzung förmlich getroffen.

Betriebswirtschaftlichen Abteilung konnte Wilhelm Hasenack (1901–1984) aus Leipzig gewonnen werden.¹⁰⁹

Wilhelm Hasenack wurde am 26. Juli 1901 in Schwelm geboren. Er absolvierte seine Schulzeit in seiner Heimatstadt und legte am dortigen Realgymnasium 1920 die Reifeprüfung ab. Anschließend studierte er ein Semester Volkswirtschaftslehre in Bonn, wechselte dann an die Universität zu Köln und erlangte dort 1923 den Abschluss als Diplom-Kaufmann. In den Jahren 1924 und 1925 absolvierte er ein Bankpraktikum und wurde 1925 in Köln zum Dr. rer. pol. promoviert. Von 1925 bis 1928 wirkte er als Assistent von Willi Prion (1879–1939) an der Technischen Hochschule Berlin und beteiligte sich dort maßgeblich am Aufbau eines Wirtschafts-Ingenieur-Studienganges. Dort wurde er 1929 auch habilitiert und zum Privatdozenten ernannt. 1934 schließlich wurde Wilhelm Hasenack an der TU Berlin zum a. o. Professor bestellt.

Nach einer kurzen Lehrstuhlvertretung in Freiburg¹¹⁰ wurde er im Jahr 1938 zum Professor an die Handelshochschule Leipzig berufen und bekleidete dort in den Jahren 1939 bis 1941 das Amt des Rektors, das er allerdings ein halbes Jahr vor Ende seiner Amtszeit aus politischen Gründen niederlegte.¹¹¹ 1945 wurde er von der sowjetischen Besatzungsmacht auch aus seinem Professorenamt entlassen. Er siedelte daraufhin nach Westdeutschland um und übernahm die Leitung der Betriebswirtschaftlichen Abteilung des RWI. 1949 wurde Hasenack als Nachfolger von Richard Passow (1880–1949) auf den Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre an die Universität Göttingen berufen, wo er bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1969 einer erfolgreichen Lehr- und Forschungstätigkeit nachging.¹¹² Besonders hervorzuheben ist dabei die Gründung der Zeitschrift „Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis“ noch im Jahr seiner Berufung. Wilhelm Hasenack starb am 9. März 1984 in Göttingen.¹¹³ Er gehörte zur zweiten Generation der betriebswirtschaftlichen Forscher in Deutschland, die das junge Fach von den Dreißigern bis in die Sechzigerjahre des 20. Jahrhunderts entscheidend geprägt hat.¹¹⁴

Die Neuerung einer Betriebswirtschaftlichen Abteilung war auf der Sitzung des Verwaltungsrats vom 28. Februar 1947 beschlossen worden und Wilhelm Hasenack trat am 1. April 1947 in das Institut ein.¹¹⁵ Auf der Sitzung des wissenschaftlichen Beirats am 13. Juni 1947 wurde das Arbeitsprogramm der Abteilung vom neuen Leiter

¹⁰⁹ RWWA 28–72–1, IHK Essen: Schreiben Dr. Driever, IHK Essen an Wilhelm Helmrich, Düsseldorf, 3.4.1947. Darin wird darauf hingewiesen, dass sich insbesondere Kuske für eine rasche Berufung Hasenacks eingesetzt habe, weil sein Kölner Kollege Schmalenbach sich sehr für diesen verwandt habe.

¹¹⁰ Mantel 2009, S. 145.

¹¹¹ Schneider 1997, S. 215–217.

¹¹² Schneider 2001, S. 254 f.

¹¹³ Engeleitner 1966 und ders. 1976.

¹¹⁴ Hardach 1971.

¹¹⁵ RWWA 28–72–3, IHK Essen: Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1. April 1947 bis zum 20. Juni 1948, S. 2.

ausführlich vorgestellt und intensiv diskutiert.¹¹⁶ Doch konnte die Abteilung in der Folgezeit innerhalb des Institutes nicht reüssieren. Das mag am Leiter gelegen haben, der niemals eine Basis der Zusammenarbeit mit Däbritz gefunden hatte, und dessen Berufung im Nachhinein als Reifall bezeichnet wurde,¹¹⁷ oder aber auch an den schwierigen Zeitumständen. Unter den finanziellen Bedingungen unmittelbar nach der Währungsreform im Sommer 1948 wird jedenfalls geklagt, dass die Betriebswirtschaftliche Abteilung bis dahin lediglich hohe Kosten, aber keine zusätzlichen Einnahmen für das Institut gebracht habe,¹¹⁸ obwohl die Wirtschaft ursprünglich zugestimmt habe, diese Abteilung zu finanzieren. Die zugesagte Finanzierung der Abteilung durch die Wirtschaft wurde von deren Repräsentanten im Verwaltungsrat allerdings vehement bestritten und man verwies darauf, dass eine derartige Finanzierung zu den allgemeinen Aufgaben des Instituts gehöre.¹¹⁹ Auch stießen die Arbeitsvorhaben der Betriebswirtschaftlichen Abteilung bei den Essener Wirtschaftsprüfern auf Widerspruch, weil diese hier eine Bedrohung ihres eigenen Betätigungsbereiches sahen. Mit einer schlichten Auflösung der Abteilung im Zuge der notwendigen Sparmaßnahmen nach der Währungsreform 1948 war allerdings die IHK Essen nicht einverstanden. Dazu findet sich folgende Stellungnahme:

Meine Bedenken gelten nicht nur der Streichung der Betriebswirtschaft aus dem Programm des Instituts, sondern gelten, worauf ich Prof. Däbritz auch aufmerksam gemacht habe, auch der Zukunft des Instituts, wenn es sich ausschließlich auf den volkswirtschaftlichen Teil unter Prof. Däbritz beschränkt. Ich vermute, dass einige Geldgeber nicht mehr bereit sein werden, ausschließlich für die volkswirtschaftliche Abteilung zu zahlen.¹²⁰

Gleichwohl wurde die Abteilung nach dem Ausscheiden von Prof. Hasenack im Sommer 1949 aufgelöst und die verbleibenden beiden Mitarbeiter lediglich als ein weiteres Referat in das übrige Institut eingegliedert.¹²¹

116 RWWA 28–72–1, IHK Essen: Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats, 13.6.1947.

117 RWWA 28–72–1, IHK Essen. Bei der ersten Erörterung der Nachfolge Däbritz' im August 1949 wird darauf hingewiesen: Das „ganze Vorgehen der letzten Zeit berühre ihn ähnlich wie die seinerzeitige Vorbereitung der Einstellung von Herrn Prof. Hasenack. Man dürfe nicht zum zweiten Mal durch allzu eiliges Handeln wieder hereinfallen.“ Protokoll der Besprechung vom 10.8.1949. An anderer Stelle findet man seitens der IHK Essen im Juli 1948 die Feststellung: „Prof. Däbritz macht keinen Hehl daraus, dass er auch aus sachlichen und persönlichen Gründen nach seiner Überzeugung die Ehe mit Herrn Prof. Hasenack nicht fortsetzen zu können glaubt.“ RWWA 28–72–2, IHK Essen.

118 Allerdings lassen sich auch weiterhin Publikationen zur betriebswirtschaftlichen Absatzpolitik finden: RWI Schriften 007: Robert Nieschlag, *Die Dynamik der Betriebsformen im Handel*, Essen 1954. Eine Aufstellung aller erschienenen Hefte in dieser Reihe ist online einsehbar unter: http://www.rwi-essen.de/media/content/pages/publikationen/aufgegebene-publikationsreihen/RWI_RWI-Schriften.pdf [zuletzt abgerufen am 19.12.2017].

119 RWWA 28–72–1, IHK Essen: Schreiben Kuske an Driever, IHK Essen, 11.5.1948.

120 RWWA 28–72–2, IHK Essen: Vorlage Küster, IHK Essen für Präsidenten Goldschmidt. Betrifft: Rheinisch-Westfälisches Institut für praktische Wirtschaftsforschung, Juli 1948.

121 RWI, Akte Verwaltungsrat, Hauptakte Nr. 1: Anlage 2 zum Protokoll der Sitzung des Verwaltungsrats vom 22.2.1950.

Arbeitsgemeinschaften

Als weitaus erfolgreicher als die Einbeziehung betriebswirtschaftlicher Fragestellungen in das Forschungsprogramm des Instituts erwies sich die Begründung einer Arbeitsgemeinschaft zunächst mit weiteren Forschungsinstitutionen aus der engeren Region.¹²² „Bestimmend hierfür war der Wunsch, wichtige materielle und ideelle Interessen der wirtschaftlichen Forschung gegenüber den Zonen- und anderen Behörden gemeinsam zu vertreten.“¹²³ Schon früh hatte Walther Däbritz auch für eine einheitliche Spitze der bestehenden Wirtschaftsforschungsinstitute im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft geworben.¹²⁴ Insbesondere eine Wiederbelebung der Konjunkturforschung, in der gegenwärtig das Berliner DIW unter Friedensburg führend sei, erschien ihm zukunftssträchtig, aber auch die Strukturforschung, wie sie durch andere Institute oder das gerade gegründete süddeutsche ifo-Institut betrieben wurde, eröffne bedeutsame neue Erkenntnisse.

Diese frühen, eher noch regional eng begrenzten Ansätze und Anregungen zu einer Zusammenarbeit wissenschaftlicher Forschungsinstitute wurden auf Initiative des Bundeswirtschaftsministeriums und gefördert durch Wirtschaftsminister Ludwig Erhard selbst aufgegriffen und weitergeführt.¹²⁵ Am 25. Februar 1949 hatten sich nämlich in Königstein im Taunus Vertreter zahlreicher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute des damaligen Vereinigten Wirtschaftsgebiets zusammengefunden, um auf „Anregung des heutigen [1950] Wirtschaftsministers Prof. Erhard“ zu fordern, dass „mangels eines zentralen Forschungsinstituts, wie es in früheren Zeiten das Institut für Konjunkturforschung in Berlin gewesen war, die vorhandenen einzelnen Institute sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen schließen und in enger Fühlung zur Wirtschaftsverwaltung treten sollten.“¹²⁶

Dort wurde tatsächlich eine Arbeitsgemeinschaft Deutscher Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute¹²⁷ gegründet, zunächst in lediglich loser Form, die

122 Dazu zählten neben dem RWI die Sozialforschungsstelle an der Universität Münster in Dortmund, das Institut für Weltwirtschaft in Kiel und das Institut für allgemeine und textile Marktwirtschaft an der Universität Münster in Vreden.

123 RWWA 28–72–1, IHK Essen: Rheinisch-Westfälisches Institut für praktische Wirtschaftsforschung. I. Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1946/47, S. 5.

124 „Zersplitterte Wirtschaftsforschung. Zweckmäßigkeit einer einheitlichen Spitze der bestehenden Institute“, in: Handelsblatt vom 3.9.1948.

125 Walther Däbritz, „Zentrale Wirtschaftsforschung. Wieder laufende Konjunkturberichte vorgesehen“, in: Die Welt vom 12.5.1949, berichtet von den Anfängen einer koordinierten Wirtschaftsforschung in Westdeutschland. Er verweist auf erste Erfolge der Zusammenarbeit zunächst in der britischen Zone 1947/48 und die inzwischen erfolgte Gründung der Arbeitsgemeinschaft 1949. Neuerdings dazu auch Hesse 2016, S. 420.

126 RWI, Akte Verwaltungsrat, Hauptakte Nr. 1: Anlage 3 zum Protokoll der Sitzung des Verwaltungsrats vom 22.2.1950.

127 An der Gründung der Arbeitsgemeinschaft waren insgesamt vierzehn Institute beteiligt, nämlich die Bank Deutscher Länder in Frankfurt am Main, der Bremer Ausschuss für Wirtschaftsforschung, das Deutsche Büro für Friedensfragen in Stuttgart, die Forschungsstelle der Internationalen Konferenz der Agrarwissenschaften in Freiburg, die Forschungsstelle für allgemeine und textile Marktwirtschaft der

allerdings bereits im folgenden Jahr festere Strukturen annahm. Auf einem zweiten Treffen in Kiel am 9. November 1949 wurde der Arbeitsgemeinschaft die Rechtsform eines eingetragenen Vereins gegeben, in dessen Vorstand als Vorsitzende Dr. Ferdinand Friedensburg, Präsident des DIW Berlin, Prof. Fritz Baade, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, und Präsident Wagner vom Bayrischen Statistischen Landesamt sowie dem Institut für Wirtschaftsforschung in München gewählt wurden.¹²⁸ Auch wurde der Arbeitsgemeinschaft zugleich ein Sekretariat zugeordnet, dessen endgültiger Sitz nach Bonn nahe der Bundesregierung verlegt wurde. Die Kieler, Münchener und Berliner Institute entsandten zudem jeweils einen Verbindungsreferenten zum Bonner Sekretariat – das RWI in Essen sah aus Kostengründen davon ab.

Die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft entwickelte sich außerordentlich erfolgreich. Zwischen Februar 1949 und 1950 fanden an wechselnden Orten bereits fünf Sitzungen statt, an denen regelmäßig auch Vertreter der wichtigen Ministerien der bizonalen Verwaltung und später auch der Bundesregierung teilnahmen. Zudem wurde eine Reihe von Arbeitskreisen gegründet, die speziellen Fragen, z.B. zur Einkommensverteilung, zu Flüchtlings-, Europa-, und Ost-West-Themen sowie zu methodischen Problemen der Konjunkturbeobachtung und der Aufstellung gesamtwirtschaftlicher Bilanzen nachgehen sollten. Eine Vereinheitlichung der Konjunkturberichterstattung wurde ebenfalls ins Auge gefasst und für den Mai 1950 eine mehrtägige Arbeitstagung der Institute aus München, Kiel, Berlin und Essen in Bonn vereinbart, auf der ein „Versuch gemacht werden [sollte,] einen gemeinschaftlichen Bericht aller vier Institute zu verfassen, der [...] als gemeinsame Veröffentlichung der Institute gilt.“¹²⁹

Bei der Erstellung einer derartigen Gemeinschaftsdiagnose¹³⁰ erlangte das RWI im Arbeitskreis Konjunkturbeobachtung der Arbeitsgemeinschaft später, dank der langjährigen Tätigkeit des Essener Mitarbeiters Bernhard Filusch als „Federführender“

Universität Münster, das Hamburger Welt-Wirtschafts-Archiv, das Institut für landwirtschaftliche Marktforschung in Braunschweig, das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, das Institut für Wirtschaftsforschung in München, das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung in Essen, die Sozialforschungsstelle an der Universität Münster in Dortmund, das Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebiets in Wiesbaden sowie das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften in Köln. RWWA 28 – 72 – 3, IHK Essen.

128 RWWA 28 – 72 – 3, IHK Essen: Protokoll der Sitzung des Verwaltungsrats vom 22. 2. 1950, Anlage 3.

129 Darauf hatte insbesondere auch Wirtschaftsminister Ludwig Erhard hingewirkt, um die bislang nebeneinander erscheinenden Berichte aus Kiel, München und Essen zu vereinheitlichen.

130 Dieser Begriff taucht erstmals im Frühjahr 1951 im Protokoll des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft auf. Und ausführlich dazu Döhrn/Filusch 2016, S. 11. Eine Liste aller Hefte dieser Reihe ist online abrufbar unter: <http://www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-materialien/> [zuletzt abgerufen am 19.12.2017]. Ein Großteil der Hefte kann dort auch kostenlos heruntergeladen werden.

und Koordinator des Gemeinschaftsunternehmens¹³¹ mit seinem bald auf über fünfzig Personen gewachsenen Mitarbeiterkreis, eine führende Position. Eine erste derartige Gemeinschaftsdiagnose erschien im Juli 1950 mit dem Titel „Die Lage der Westdeutschen Wirtschaft und der Weltwirtschaft um die Jahresmitte 1950“. Und diese Praxis wird unter verändertem Titel bis heute fortgeführt.¹³²

Auch erste internationale Kontakte wurden im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft geknüpft. Doch ein Ärgernis für das RWI blieb hinsichtlich der Zusammenarbeit der Institute bestehen, denn die Einrichtungen in Berlin, Kiel und München wurden finanziell durch das Bundeswirtschaftsministerium unterstützt, das Essener Institut hingegen zunächst nicht. Als Argument wurde vorgebracht, das Essener sei ein Regionalinstitut und deshalb in erster Linie die Landesregierung für dessen Förderung zuständig. Walther Däbritz wies aber mehrfach darauf hin, dass die Arbeiten des RWI auch über die Region hinauswiesen und die Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaftsprognose ebenfalls eine paritätische Behandlung des Essener Instituts rechtfertige. Das Ministerium hatte deshalb ein Einsehen und stellte für das laufende Jahr 1950 einen Betrag von 50.000 DM für das RWI bereit, eine angestrebte Erhöhung auf 100.000 DM war demnach noch nicht gelungen, wurde aber weiter betrieben.¹³³

4.2.2 Die Arbeit des Instituts

Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland befanden sich im Jahr 1945 in einem verheerenden Zustand, in dem sich das RWI zurechtfinden und den Versuch eines neuen Anfangs wagen musste. In der Zusammenbruchsgesellschaft galt es also zunächst, einen neuen staatlichen Rahmen zu begründen, den Wiederaufbau der Wirtschaft in Gang zu setzen und der Bevölkerung das blanke Überleben zu sichern, was angesichts fehlender Produktionsmöglichkeiten, des Zustroms von Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge und einer vielfachen Zerrüttung der sozialen Beziehungen als eine gigantische Aufgabe erscheinen musste. Worin also bestanden bei den geschilderten zahlreichen wirtschaftlichen und sozialen Problemen im Nachkriegsdeutschland die Aufgaben, denen sich das RWI als wirtschaftswissenschaftliches Forschungsinstitut gegenüber sah?

131 Bernhard Filusch war zunächst ab 1957 als Mitarbeiter an der Aufstellung der Gemeinschaftsdiagnose beteiligt, von 1964 bis 1986 prägte er dann als „Federführender“ ganz wesentlich die Arbeit des Arbeitskreises.

132 Bereits nach der dritten Gemeinschaftsdiagnose wurde der Titel erstmals geändert in: Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft.

133 RWI, Akte Verwaltungsrat, Hauptakte Nr. 1: Protokoll der Mitgliederversammlung vom 24. 6. 1950. Das Kieler Institut hatte bereits im Haushaltsjahr 1949/50 einen Bundeszuschuss von 300.000 DM erhalten und im Jahr 1950/51 waren insgesamt 1 Mio. DM vorgesehen, wieder 300.000 DM für Kiel und neu 260.000 DM für Berlin und 240.000 DM für München.

Das Institut setzte seine Arbeit nach der Kapitulation der Wehrmacht und dem Untergang des Großdeutschen Reichs 1945 nahezu bruchlos fort. Noch vor der Besetzung Essens durch alliierte Truppen erschienen im Februar 1945 zwei Studien, mit denen auch die Reihe der *RWI Schriften*¹³⁴ fortgesetzt werden konnte. Die bereits seit 1929 herausgegebenen *Konjunkturberichte* des Instituts waren mit Beginn des Krieges nach zehnjähriger Erscheinungsdauer 1938/39 eingestellt worden¹³⁵ und wurden als regelmäßige Publikation ab dem ersten Jahrgang 1949/50 wieder aufgenommen.¹³⁶ Im Vorwort zum ersten Band der *Konjunkturberichte* gab Walther Däbritz einen kurzen Rückblick auf die Geschichte des RWI seit 1926 und verwies auf zahlreiche Parallelen in der wissenschaftlichen Arbeit des Hauses zu der Konjunkturberichterstattung seit 1927. Neu erschien ihm nunmehr hingegen, dass neben den konjunkturellen Verwerfungen im Wirtschaftsablauf zunehmend auch die strukturellen Ungleichgewichte der Wirtschaft in den Blick genommen werden müssten. Damit sprach er bereits sehr früh ein Forschungsfeld an, das für das erneuerte RWI von großer Bedeutung werden sollte. Darüber hinaus verwies er auch auf die zeitbedingten Mängel des statistischen Materials, wodurch die Arbeit des Hauses erschwert werde, zumal sich diese ja nicht mehr nur auf das Ruhrgebiet, sondern auf das gesamte Land Nordrhein-Westfalen beziehen sollte. Bis heute (2018) werden diese Publikationen als *RWI Konjunkturberichte* im 69. Jahrgang weitergeführt.¹³⁷

Im Mai 1950 kamen die vierteljährlich erscheinenden *Mitteilungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung* als eine weitere, neue Publikation des RWI hinzu. Die einzelnen Hefte der Reihe wurden zunächst in hektographierter Form im DIN-A-4-Format den Mitgliedern der Fördergesellschaft kostenlos zugesandt, waren ansonsten für eine DM direkt durch das RWI zu beziehen. In den etwa zehn jährlich erscheinenden Heften im Umfang von zwölf bis sechzehn Seiten wurde knapp über

134 RWI Sign. 51 als Bände 51/17 und 51/18 fortgesetzt. Als erster Band der Reihe war 1939 eine Arbeit „Wirtschaftsstruktur und Krisenfestigkeit in 30 rheinisch-westfälischen Großstädten“, RWI 51/1, mit dem Vermerk: „als Manuskript gedruckt, geheim“ erschienen. Bis 1944 wurden insgesamt 16 weitere Bände der *RWI Studien* publiziert. Ab 1951 wurden die *RWI Schriften* unter Nr. 001 mit „Der Warenkredit an letzte Verbraucher in Deutschland“ (o.V.) neu begonnen und 2013 mit Nr. 084 von U. Neumann, L. Trettin und C. M. Schmidt „Förderung lokaler Ökonomie – Fallstudie im Rahmen der Evaluation des Programms Soziale Stadt NRW“ eingestellt.

135 Zu Inhalt und Qualität der *Konjunkturberichte* der Abteilung Westen siehe Rainer Fremdling, Vorgeschichte und Gründung, S. 47–50. Eine Liste der Arbeiten findet sich im Anhang auf S. 430–434.

136 RWI Sign. P 34. *Konjunkturberichte* des Rheinisch-Westfälischen Instituts für praktische Wirtschaftsforschung, Neue Folge. 1. Jahrgang, Essen 1949/50. In diesem ersten Jahrgang 1949/50 firmierte das herausgebende Institut erst- und einmalig mit dem Adjektiv *praktische* Wirtschaftsforschung. Im zweiten Jahrgang fehlte dieses Attribut bereits wieder. Vor dem Krieg war zunächst ein nicht für die Öffentlichkeit bestimmter *Monatsbericht der Abteilung Westen, Essen, des Instituts für Konjunkturforschung, Berlin* (abgeschlossen Nov. 1927) erschienen, danach fünf weitere Berichte ohne Signatur bis Juni 1928 und dann 1929 der erste Jahrgang der *Konjunkturberichte der Abteilung Westen, Essen, des Instituts für Konjunkturforschung, Berlin*.

137 Einzusehen auf der Internetseite des RWI: <http://www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-konjunkturberichte/> [zuletzt abgerufen am 16.12.2017].

die Forschungen des Hauses berichtet. Gelegentlich fanden auch anderwärts bereits veröffentlichte Arbeiten darin Berücksichtigung.¹³⁸ Darüber hinaus erschienen in loser Reihenfolge vom Institut verantwortete Einzelschriften zu bestimmten Fragestellungen. Hinzu kamen im Laufe der Jahre einige spezielle Reihen, die mit wechselnden Arbeitsschwerpunkten des Instituts korrespondierten, die aber wieder eingestellt wurden.¹³⁹ Daneben verfasste das RWI bereits seit Verselbständigung gegenüber dem DIW in Berlin im Jahre 1943 eigenständige Gutachten, die schon 1945 fortgesetzt, aber nur zum Teil veröffentlicht wurden.¹⁴⁰ In allen diesen Publikationen spiegeln sich die Schwerpunkte der wissenschaftlichen Arbeit des Instituts.

4.2.2.1 Voraussetzungen

Neue Verwaltungsstrukturen

Mit dem Untergang des Dritten Reichs war die staatliche Ordnung in Deutschland zerfallen und die örtlichen Militärkommandanten übernahmen die lokalen Verwaltungen, bedienten sich vor Ort dabei zumeist des deutschen Personals und deutscher Expertise.¹⁴¹ In der nordwestlichen Besatzungszone, die zunächst vor allem durch amerikanische Truppen besetzt worden war, übernahmen die Briten im Mai 1945 in der ehemaligen preußischen Provinz Westfalen und am 21. Juni auch in der nördlichen Rheinprovinz das Kommando. Da die ursprünglich vorgesehene gemeinsame Verwaltung Deutschlands durch den Alliierten Kontrollrat in Berlin nicht funktionierte,¹⁴² war die britische Regierung gezwungen, in ihrer Besatzungszone, die neben Westfalen und den nördlichen Rheinlanden auch die preußischen Provinzen Hannover und

138 So in Heft 3 (Juli 1950), S. 1–7: „Die Lage der westdeutschen Wirtschaft und der Weltwirtschaft“, bearbeitet innerhalb des Arbeitskreises Konjunkturbeobachtung in Bonn im Juli 1950 und verfasst vom 21. bis 24. Juli in München durch das ifo-Institut (München), das DIW (Berlin), das Institut für landwirtschaftliche Marktforschung (Braunschweig-Völkenrode), das Institut für Weltwirtschaft (Kiel) und das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (Essen). In Heft 6 (Oktober 1950), S. 1–6 findet sich ein Beitrag „Die Lage der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1950“, der dem Heft 1 der Konjunkturberichte N.F., 2. Jg. des RWI entnommen wurde.

139 So *Schriften und Materialien zu Handwerk und Mittelstand* (15 Bde.) und *Schriften und Materialien zur Regionalforschung* (11 Bde.).

140 Über die gutachterliche Tätigkeit des Instituts vor 1945 gibt die RWI-Akte Arbeiten des Instituts und der Mitglieder, Bd. I (Nr. 1, Sign. 121/1 bis Nr. 6, Sign. 121/6) Auskunft, wobei Nr. 6, Sign. 121/6 in der Akte fehlt. Interessant erscheinen vor 1945 am ehesten die Ausgaben 121/4: „System Kehrl“ (Mai 1943, 5 S.) und 121/5: „System Speer“ (1943, 7 S.) mit einer Beschreibung und grafischen Darstellung der unterschiedlichen Formen der Rüstungswirtschaft unter den beiden zuständigen Ministern. Die Bde. II (Nr. 7, Sign. 121/7 bis Nr. 41, Sign. 121/41) und III (Nr. 42, Sign. 121/42 bis Nr. 46, Sign. 121/46) enthalten Gutachten bis zum Jahr 1954.

141 Zum Folgenden knapp Först 1986. Eine ausführliche Geschichte der Gründung des Landes NRW auf der Basis der vom Autor selbst editierten Akten der britischen Militärverwaltung bei Steininger 1990.

142 Benz (2009, S. 51–59) zum Potsdamer Abkommen und den daraus herzuleitenden Absichten der Siegermächte.

Schleswig-Holstein umfasste, eine eigene Verwaltung zu etablieren. Zum 1. Mai 1946 wurde den Militärgouverneuren in den Provinzen eine Zivilbehörde (Regional Commission) an die Seite gestellt: Es handelte sich im späteren NRW um den Oberpräsidenten Rudolf Amelunxen für Westfalen in Münster und Hans Fuchs für Nordrhein in Düsseldorf. Die territoriale Behördenstruktur der preußischen Verwaltung wurde von den Briten damit weitgehend unverändert beibehalten.

Hinsichtlich der Zustände, wie sie sich den Besatzungsbehörden boten, waren Informationen über die in den Besatzungszonen lebenden Menschen und deren wirtschaftliche Verhältnisse von größtem Wert. Schon 1946 konnte deshalb das RWI den britischen Behörden eine von Emil C. Chandon verfasste Gesamtschau auf das Besatzungsgebiet liefern,¹⁴³ in dem auf vier unterschiedliche Wirtschaftszonen Nordwestdeutschlands mit deutlich unterschiedlicher Siedlungsweise und unterschiedlich starken Wanderungsströmen in der Gegenwart verwiesen wurde.¹⁴⁴ Auch hier gab es einige Vorarbeiten, die im RWI unmittelbar nach Kriegsende bereits angegangen worden waren. Diese befassten sich im Schwerpunkt mit der Wirtschaftslage des Ruhrgebiets¹⁴⁵ und insbesondere der Stadt Essen.¹⁴⁶ Darin waren auch Informationen über den Umfang und die Struktur der Bevölkerung gefragt.¹⁴⁷ Im Ergebnis zeigte sich, dass im Besatzungsgebiet trotz der Kriegsverluste die Bevölkerung seit 1939 von etwa 20 Mio. auf ca. 24 Mio. Personen zugenommen hatte, diese vorwiegend in Städten siedelte und einer gewerblichen Tätigkeit nachging, während die Landwirtschaft nur eine untergeordnete Rolle spielte.¹⁴⁸

143 Darin flossen gewiss auch Erkenntnisse ein, die das Institut in vorausgehenden Gutachten gewonnen hatte. Vgl. RWI, Akte Arbeiten des Instituts und der Mitglieder, Bd. II (Nr. 7–41), 121/8: Äusserungen zur Frage der Abgrenzung des Ruhrbezirks (27.8.1945, 18 S.) und 121/9: Wirtschaftliche Struktur von Rheinland und Westfalen (28.7.1945, 14 S. mit 6 Tabellen).

144 RWI 51/20: Emil C. Chandon, Grundzüge des Bevölkerungs- und Wirtschaftsaufbaus des Britischen Besatzungsgebietes, Essen 1946. Ein zusätzliches englischsprachiges Deckblatt, Inhaltsverzeichnis und eine Zusammenfassung erleichterten den britischen Behörden die Nutzung. Vgl. auch RWI, Akte Arbeiten des Instituts und der Mitglieder, Bd. II, Nr. 15 (Sign. 121/15) Zur Frage der Länderabgrenzung innerhalb des britischen Besatzungsgebiets (Essen, 3.6.1946, 18 S.).

145 RWI, Akte Arbeiten des Instituts und der Mitglieder, Bd. II: Nr. 8 (Sign. 121/8): Äusserungen zur Frage der Abgrenzung des Ruhrbezirks (1945); Nr. 9 (Sign. 121/9): Wirtschaftliche Struktur von Rheinland und Westfalen (1945); Nr. 15 (Sign. 121/15): Zur Frage der Länderabgrenzung innerhalb des britischen Besatzungsgebiets (Essen, 3.6.1946, 18 S.); Nr. 14 (Sign. 121/14): Der Bezirk der Industrie- und Handelskammer für die Stadtkreise Essen, Mülheim und Oberhausen zu Essen (1946) und Nr. 22 (Sign. 121/22): Ergänzung zu den Druckbogen Materialien zu dem Vortrag: Entwicklung und Aufbau des Ruhrgebiets mit besonderer Berücksichtigung der Stadt Essen.

146 RWI, Akte Arbeiten des Instituts und der Mitglieder, Bd. II: Nr. 23 (Sign. 121/23): Zukunftsmöglichkeiten der Essener Wirtschaft (1947) und Nr. 26 (Sign. 121/26): Die Essener Industrie im Herbst 1946 (1947).

147 RWI, Akte Arbeiten des Instituts und der Mitglieder, Bd. II: Nr. 16 (Sign. 121/16): Die Bedeutung der Fahrpreiserhöhung für den Berufsverkehr im Ruhrgebiet (1946) und Nr. 30 (Sign. 121/30): Die Strukturwandlungen der deutschen Bevölkerung (Britische Zone), (1947).

148 RWI 51/20: Emil C. Chandon, Grundzüge des Bevölkerungs- und Wirtschaftsaufbaus des Britischen Besatzungsgebietes, Essen 1946, S. 45.

Die geringe Bedeutung der Landwirtschaft für die Erwerbstätigkeit und die Versorgung der Bevölkerung in der britischen Besatzungszone bestätigte eine weitere Untersuchung des RWI,¹⁴⁹ ebenso wie die überragende Bedeutung der gewerblichen bzw. der industriellen Wirtschaft in bestimmten Teilen der Region.¹⁵⁰ Hier, wie in zahlreichen weiteren Studien, kommt den statistischen Erhebungen der Vorkriegszeit, in diesem Falle der Betriebszählung von 1939 und dem Industriezensus von 1936, eine überragende Bedeutung zu, wie Walther Däbritz im Vorwort der Publikation eigens hervorhob. Neuere statistische Daten für eine „Bestandsaufnahme des industriellen Volumens des Gebietes der heutigen britischen Zone“ lagen im Jahr 1946 noch nicht vor. Auf dieser Basis ließen sich einzelne Industriezweige analysieren und darstellen und so zu einem Bild der Industriestruktur der Region verdichten. Die außerordentliche Bedeutung der Produktionsmittelindustrie wurde nochmals eindringlich hervorgehoben, ebenso wie die dadurch bedingte besondere Stellung der Großbetriebe und deren hohe Kapitalintensität. Diese Ergebnisse wurden durch eine Untersuchung bestätigt, die vier Mitarbeiter des RWI in einer Untersuchung vorstellten, die Walther Däbritz zu seinem 65. Geburtstag am 21. Dezember 1946 gewidmet war.¹⁵¹ In vier Beiträgen zur Nicht-Kohlenchemie,¹⁵² zur Kohlenindustrie,¹⁵³ zur Eisen schaffenden Industrie und zur Eisen und Metall verarbeitenden Industrie schilderten die Autoren die Entwicklung der vier Branchen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Es handelte sich also um eine überwiegend wirtschaftshistorische, anschauliche, rein deskriptive Darstellung mit zahlreichen Tabellen und Karten, die z.T. bis auf die Ebene von Einzelunternehmen zurückging. Für das Verständnis der Militärbehörden mag eine solche Darstellung hilfreich gewesen sein, eine Zukunftsperspektive für das Ruhrgebiet ließ sich daraus nicht herleiten. Und das galt auch für zwei weitere Arbeiten aus dem Institut, die sich dezidiert mit der Essener Wirtschaft befassten.¹⁵⁴ Ob, wie behauptet, aus einer historisch-deskriptiven Beschreibung der Essener Industriestruktur tatsächlich eine positive Entwicklungsperspektive herzuleiten war, musste sich erst noch zeigen.

149 RWI 51/27: Kurt Klag, Die Landwirtschaft innerhalb des britischen Besatzungsgebiets, Essen 1946.

150 RWI 51/31: Emil C. Chandon, Die Industriestruktur des britischen Besatzungsgebiets, Essen-Kettwig 1947.

151 RWI 51/32: Beiträge zur Industriewirtschaft des Ruhrgebietes, Essen-Kettwig 1947. Bei den Autoren handelte es sich um Dr. Paul Wiel, Dr. Gregor Winkelmeyer, Dr. Kurt Klag und Dr. Hermann Bohrer. Eine Arbeit von Kurt Klag, Die Standortbedingungen der Eisen schaffenden Industrie des Ruhrgebietes, Essen-Kettwig 1947, wurde vom RWI dazu noch separat publiziert (RWI 51/35 a). Es handelte sich dabei um seine im selben Jahr bei Bruno Kuske in Köln angefertigte Dissertation.

152 Dazu auch RWI, Akte Arbeiten des Instituts und der Mitglieder, Bd. II: Nr. 35 (Sign. 121/35): Die Nichtkohlenindustrie in Nordrhein-Westfalen (1947).

153 RWI, Akte Arbeiten des Instituts und der Mitglieder, Bd. II: Nr. 13 (Sign. 121/13): Tabellenverzeichnis Steinkohlenempfang (1936 – 1941).

154 RWI 51/33: Hermann Bohrer, Beiträge zu den Struktur- und Standortproblemen der Essener Wirtschaft, Essen-Kettwig 1947 und RWI 51/33 a: ders., Die Zukunft der Essener Wirtschaft, Essen-Kettwig 1947.

Hilfreicher für die Besatzungsbehörden hinsichtlich der Neugliederung ihres Besatzungsgebietes waren deshalb sicher Arbeiten, in denen auf der Basis der Volks-, Berufs- und Betriebszählung von 1939 eine Übersicht über die wirtschaftliche Struktur des Landes Nordrhein-Westfalen zu geben versucht wurde.¹⁵⁵ Hierher gehört auch eine Arbeit, die von der IHK Essen initiiert wurde und mit der diese Einfluss auf die administrative Neugestaltung der britischen Besatzungszone zu nehmen versuchte.¹⁵⁶ Nach den Vorstellungen der Oberpräsidenten von Nordrhein und Westfalen sollten in den von den Briten verwalteten Provinzen im Rahmen einer Gebietsreform „lebensfähige Länder aus in Verwaltung und Wirtschaft zusammenhängenden Gebieten“ geschaffen werden.¹⁵⁷ Hinsichtlich des Zuschnitts dieser Länder war bei dem Kölner Ordinarius für Wirtschaftsgeographie und Wirtschaftsgeschichte Bruno Kuske und bei Hermann Wandersleb, dem Vizepräsidenten des Oberpräsidiums Nordrhein, ein Gutachten erbeten worden, das die Einrichtung von *drei* Ländern in der britischen Besatzungszone empfohlen hatte. Dafür plädierte auch das RWI in seinem Gutachten, das an Initiativen zur Begründung von Ländern erinnerte, die in der amerikanischen Besatzungszone bereits ergriffen worden waren, und warnte zugleich vor den französischen Vorstellungen einer Abspaltung des Ruhrgebiets. Die zahlreichen Pläne zu einer Neugliederung wurden verworfen und eine Grenzziehung anhand wirtschaftlicher Gegebenheiten gefordert.¹⁵⁸ Dabei konnte das RWI auch auf die Untersuchung von Emil C. Chandon (RWI 51/20) verweisen.

Tatsächlich schufen die Briten drei Länder, nämlich Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, und folgten damit den deutschen Vorschlägen weitgehend.¹⁵⁹ Als erster Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen wurde Rudolf Amelunxen eingesetzt, sein Stellvertreter war Karl Arnold. Ein erster Landtag trat zum 12. September 1946 in Düsseldorf zusammen, dessen parteipolitische Zusammensetzung sich nach den Ergebnissen der Reichstagswahlen von 1932 bestimmte. Neue Wahlen wurden für die Gemeinden und Ämter des Landes zum 15. September und für Städte und Landkreise zum 13. Oktober 1946 angesetzt. Damit waren die ersten Schritte zu einer demokratischen Umgestaltung des neuen Gemeinwesens getan. Die erste Landtagswahl erfolgte erst am 20. April 1947 und in ihr wurde die „Herrschaft auf dem Lande“ für die CDU und das „Schwergewicht in den großen Städten“ für die SPD, mithin die „ältere soziale und konfessionelle Struktur“ des Landes, erneut bestätigt.¹⁶⁰ Einen kurzen Streit gab es 1948 über den Sitz der

¹⁵⁵ RWI 51/28: Übersicht über die Struktur des Landes Nordrhein-Westfalen, Essen 1946.

¹⁵⁶ RWI 51/24 a: Zur Frage der Länderabgrenzung innerhalb des britischen Besatzungsgebietes, Essen 1946.

¹⁵⁷ Först 1990, S. 27. Zur Neugliederung vgl. auch Benz 2009, S. 63f.

¹⁵⁸ Noch 1948 weist Walther Däbritz auf die „Gefahren einer Zerstückelung“ des Landes NRW durch eine drohende Neugliederung der gerade erst geschaffenen Länder hin, in: Die Welt vom 5.6.1948.

¹⁵⁹ Verordnung der Militärregierung Nr. 46 vom 23.8.1946: Betreffend die Auflösung der Provinzen des ehemaligen Preußen in der britischen Zone und ihre Neubildung als selbständige Länder.

¹⁶⁰ Först 1990, S. 43.

Landeszentralbank, um den sich Köln, Essen und Düsseldorf beworben hatten und in dem Düsseldorf als Sitz der Landesregierung schließlich obsiegte.¹⁶¹

Auch die amerikanischen Militärbehörden hatten in ihrer Besatzungszone nach Kriegsende rasch neue Länder begründet und deren Führung, dem Ministerpräsidenten und den Ministerien, auch Kompetenzen übertragen. Ein Länderrat als gemeinsames Organ der Ministerpräsidenten übernahm dabei Koordinierungsfunktionen und dessen Ausschüsse bzw. Unterausschüsse wurden mit zentralen Aufgaben betraut.¹⁶² In der neu geschaffenen Bipartite Economic Control Group (BECG) gewannen die Ansichten der Amerikaner hinsichtlich der Grundzüge einer liberalen bizonalen Wirtschaftsordnung bald die Überhand und die Planungs- und Sozialisierungsvorstellungen der Briten wurden zurückgedrängt. Eine Abkehr vom Anspruch einer umfassenden Produktionsplanung, wie sie in der britischen Zone angestrebt worden war, wurde unübersehbar und ein „Maximum an wirtschaftlicher Freiheit mit einem Minimum an Lenkung zu verbinden“, wurde zum erklärten Ziel.¹⁶³ „Der Versuch, die Steuerung der Bizonenindustrie mit Hilfe eines Systems direkter Kontrollen zu handhaben, wurde aber nach der Fusion der beiden angelsächsischen Zonen nicht ernsthaft weiterverfolgt.“¹⁶⁴

Es kam vielmehr zur Gründung einer Reihe weiterer Institutionen, mit denen die Grundstruktur unserer heutigen Verfassungsordnung gelegt wurde.¹⁶⁵ Dazu zählte die Einrichtung eines Wirtschaftsrats in Frankfurt am Main mit 52 Mitgliedern, die von den Landtagen gewählt wurden. Später (1948) wurde er zu einem Quasi-Parlament aufgewertet. Diesem waren Direktoren für die fünf verschiedenen zivilen Verwaltungen zugeordnet, die später in einem Kollektivorgan, dem Verwaltungsrat, als eine Quasi-Regierung zusammengefasst wurden.¹⁶⁶ Der Weg zur Gründung eines Weststaates, der Bundesrepublik Deutschland, war damit beschritten. Und nachdem es auf der Moskauer Außenministerkonferenz (10. März bis 24. April 1947) in der Deutschlandpolitik zum offenen Bruch zwischen den Alliierten gekommen war, ging man auf diesem Weg weiter voran, und einige Jahre später, am 23. Mai 1949, trat der neue Staat nach Verkündung des Grundgesetzes offiziell ins Leben.¹⁶⁷ Doch die drängenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme der unmittelbaren Nachkriegszeit waren

161 Walther Däbritz, „Die Frage des Sitzes der Landeszentralbank. Wirtschaftliche Schwerpunkte als Grundlage des Bankverkehrs im Spiegel der Statistik“, in: Handelsblatt, Nr. 13 vom 25. 3. 1948. Und eine Entgegnung der IHK zu Köln: „Die Frage des Sitzes der Landeszentralbank. Eine Antwort an Prof. Dr. Däbritz“ und ein erneuter Kommentar von Däbritz: „Das Schwergewicht des Geldverkehrs. Noch einmal Köln oder Düsseldorf? – Abschluss der Erörterung“.

162 So gab es bereits seit Februar 1946 in der amerikanischen Zone einen solchen „Ausschuß für Wirtschaft, Industrie und Handel“. Vgl. dazu Abelshauser 1975, S. 72.

163 Keiser 1947, S. 293 f.

164 Abelshauser 1975, S. 86.

165 Först 1990, S. 51 f.

166 Benz 2009, S. 142–144 und S. 156–159.

167 Zu den einzelnen Schritten der Staatsgründung: Benz 2009, S. 172–208 und knapp Steininger 1998.

durch die bereits 1945 beginnende Rekonstruktion einer staatlichen Grundordnung noch keiner Lösung nähergebracht.

Entnazifizierung

Mit der Niederlage der deutschen Wehrmacht schien es den Alliierten zugleich geboten, durch geeignete Maßnahmen zur Demilitarisierung und Entnazifizierung der deutschen Gesellschaft beizutragen. Die Entwaffnung und Entlassung aller Wehrmachtsangehörigen, die Entfernung aller militärischen Anlagen und die Einstellung der Rüstungsproduktion erwiesen sich dabei als wesentlich einfacher als die Bekämpfung nationalsozialistischen Gedankenguts. Basis aller Maßnahmen bildete eine Übereinkunft der Alliierten auf der Konferenz von Jalta, „alle Kriegsverbrecher vor Gericht zu bringen und einer schnellen und gerechten Bestrafung zuzuführen.“¹⁶⁸ Die Amerikaner brachten ein groß angelegtes Umerziehungsprogramm der deutschen Bevölkerung auf den Weg, nach dem alle erwachsenen Deutschen auf der Basis eines umfangreichen Fragebogens Rechenschaft über ihre Betätigung während der NS-Zeit abzulegen hatten. Dazu wurden sie von eigens geschaffenen Zivilgerichten, sogenannten Spruchkammern, in fünf Kategorien unterschieden, zwischen „Hauptschuldigen“ auf der einen Seite und „Unbelasteten“ auf der anderen Seite, je nach Schwere der Verstrickung in die verbrecherischen Aktivitäten des Regimes.¹⁶⁹

In den einzelnen Besatzungszonen wurden die Verfahren mit sehr unterschiedlicher Intensität durchgeführt, zunächst am strengsten wohl in der amerikanischen Zone,¹⁷⁰ weniger streng in der französischen¹⁷¹ und eher zögerlich in der britischen Zone.¹⁷² Das ursprüngliche Ansinnen, alle Nationalsozialisten aus Wirtschaft und Verwaltung zu entfernen, wurde sehr schnell durchbrochen und nur allmählich konnte sich ein geordnetes Verfahren entwickeln.¹⁷³ In Nordrhein-Westfalen vollzog sich die Entnazifizierung durch die Besatzungsmacht selbst in einer ersten Phase¹⁷⁴ wenig planvoll. Im Oktober 1947 wurde dann der Landtag aufgefordert, ein entsprechendes Gesetz zu erlassen, was aber von der Militärregierung verworfen wurde, und erst die Kontrollratsdirektive Nr. 38 vom September 1948 schuf eine praktikable Voraussetzung für ein einigermaßen geordnetes Verfahren.¹⁷⁵ Dennoch blieben zahlreiche

168 Stolper 1949, S. 298 und der Text der Note auf S. 309 – 329. Darauf bezog sich die Direktive JCS 1067 (Joint Chief of Staff) vom 24.4.1945, nach der alle militärischen und nationalsozialistischen Einflüsse zukünftig aus öffentlichen Dienststellen wie auch dem gesamten kulturellen und wirtschaftlichen Leben des deutschen Volkes ausgeschaltet werden sollten.

169 Fürstenau 1969.

170 Niethammer 1972.

171 Henke 1981.

172 Lange 1982 und Krüger 1982. Vgl. auch Benz 2009, S. 112 – 119.

173 Brunn 1995, S. 192.

174 Basis dafür bot die Kontrollratsdirektive Nr. 24 vom 12.1.1946, die wenig praktikabel formuliert war.

175 Först 1990, S. 53f.

Ungereimtheiten bestehen und sämtliche derartige Maßnahmen wurden in der britischen Zone im Sommer 1949 eingestellt.

Den zunächst mit der Entnazifizierung befassten alliierten Stellen und später auch den von Deutschen besetzten Spruchkammern¹⁷⁶ fiel es im Chaos der Nachkriegsjahre und bei unklaren normativen Vorschriften häufig schwer, zu einer gerechten Einschätzung zu kommen. Papiermangel, zerstörte Infrastruktur, terminologische Unklarheiten und menschliches Versagen trugen mit dazu bei, das alliierte Umerziehungsprogramm weitgehend scheitern zu lassen, zumal auch die Militärbehörden selbst nur ein begrenztes – zudem deutlich abnehmendes – Interesse an der gesamten Aktion zeigten. Auf einer ganz anderen Ebene wurde ein Verfahren vor dem Internationalen Kriegsvergerichtshof in Nürnberg gegen 23 Hauptkriegsverbrecher geführt, das mit zwölf Todesurteilen und zahlreichen langjährigen Freiheitsstrafen endete. Weitere zwölf Nachfolgeprozesse gegen verschiedene Personen und Personengruppen sowie verbrecherische Institutionen fanden unter amerikanischer Leitung statt.

Nahrungsmittelversorgung

Eines der gravierendsten Probleme der westdeutschen Bevölkerung lag in der unzureichenden Nahrungsmittelversorgung, denn große Teile des östlichen Reichsgebiets, das vor dem Krieg als ein landwirtschaftliches Überschussgebiet gegolten hatte, befanden sich nunmehr unter polnischer Verwaltung oder gehörten zur sowjetischen Besatzungszone und konnten deshalb zur Versorgung der westlichen Gebiete nichts beitragen. Auch hatte die Produktivität der Landwirtschaft während des Krieges insgesamt gelitten, es fehlte an Düngemitteln und, nach Freisetzung der landwirtschaftlich tätigen „Fremdarbeiter“, auch an Arbeitskräften. Im Chaos des Kriegsendes blieb den alliierten Militärbehörden daher zunächst nichts anderes übrig, als am überkommenen Zuteilungssystem durch Lebensmittelkarten festzuhalten.¹⁷⁷ Bis zum Ende des Krieges war es den deutschen Behörden immerhin noch gelungen, Rationen im Umfang von 2.000 Kalorien pro Person und Tag auszugeben. Während unter alliierter Obhut 1945 anfangs noch eine Tagesration von 1.550 Kalorien für Normalverbraucher vorgesehen war, beliefen sich die tatsächlich zugeteilten Rationen im Mai/Juni 1945 auf lediglich 680 Kalorien. Im August konnten sie auf immerhin 1.150 Kalorien angehoben werden.¹⁷⁸ Den britischen Behörden gelang die benötigte Einfuhr von Brotgetreide allenfalls zur Hälfte und die geringe Kohleförderung verursachte im Winter 1946/47 darüber hinaus einen gravierenden Brennstoffmangel für die Bevölkerung. Damit konnte eine hinreichende Ernährung durch das herrschende Bewirt-

¹⁷⁶ In der britischen Zone wurde das Verfahren Ende 1947 in deutsche Hände gelegt, vgl. ausführlich Krämer 2001 und Lange 1982, S. 232.

¹⁷⁷ Farquarsson 1985.

¹⁷⁸ Boelcke 1986, insb. Kapitel 2, S. 33–73. Ähnlich: Benz 2009, S. 87 und Erker 1990.

schaftungssystem nicht gewährleistet werden.¹⁷⁹ Wegen der anhaltenden Notlage kam es im März 1947 im Ruhrgebiet sogar zu vereinzelt Hungerdemonstrationen und Proteststreiks.¹⁸⁰

Bis zum Januar 1948 lag die Nahrungsmittelversorgung der deutschen Bevölkerung stetig unter 2.000 Kalorien pro Tag und damit unter dem physiologischen Existenzminimum.¹⁸¹ Das tägliche Leben gestaltete sich zumeist als eine „Geschichte des Hungers, des Frierens, des Suchens.“¹⁸² Eine notdürftige Versorgung war nur möglich, weil die Alliierten große Mengen an Lebensmitteln nach Westdeutschland einführten, obwohl es wegen der schlechten Ernten weltweit mit Ausnahme der USA an Nahrungsmitteln mangelte.¹⁸³ Die deutsche Bevölkerung versuchte sich selbst zu helfen. Ausgedehnte „Hamsterfahrten“ aufs Land dienten der Nahrungsmittelversorgung und illegale, „schwarze“ Märkte sollten Lücken im Bewirtschaftungssystem schließen helfen. Dies gelang jedoch nur unvollkommen und es herrschte allorts große Not.¹⁸⁴ Wollte man sich auf dem Schwarzmarkt mit Lebensmitteln versorgen, so war man mit exorbitant hohen Preisen konfrontiert, die auch angesichts des Bargeldüberhangs nicht von jedermann aufzubringen waren. In Frankfurt am Main lag der Schwarzmarktpreis für Butter 1948 z.B. ca. 800 Prozent über dem offiziellen Preis, der von Rindfleisch bei mehr als 500 Prozent und der von Zucker auf ähnlichem Niveau.¹⁸⁵ Für den Preis eines Pfundes Butter hätte zu den damals geltenden Lohnsätzen ein Arbeiter zwei bis drei Wochen arbeiten müssen.¹⁸⁶ In den städtischen Regionen war die Lage noch schlimmer als auf dem Lande, wo eine rudimentäre Selbstversorgung der Bevölkerung eine gewisse Erleichterung bringen konnte. Für Hamsterfahrten aufs Land brauchte man Beziehungen zur bäuerlichen Bevölkerung, attraktive Tauschgegenstände, aber auch Geduld und Zeit, um sich den mühsamen Reisen mit unzulänglichen Verkehrsmitteln widmen zu können. An all diesem mangelte es der Arbeiterbevölkerung des Ruhrgebiets, sodass hier, in den ausgebombten Industriestädten, die Versorgungslage besonders dramatisch wurde. Die unzureichende Versorgung der Bevölkerung hemmte auch den Arbeitswillen und trug damit wiederum zur Verschärfung der Krise bei.

179 RWI, Akte Arbeiten des Instituts und der Mitglieder, Bd. II: Nr. 20 (Sign. 121/20): Die Rationssätze der 91. und 92. Zuteilungsperiode (Oktober 1946).

180 Först 1990, S. 36 und S. 41.

181 Schmitz 1956, S. 499. Vgl. auch Abelshauser 1975, Abb. 11, S. 133.

182 Kielmansegg 2000, S. 80.

183 Häusser/Maugg 2009, S. 50 f.

184 RWI, Akte Arbeiten des Instituts und der Mitglieder, Bd. II, Nr. 21 (Sign. 121/21): Stellungnahme zur Sicherung der Ernährungsgrundlagen (Januar 1947). Beispiele aus der Kölner Region bei Dülfer 1996. Ähnliches galt natürlich auch für die Wohnverhältnisse, vgl. dazu Schulz 1994, S. 31–45.

185 Auch wenn naturgemäß Preise auf illegalen Märkten schwierig zu bestimmen sind, finden sich derartige Angaben bei Möller 1976, S. 469.

186 Stolper 1964, S. 238.

Wozu also arbeiten, wenn die Arbeit nur Hunger verzögerte, den Verschleiß von Kleidern und Schuhen beschleunigte, und es gegen Geld allein weder Lebensmittel noch Kleidung, noch Hausrat, oder sonst etwas Brauchbares zu kaufen gab?¹⁸⁷

Die Probleme der Zusammenbruchsgesellschaft wurden durch die Konstituierung einer neuen staatlichen Rahmenordnung keinesfalls bereits gelöst. Es ging daneben auch um die Wiederingangsetzung der Wirtschaft und die Überwindung des Elends der deutschen Bevölkerung. Letzterer dienten umfangreiche Hilfslieferungen der ehemaligen Kriegsgegner, die der deutschen Bevölkerung in der unmittelbaren Nachkriegszeit ein notdürftiges Überleben sicherten und danach zum Wiederaufbau beitrugen. Die Hilfslieferungen erfolgten zunächst aus unmittelbaren US-Armeebeständen im Rahmen der Government Appropriation for Relief in Occupied Areas (GARIOA), zwischen 1946/47 und 1949/50 im Wert von 1,62 Mrd. US-Dollar und dann, zwischen 1949/50 und 1951/52, nochmals in Höhe von 1,493 Mrd. US-Dollar, im Rahmen des European Recovery Program (ERP/Marshallplan).¹⁸⁸ Daneben lieferten auch die Vereinten Nationen Nahrungsmittel nach Deutschland und private Organisationen in den USA, aber nicht nur dort, wurden unterstützend tätig.¹⁸⁹

Bevölkerungsverschiebungen

Nicht nur die materielle Infrastruktur und der Kapitalstock der deutschen Volkswirtschaft waren durch den Krieg schwerwiegend geschädigt worden, sondern auch hinsichtlich des Arbeitspotentials hatten sich Beeinträchtigungen ergeben. Bereits mit dem Vorrücken der Roten Armee in das Reichsgebiet hatte eine beachtliche Fluchtbewegung der deutschen Bevölkerung eingesetzt und der Zustrom von Menschen in die mittleren und westlichen Teile des Reichs verstärkte sich noch, als es nach dem Potsdamer Abkommen zu umfangreichen Zwangsumsiedlungen aus den nunmehr unter polnischer Verwaltung stehenden Gebieten kam.¹⁹⁰ Nach Gründung der DDR und der dortigen Bodenreform traten bald Flüchtlinge aus der vormaligen Sowjetzone, die ihr Glück in der Bundesrepublik suchten, als eine weitere Gruppe hinzu,¹⁹¹ sodass bereits bis 1946 über 9 Mio. Personen davon betroffen waren und diese gewaltige Wanderungsbewegung bis Ende der 1950er Jahre insgesamt bis zu 14

187 Ebda.

188 Bundesminister für den Marshallplan 1953, S. 23f. Noch 1948/49 bestanden diese Einfuhren zum größeren Teil aus Nahrungs- und Futtermitteln sowie Saaten. Erst zu Beginn der 1950er Jahre überwogen Rohstoffe für die industrielle Produktion.

189 So etwa im Rahmen der durch den ehemaligen Präsidenten angeregten CARE-Pakete und der sogenannten Schwedenspeisungen von Schulkindern.

190 Edding 1949.

191 Die unterschiedlichen Gruppen und ihre Versorgungsansprüche aufgrund des Lastenausgleichsgesetzes von 1952 wurden erstmals nach drei Kategorien im Bundesvertriebenengesetz vom Mai 1953 unterschieden.

bis 16 Mio. Menschen umfasste.¹⁹² Im Westen wurde diesen häufig eine wenig freundliche Aufnahme zuteil, sie wurden zumeist als Fremde und Störende wahrgenommen.¹⁹³ Die Sozialstruktur des Landes wurde durch diese Zuwanderung nachhaltig durchgerüttelt und verändert.¹⁹⁴

Um der Probleme des befürchteten wachsenden Zustroms an Menschen Herr werden zu können, bedurfte es genauerer Informationen über Umfang, Struktur und Wirtschaftslage der Bevölkerung an der Ruhr. Auf Anregung des Ruhrsiedlungsverbandes unternahm das RWI als erste Studie nach Ende des Krieges bereits im März 1945 eine Untersuchung über die Bevölkerungsstruktur an der Ruhr.¹⁹⁵ Im Vorwort der Arbeit bedauerte Walther Däbritz, dass trotz mittlerweile erfolgter tiefgreifender Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur der Region wegen fehlender neuer Daten auf die Vorkriegsverhältnisse Bezug genommen werden musste. Er verknüpfte damit allerdings zugleich die Hoffnung, dass „für den künftigen Wiederaufbau wertvolle Ergebnisse“ vorgelegt werden könnten. Die Tabellen über die Bevölkerung (S. 11–37), über das Siedlungs- und Wohnungswesen (S. 38–44) und die Wirtschaft der Region (S. 47–58) beruhten ausschließlich auf den Daten der Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 15. Mai 1939. Aktuelle Daten über Umfang und Lage der Bevölkerung an der Ruhr waren erst aus einer Auszählung der Lebensmittelkartenbezieher nach 1945 zu gewinnen. Demnach ließ sich ein deutlicher Rückgang der Bevölkerungszahl an der Ruhr feststellen, der auf die bis Juni 1946 herrschende Zuzugssperre in die Region zurückzuführen war.¹⁹⁶ Im Kern des Ruhrgebiets lebten am Ende des Krieges wie in anderen Großstädten in NRW z.T. nur noch 10 bis 20 Prozent der ursprünglichen Bevölkerung. Die Wohnungsnot war dort derartig groß, dass die Belegung der vorhandenen Wohnungen von 1,0 Personen pro Raum (1939) auf 1,4 Personen gestiegen war.

Nicht nur die Umwälzungen der Bevölkerungsstruktur, auch ihr Zustand und die Versorgungslage bereiteten den Behörden einiges Kopfzerbrechen. Eine Erhebung des Gesundheitszustandes der Arbeiter an der Ruhr kam 1946 zu dem bedrückenden Ergebnis, dass die „Gesundheit der Ruhrarbeiter weit mehr gefährdet [sei] als die

192 Zu den Zahlen: Benz 2009, S. 99. Pfeil 2003, S. 123–124 bezeichnet dies als „größtes Vertreibungsgeschehen in der Weltgeschichte“.

193 Lüttinger 1986.

194 Hockerts 1986. Zur amerikanischen Sicht auf das Flüchtlingsproblem vgl.: Der amerikanische Hochkommissar für Deutschland (Hg.), Bericht über Deutschland, Nr. 5 (Okt./Dez. 1950), S. 69–78: Assimilierung der Heimatlosen; Nr. 9 (Okt./Dez. 1951), S. 70–82: Der Abschluss des DP-Programms [Displaced Persons] und Nr. 10 (Jan./März 1952), S. 65–72: Menschen ohne Heimat.

195 RWI 51/19: Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk (Hg.) (Bearbeiterin Frau Dr. Annecke-Mönninghoff), Essen 1945.

196 RWI 51/30: Die Bevölkerungsbewegung im Land Nordrhein-Westfalen vom September 1939–Juni 1946, Essen 1946, und RWI 51/30 a: I. Die Bevölkerungsbewegung im Lande Nordrhein-Westfalen vom Juli 1946 bis Juni 1947 und II. Die Wohnungsverhältnisse in den Städten Nordrhein-Westfalens in der Nachkriegszeit, Essen 1947.

anderer Arbeitergruppen“¹⁹⁷ und dass ihre Wohnungsversorgung katastrophal war.¹⁹⁸ Bereits vor dem Krieg hatte in den Industriestädten an der Ruhr eine große Wohnungsnot geherrscht, die durch die Kriegszerstörungen weiter verschärft wurde. Etwa 54 Prozent aller Wohnungen wurden durch den Bombenkrieg „total oder schwer beschädigt“ und weitere 22 Prozent lediglich „mittelschwer“, sodass nahezu alle Wohngebäude Kriegsschäden aufwiesen, und das galt natürlich auch für Bürobauten und sonstige Gebäude, wie man ja auch im RWI mehrfach schmerzhaft erfahren hatte. Eine Wiederherstellung der vorhandenen und der notwendige Neubau weiterer Gebäude erforderte gewaltige Mengen an Baumaterial, die in der Mangelwirtschaft der unmittelbaren Nachkriegszeit nur schwer bereitzustellen waren, und darüber hinaus allein an der Ruhr etwa 700.000 zusätzliche Arbeitskräfte. Der wegen des Industrieplanes zu erwartende Rückbau der Industrien an der Ruhr machte die Planungen für den Wiederaufbau der Städte noch schwieriger.

In den drei westlichen Besatzungszonen kam es zu einer sehr ungleichmäßigen Verteilung der zuströmenden Menschen, abhängig davon, wo deren Versorgung mit Nahrung und Wohnung am ehesten möglich erschien. Als typische „Flüchtlingsländer“ erwiesen sich dabei Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern. Dort lag der Anteil der Zuwanderer bei ca. 30 Prozent der Bevölkerung. Nordrhein-Westfalen und insbesondere das Ruhrgebiet waren insgesamt weniger davon betroffen, in den Großstädten an Rhein und Ruhr galt zudem eine Zuzugssperre. Die hohe Konzentration der Vertriebenen und Flüchtlinge in den ländlichen Regionen mit einem nur geringen Arbeitsplatzangebot hatte allerdings zur Folge, dass dort die Arbeitslosigkeit außerordentlich hoch war, während in den Industrieregionen Arbeitskräfte fehlten. Eine vergleichende Darstellung der erwerbsfähigen Bevölkerung in Westfalen-Lippe zwischen 1939 und 1946 zeigt, dass hier insgesamt von einem deutlichen Mangel an Arbeitskräften gesprochen werden konnte.¹⁹⁹ Insbesondere fehlten Arbeitskräfte mittleren Alters mit einer gehobenen Qualifikation. Eine Überalterung des Beschäftigtenpotentials, mit einem hohen Anteil beschränkt einsatzfähiger Menschen (Invaliden) und zahlreichen, wenig qualifizierten weiblichen Arbeitskräften prägte das Bild. Auch Lehrlinge waren nur begrenzt zu mobilisieren.

Wirtschaftlich wurde der Zustrom von Millionen Menschen in den Westzonen zunächst als eine gravierende Belastung empfunden. Sie konkurrierten hier mit der am Ort lebenden Bevölkerung um die knappen Nahrungsmittel und die begrenzten Wohnmöglichkeiten. Hinzu kam, dass sich unter ihnen überproportional viele junge und alte Menschen sowie Frauen befanden, während mittlere männliche Jahrgänge, aus verständlichen Gründen (Gefangenschaft, Kriegsgefallene), nur gering vertreten

197 RWI 51/25: Matthias Odenthal, Der Gesundheitszustand der Ruhrknappschaftsmitglieder in dem Zeitraum 1913 – 1943, Essen 1946.

198 RWI 51/29: Paul Wiel, Überlegungen und Berechnungen zum Wiederaufbau der Wohnungen in den Ruhrgebietsstädten, Essen-Kettwig 1947.

199 RWI 51/25: Matthias Odenthal, Der Gesundheitszustand der Ruhrknappschaftsmitglieder in dem Zeitraum 1913 – 1943, Essen 1946, S. 27.

waren. Auch stammten die Vertriebenen und Flüchtlinge zumeist aus den ländlichen Regionen des deutschen Ostens, sodass deren Berufsqualifikationen mit den Ansprüchen der industrialisierten Westregionen nicht immer übereinstimmten. Gleichwohl bildeten sie in der mittleren Sicht ein wertvolles Arbeitskräftepotential, das dann beim Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nach der Währungsreform zu einer wichtigen ökonomischen Ressource wurde.²⁰⁰

4.2.2.2 Aktuelle Wirtschaftsprobleme

Wiederingangsetzung der Produktion

In den beiden ersten Nachkriegsjahren verharrte die westdeutsche Wirtschaft in einer Stagnationsstarre. Der ökonomische Zusammenbruch 1945 bedingte ein außerordentlich geringes Versorgungsniveau der Bevölkerung und der harte Winter 1946/47 bewirkte zudem nochmals einen Einbruch der sowieso bereits geringen Produktion.²⁰¹ Nimmt man die Industrie zum Maßstab für die Wirtschaftsleistung und das Jahr 1936 als „Normaljahr“, so betrug die Industrieproduktion Westdeutschlands im Jahr 1946 nur 34 Prozent des Jahres 1936 und stieg auch 1947 nur auf lediglich 40 Prozent an.²⁰² In der britischen Zone war deshalb eine katastrophale ökonomische Situation zu konstatieren: eine „Lähmungskrise“ innerhalb der Wirtschaft mit einer „Ernährungskrise“ für die Bevölkerung. Hinzu kam, dass auch die Austauschbeziehungen innerhalb der britischen Zone gestört waren, weil das Transportsystem²⁰³ schwer beschädigt war. Das betraf vor allem die Zulieferungen ins Revier von den Nordseehäfen, insbesondere aus Hamburg.²⁰⁴

Die Militärverwaltungen bemühten sich, die Wirtschaft in ihren Zonen wieder in Gang zu bringen. In der britischen Besatzungszone wurden lokale Wirtschaftsämter in den alten Provinzen und neuen Ländern geschaffen, deren Handeln einer zentralen Kontrolle durch die Militärverwaltung (Control Commission) unterlag. Dieser zentralen Kommission wurde ein Deutscher Wirtschaftsrat (German Economic Advisory Board, GEAB) mit lediglich beratender Funktion an die Seite gestellt, der später zu

200 Edding 1952 und Schulze et al. 1987.

201 Zum Folgenden insbesondere Abelshauser 1975. Die wichtigsten zeitgenössischen Belege finden sich in: Europa-Archiv 1948 und Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften 1951.

202 Zu den methodischen Problemen und den Quellen dieser Schätzung ausführlich: Abelshauser 1975, S. 9–35.

203 RWI, Akte Arbeiten des Instituts und der Mitglieder, Bd. II: Nr. 27 (Sign. 121/27): Zur Frage einer stärkeren Nutzung der Köln-Mindener Strecke für den Fernverkehr (Januar 1948, Dr. Paul Wiel); Nr. 36 (Sign. 121/36): Wertung der Transportstatistik (Dr. Wiel) und Nr. 36 a (Sign. 121/36 a): Wertung der Transportstatistik (Ergänzung).

204 RWI, Akte Arbeiten des Instituts und der Mitglieder, Bd. II: Nr. 11 (Sign. 121/11): Die Absatzverflechtungen des Konsumgütergroßhandels in Rheinland-Westfalen (1945, 7 S.); Nr. 12 (Sign. 121/12): Die wirtschaftlichen Verflechtungen Hamburgs mit Rheinland und Westfalen (September 1945) und Nr. 13 (Sign. 121/13): Die wirtschaftlichen Verflechtungen Hamburgs mit Rheinland (die ganze Provinz) und Westfalen (zwei Tabellen mit Empfang und Versand).

einer eigenen Behörde ausgebaut wurde.²⁰⁵ Insgesamt setzte die britische Militärverwaltung in ihrer Zone auf eine stramme Zentralisierung und eine strikte Kontrolle der ausführenden Behörden, kurzum auf ein System zentraler Planung.²⁰⁶ Damit befand sie sich in einem fundamentalen Gegensatz zur Politik, welche die amerikanische Besatzungsmacht in ihrer Zone praktizierte.²⁰⁷ Das führte zu Problemen, als beide Zonen 1947 in einem Vereinigten Wirtschaftsgebiet (Bizone) zusammengefasst wurden.

Schon im Februar 1945, also vor Kriegsende und auch noch vor der Übergabe Essens an die alliierten Truppen (diese erfolgte am 11. April 1945), machte man sich im RWI Gedanken über die „zu erwartenden Veränderungen in der Weltkohlenwirtschaft“.²⁰⁸ Im Vorwort der Studie gibt Walther Däbritz seiner Erwartung Ausdruck, dass, obwohl im Laufe des Krieges die Förderkapazitäten für Kohle weltweit deutlich ausgeweitet worden waren, für das Ruhrgebiet in der Nachkriegszeit dennoch eine steigende Nachfrage zu erwarten sei. Dem stimmte auch der Autor der Studie zu, der überdies eine „Wiederherstellung der Förderleistung innerhalb recht kurzer Frist“ erwartete, weil die Zerstörungen in den Bergwerken nicht nachhaltig erschienen. Wohl aber drohe ein Problem mit fehlenden Arbeitskräften, sodass ein allgemeiner Kohlenmangel bevorstehe. Tatsächlich erwies sich die Förderleistung der Ruhrkohlenzechen nach Kriegsende als völlig unzureichend.²⁰⁹ Die Aufrechterhaltung der Förderleistung während des Krieges war vor allem durch den steigenden Einsatz von Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern im Ruhrkohlenbergbau möglich gewesen, deren Anteil an der Belegschaft von 0,7 Prozent (1940) auf 42,6 Prozent (1945) gestiegen war. Zur Behebung des Kohlenmangels erschien daher eine Erhöhung der Belegschaften der Zechen unvermeidbar, verbunden mit einer Ausdehnung der Arbeits-

205 Abelshauser 1975, S. 73–76. Als wichtigste Behördenzweige entstanden 1946 das Zentralamt für Wirtschaft (ZAW) unter Leitung von Victor Agartz und das Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft (ZEL) unter Leitung von Hans Schlangen-Schöningen. Weitere Zentralämter als Hilfs- und Exekutivorgane der Militärverwaltung folgten. Zu den Verwaltungsstrukturen auch Benz 2009, S. 69–75.

206 Es bleibt daran zu erinnern, dass auch im Vereinigten Königreich selbst unter einer Labour-Regierung zu dieser Zeit entsprechende Planungsaktivitäten und Verstaatlichungen von Schlüsselindustrien vorangetrieben wurden.

207 Abelshauser 1975, S. 81.

208 RWI 51/17: Auswirkungen des gegenwärtigen Krieges auf die Weltkohlenwirtschaft [handschriftlich: bearbeitet von Dr. Friedensburg], Essen 1945. Dabei handelt es sich offenbar um die erste Publikation des RWI nach dem Zweiten Weltkrieg.

209 RWI 51/22: Die Ursachen der niedrigen Förderung im Ruhrkohlenbergbau, Essen 1946. Die monatliche Förderleistung hatte im ersten Halbjahr 1944 in etwa auf der Höhe des Jahres 1938 gelegen (1938 = 100), im Januar 1945 aber nur noch bei gut der Hälfte (53,0 Prozent) und im Februar sogar noch darunter (46,7 Prozent). Von März bis Juni 1945 lag die Förderung weitgehend still. Im Juni wurde dann mit 16 Prozent der Leistung von 1938 wieder begonnen und diese bis Februar 1946 wieder auf 41 Prozent gesteigert.

zeiten, Anreizen zu höheren Arbeitsleistungen und einer Steigerung der Arbeitsproduktivität durch verstärkten Einsatz von Maschinen.²¹⁰

Was für den Steinkohlenbergbau an der Ruhr galt, traf in ähnlicher Weise auch auf die Eisen- und Stahlindustrie zu. Auch hier wurden Probleme in der deutschen Wirtschaft hinsichtlich der Versorgung mit Eisen und Stahl erwartet, wie Walther Däbritz in einer eigenen Studie ausführte.²¹¹ Wegen des unsicheren Erzbezuges schien dem Autor der Rückgriff auf die deutschen Erzreserven unumgänglich. Unter den noch ungeklärten politischen Verhältnissen führte Däbritz im Februar 1945 in seiner Begründung noch ganz im Sinne des NS-Systems Argumente hinsichtlich „wehrwirtschaftlicher Gesichtspunkte“ und „rassemäßiger“ Siedlungsabsichten an.²¹² Eine historisch argumentierende Dissertation eines Mitarbeiters des RWI zu den Standortfragen der deutschen Eisen- und Stahlindustrie erschien für die Lösung der aktuellen Probleme von geringem Belang.²¹³ Es waren neben den örtlichen Steinkohlevorkommen vor allem die überregionalen Verflechtungen im Bezug und beim Absatz, die für das Gedeihen der Eisen- und Stahlindustrie an der Ruhr von ausschlaggebender Bedeutung waren, und dazu waren gute Verkehrsbedingungen und ein freier Güteraustausch eine dringende Voraussetzung. An beidem aber mangelte es nach Ende des Krieges.

Durch die Einwirkungen des Krieges hatte sich die Bevölkerungsstruktur des Ruhrgebiets völlig verändert. Die Stadtkerne waren entvölkert und die umliegenden Landgemeinden hatten einen Teil der Stadtbevölkerung aufgenommen, woraus ein erhöhtes Transportbedürfnis der Bewohner in Stadt und Land resultierte. Da jedoch ein großer Teil der materiellen Infrastruktur durch Bombenangriffe zerstört worden war, konnte diesem Bedürfnis nur schwer entsprochen werden. Nicht nur das Streckennetz der Reichsbahn, auch die örtlichen Straßenbahnen waren von den Zerstörungen betroffen. In Essen waren 1945 nur noch 27,8 Prozent des örtlichen Streckennetzes in Betrieb und zahlreiche Strecken waren eingestellt.²¹⁴ Die Bevölkerung und insbesondere die Berufstätigen waren deshalb stärker auf die Reichsbahn angewiesen, weil deren Streckennetz weniger beschädigt war, was aber für die Arbeitswege der Beschäftigten eine erhöhte Belastung darstellte. Diese Behinderungen im

210 Darüber konnte das RWI alsbald erste bedeutsame Informationen bereitstellen: RWI 51/36: Arbeitszeiten und Arbeitsverdienste in den wichtigsten Fabrikationszweigen Westdeutschlands unter besonderer Berücksichtigung der Eisen- und Metallindustrie. Lohnstatistische Unterlagen aus den Amtlichen Lohnerhebungen 1938 und 1946, Essen-Kettwig 1948 [„Heltenarbeit“: Bearbeiter: W. Helten, Beratender Statistiker: H. W. Köllermann, Dipl.-Volksw. Regierungsrat, Düsseldorf].

211 RWI 51/18: Walther Däbritz, Neue Aufgaben in der Eisenerzversorgung der europäischen Länder, Essen 1945.

212 Ebda.

213 RWI 51/35 a: Kurt Klag, Die Standortbedingungen der Eisen schaffenden Industrie des Ruhrbezirks, Essen-Kettwig 1947.

214 RWI 51/24 b: Die Bedeutung der Fahrpreiserhöhung für den Berufsverkehr, mit zwei Karten, Essen 1946.

Transportsystem galten im gleichen Maße natürlich auch für den Transport von Waren und Rohstoffen.²¹⁵

Aber nicht nur der lokale Personenverkehr, insbesondere auch der notwendige interregionale Austausch von Gütern war schwer beeinträchtigt und das lag nicht nur am zerstörten Verkehrssystem. Es waren vor allem die Probleme des Außenhandels, die der Wiederingangsetzung der Wirtschaft im Wege standen.²¹⁶ In der Vorkriegswirtschaft hatte die Ausfuhr der Wirtschaft der britischen Zone etwa 40 Prozent der Produktion betragen und davon waren 70 bis 80 Prozent in Europa abgesetzt worden. Die Wiederbelebung der Ausfuhr blieb für die Entwicklung der britischen Zone ein „dringendes Erfordernis“ (S. 43). Diese Einschätzung wurde von einer genaueren Untersuchung der Exportstruktur des Gebietes der britischen Zone in der Vorkriegszeit nachdrücklich gestützt.²¹⁷ Entsprechende Empfehlungen bezogen sich deshalb alle auf eine dezidierte Förderung der industriellen Ausfuhr.

Der im Krieg aufgestaute Bedarf zahlreicher Länder könne dieser Studie gemäß nach dem Krieg für die Ruhrindustrie bedeutende Exportchancen eröffnen. Dies gelte insbesondere für Produktionsgüter, die zwischen hoch entwickelten Industrieländern in hohem Maße ausgetauscht werden. Hier könne sich die Ruhrwirtschaft mit ihrer spezialisierten Qualitätsproduktion möglicherweise einen bedeutenden Anteil sichern.²¹⁸ Dem standen aber gegenwärtig (1946) noch die Vorgaben des Industrieplanes entgegen, nach dem nicht nur die Stahlproduktion auf 5,8 Mio. Jahrestonnen begrenzt bleiben sollte, sondern auch zahlreiche Industriezweige in ihrer Produktionskapazität beschnitten wurden. Damit werde die „gesamte Industrie der britischen Zone einem sehr starken Schrumpfungsprozess“ unterworfen „und eine rasche Erholung der Wirtschaft“ verhindert. Die „Wiedergewinnung der Ausfuhrkraft der britischen Zone“ musste vielmehr das Ziel sein und deshalb sollte der alliierte Industrieplan mit einem „Ausfuhrplan“ koordiniert werden. Zur „Hebung der Ausfuhrkraft“ waren daher eine verbesserte Rohstoffeinfuhr, eine hinreichende Kohleversorgung durch die Abschaffung der Kohlezwangsausfuhren und eine Erhöhung der Stahlquote im Industrieplan erste Voraussetzungen. Doch diese Vorschläge entsprachen zu diesem Zeitpunkt noch einem Wunschdenken der Experten, weit weniger den realen politischen Gegebenheiten.

Im Sommer 1945 waren immerhin bereits die lebenswichtigen Grundstoffindustrien an der Ruhr allmählich wieder in Gang gekommen und die Industrieproduktion der britischen Zone nahm im zweiten Halbjahr 1945 stetig zu. Sie expandierte dann bis

²¹⁵ RWI 51/24: Paul Wiel, Der Güterverkehr des britischen Besatzungsgebietes, Essen 1946.

²¹⁶ RWI 51/21: Hermann Bohrer, Die Bedeutung des britisch besetzten Gebietes für die deutsche Ausfuhr, unter besonderer Berücksichtigung des Außenhandels mit Westeuropa, Essen 1946.

²¹⁷ RWI 51/23: Hermann Bohrer, Regional und branchenmäßig gegliederte Ausfuhr des britisch besetzten Gebietes, Essen 1946.

²¹⁸ RWI 51/26: Hermann Bohrer, Die zukünftigen außenwirtschaftlichen Aufgaben des britisch besetzten Gebietes, Essen 1946. Zu dem deutschen Produktionsregime vgl. ausführlich Abelshauser 2003.

zum August des Jahres 1946 ohne spürbare Rückschläge.²¹⁹ Doch im Winter 1946/47 war ein deutlicher Rückgang des Produktionsniveaus zu verzeichnen, der dem hoffnungsvollen Aufschwung ein jähes Ende setzte. In der britischen Zone war das gesamte Wachstum der Industrieproduktion des vorausgehenden Jahres im Februar 1947 wieder verlorengegangen und auch in der amerikanischen Zone war der industrielle Output gesunken; der Rückgang hielt sich dort aber im Vergleich zur britischen Zone in Grenzen. Zur „Lähmungskrise“²²⁰ im britischen Sektor mögen auch die Sozialisierungsbemühungen der Besatzungsmacht und die damit ungeklärten Eigentumsrechte an den Bergbau- und Hüttenunternehmen beigetragen haben; entscheidend war jedoch eine „Transportkrise“, die aufgrund eines ungewöhnlich langen und kalten Winters zum gänzlichen Zusammenbruch des Schifffahrts- und Eisenbahntransportsystems geführt hatte.²²¹ „Die wirtschaftliche Entwicklung schritt [...] gemessen an der Kapazität der Infrastruktur zu schnell voran, um ein steigendes Transportaufkommen auch unter saisonal extremen Bedingungen zu bewältigen. Im Winter 1946/47 hatte der Krieg die deutsche Wirtschaft wieder eingeholt.“²²²

Der erste Versuch einer industriellen Rekonstruktion der deutschen Wirtschaft war also schon im zweiten Nachkriegswinter gescheitert und das äußerte sich an der Ruhr vor allem in einem Rückgang der Kohleproduktion und in einer manifesten Ernährungskrise. Erst ab dem Jahr 1947 lässt sich ein nachhaltiger Aufschwung der Industrieproduktion im nunmehr Vereinigten Wirtschaftsgebiet beobachten, der sich in den offiziellen Produktionsstatistiken nur unzureichend niederschlägt. Denn ein beachtlicher Teil der Produzenten brachte in Erwartung einer baldigen Währungsreform die zusätzliche Produktion nicht gegen Einnahmen an wertloser Reichsmark an den Markt, sondern hortete sie in der Hoffnung auf eine werthaltige Währung im Lager. Erst mit der Währungsreform in Juni 1948 drängten diese Waren dann auf den Markt und machten das möglich, was von manchen Zeitgenossen als Wunder wahrgenommen wurde, nämlich ein plötzlich reichhaltiges Warenangebot.

Demontagen und Reparationen

Doch bis dahin war für die deutsche Wirtschaft noch ein gutes Stück Wegstrecke zurückzulegen. Eine Menge ungelöster Probleme standen noch auf der Agenda, denn die Siegermächte hatten hinsichtlich der Umgestaltung der deutschen Wirtschaftsordnung sehr konkrete Vorstellungen, die sich unter einer „Politik des Ent und De“

²¹⁹ Zum Folgenden Abelshauser 1975, S. 35–42.

²²⁰ Diese Charakterisierung der Situation des Winters 1946/47 findet sich bei Günter Keiser, Die deutsche Wirtschaft, Denkschrift vom 18.6.1947, Zentralamt für Wirtschaft Minden, in: BA Z/1326, zitiert bei Abelshauser 1975, S. 41, Anm. 15.

²²¹ Abelshauser 1983, S. 36: „Tatsächlich wurde der Verkehrssektor im Winter 1946/47 zum beherrschenden Engpaß der industriellen Entwicklung im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet.“ Ders. 2004, S. 110.

²²² Abelshauser 2004, S. 110.

subsumieren lassen.²²³ Ein erster Problembereich wurde durch den Industrieniveauplan vom 26. März 1946 umschrieben, der in der Absicht, die deutsche Industrieproduktion zu drosseln, um einer erneuten Aufrüstung eines möglichen neuen Staateswesens einen Riegel vorzuschieben, umfangreiche industrielle Demontagen vorsah.²²⁴ Die Absicht der Siegermächte, das Produktionsniveau der deutschen Wirtschaft dauerhaft auf 70 bis 75 Prozent des Jahres 1936 und damit in etwa auf den Stand des Krisenjahres 1932 zurückzuführen, wurde von der deutschen Wirtschaft und der Öffentlichkeit als ein Anschlag auf die Lebensgrundlage der deutschen Volkswirtschaft angesehen.²²⁵ In seiner ursprünglichen Form betraf die Liste der zu demontierenden Betriebe die Schließung von 1.800 Fabriken,²²⁶ von denen sich 249 in Nordrhein-Westfalen befanden. Die Landesregierung regte die Einrichtung eines Ausschusses zur Überprüfung der Demontagelisten an und auch die amerikanische Humphrey-Kommission, die von den Amerikanern zur Überprüfung der wirtschaftlichen und sozialen Zustände nach Deutschland gesandt worden war, empfahl, 167 Betriebe von der Liste zu streichen.²²⁷ Die britische Militärverwaltung verfolgte hingegen eine deutlich weniger konziliante Demontagepolitik. Während es den Amerikanern um eine möglichst schnelle Wiederherstellung der notwendigen Produktionskapazitäten ging, verfolgten die Briten weitergehende kommerzielle Interessen. Sie achteten auch darauf, dass die deutsche Industrie nicht allzu schnell wieder als unliebsame Konkurrenz britischer Firmen auf die Märkte drängte.²²⁸

Verschiedene Forschungsinstitute der britischen Zone nahmen im Auftrag des Zonenbeirats in einem Gemeinschaftsgutachten Stellung zu den möglichen Folgen des Industriepans für die deutsche Wirtschaft.²²⁹ In der Einleitung zum Gutachten wird darauf hingewiesen, dass sich die Alliierten im Potsdamer Abkommen darauf geeinigt hatten, das deutsche Rüstungspotential zu vernichten, von Deutschland Reparationen zu fordern und dabei zugleich der deutschen Bevölkerung zu ermöglichen, den „durchschnittlichen europäischen Lebensstandard beibehalten“ zu können. Da vor dem Krieg der Lebensstandard in Deutschland ca. 43 Prozent über dem europäischen Durchschnitt gelegen hatte, gelte es nunmehr, diesen langfristig um 30 Prozent gegenüber dem Vorkriegsstand abzusenken und ihn bei 70 Prozent deselben zu fixieren. Dies wäre nach Auffassung der deutschen Experten entweder dadurch möglich, eine Vollbeschäftigung der deutschen Wirtschaft anzustreben und

223 Zu dieser Charakterisierung vgl. Stolper 1964, S. 221.

224 Köchling 1995, S. 47–204.

225 Zum „Kampf gegen die Demontage“: Sohl 1984, S. 113–120.

226 Treue 1967.

227 Först 1990, S. 55–59.

228 Vgl. neuerdings Tøllefsen 2016.

229 RWI Sign. 53: Deutsche Wirtschaft und Industrieplan, Essen-Kettwig 1947. Es handelte sich neben dem RWI noch um das Institut für Weltwirtschaft in Kiel, die Sozialforschungsstelle Dortmund und das Institut für allgemeine und textile Marktwirtschaft in Münster. Dr. Paul Wiel vom RWI verantwortete den Teil des Gutachtens zur Industrieproduktion.

alle über 70 Prozent hinausgehende Produktion als Reparationen abzuschöpfen, oder aber die Kapazitäten durch Demontagen zu reduzieren, bis nur noch eine Produktion von 70 Prozent des Vorkriegsniveaus möglich wäre. In beiden Fällen käme es zu einer entsprechenden Reduzierung des Realeinkommens in Deutschland, im ersteren allerdings bei Vollbeschäftigung, im zweiten Fall bei gravierender Arbeitslosigkeit.

Die Alliierten haben den „Weg des Kapazitätsabbaus beschritten“ und damit Sachleistungen als Reparationen nicht akzeptiert, weil derartige Reparationen sich bei ihnen als eine „gewisse Störung des internationalen Warenaustausch[s]“ ausgewirkt hätten, d. h. im Klartext, ganz wie bei den Reparationsforderungen nach dem Ersten Weltkrieg, die deutsche Konkurrenz auf internationalen Märkten war unerwünscht! Der Industrieplan sollte nun den entsprechenden Kapazitätsabbau bewerkstelligen und dieser müsste in der Industrie mehr als die angedachten 30 Prozent betragen, weil Landwirtschaft und Kohlenbergbau in vollem Umfang erhalten bleiben sollten. Die Industriekapazitäten müssten daher auf etwa die Hälfte des Vorkriegsniveaus begrenzt werden. Der Autor der Einleitung zum Gutachten, Rudolf Walder aus Kiel, zitiert an dieser Stelle (S. 12–13) einen Artikel des britischen *Economist* vom 23. November 1946, in dem eine Kalkulation der Wirkungen eines weiteren Kapazitätsabbaus auf den Lebensstandard der deutschen Bevölkerung vorgenommen wird. Da Deutschland durch die Gebietsverluste im Osten bereits etwa 13 bis 15 Prozent seiner „earning capacity“ verloren hatte, die Vertriebenen und Flüchtlinge aus dem Osten hingegen kaum produktiv einsetzbar waren und die verheerenden Kriegszerstörungen ebenfalls negativ zu Buche schlugen, sei ein durchschnittlicher Lebensstandard in Deutschland auf absehbare Zeit keinesfalls zu erreichen. Erschwerend kämen Disproportionalitäten/Engpässe in der Produktionsstruktur und eine völlige Zerstörung des Verkehrssystems hinzu, was die Lage noch weiter verschlechtere.

Diese Aussagen einer britischen Fachzeitschrift kamen den Gutachtern gewiss sehr gelegen. Paul Wiel vom RWI knüpfte in seinen Ausführungen zur Industrieproduktion unmittelbar an den Artikel an, wenn er darauf hinwies, dass Einschränkungen in Basisindustrien auch negative Auswirkungen auf die nicht eingeschränkten Wirtschaftsbereiche hätten, sodass die Produktion der Gesamtindustrie unter das angestrebte Niveau sinken müsse. Da Exporte zur Finanzierung zusätzlicher Importe nicht vorgesehen waren, war eine Aufrechterhaltung des Lebensstandards in Deutschland auf dem gewünschten Niveau nicht möglich und das Land würde auf ein Entwicklungsniveau zurückfallen, das etwa dem der 1890er Jahre entspreche. Überhaupt seien Nahrungsmiteleinfluhren unverzichtbar, wie Helmut Keunecke vom Kieler Institut ausführte (S. 17). Er kritisierte insbesondere, dass der alliierte Industrieplan die Bedeutung der Außenwirtschaft für die wirtschaftliche Lage Deutschlands völlig ignorierte bzw. äußerst geringschätzte. Tatsächlich kam es bereits im August 1947 zu einer ersten Revision der Liste und die endgültige Liste vom Oktober 1947 enthielt noch 682 Betriebe, die in Deutschland insgesamt demontiert werden

sollten,²³⁰ in Nordrhein-Westfalen waren lediglich 135 Betriebe betroffen. Im Zusammenhang mit dem Petersberger Abkommen kam es 1949 zu einem vorläufigen Demontagestopp, doch vereinzelt wurden Demontagen in den Westzonen noch bis 1951 fortgesetzt.²³¹

Gerade für die 1947 neu geschaffene Betriebswirtschaftliche Abteilung des RWI²³² bildete die Demontage den Kernpunkt ihres wissenschaftlichen Arbeitens. Ihr Leiter Wilhelm Hasenack verfasste während seiner nur kurz währenden Tätigkeit im Institut drei Studien zu dieser Problematik.²³³ In seiner ersten Untersuchung geht der Autor mit den Absichten der Alliierten hinsichtlich der Demontagen hart ins Gericht. Neben den zunächst angeführten Absichten der Siegermächte, das deutsche Kriegspotential zu vernichten und Reparationen für Schäden der deutschen Kriegsführung zu fordern, traten nach dem zweiten, revidierten Industrieplan die Beseitigung überschüssiger Kapazitäten und möglicher Produktivitätsgewinne der deutschen Industrie durch eine Konzentration und Koordination der Produktion als weitere Motive hinzu. Dabei war jedoch im Auge zu behalten, dass trotz der Demontagen ein angemessener Lebensstandard der deutschen Bevölkerung auch bei reduzierten Kapazitäten aufrechterhalten werden müsse. Doch Hasenack verweist auf eine Reihe weiterer uneingestandener oder in Abrede gestellter Absichten der Alliierten hinsichtlich der Weiterführung deutscher Demontagen, nämlich neben der Entlastung ausländischer Steuerzahler auch eine Förderung der Wirtschaftlichkeit der Produktion im Empfängerland. Darüber hinaus seien langfristig eine „Zerschlagung der deutschen Wirtschaftskraft“ und die Begünstigung ausländischer privater Interessen durch die Ausschaltung der deutschen Konkurrenz auf dem Weltmarkt als weitere Motive nicht auszuschließen.²³⁴

Mit diesen Aussagen machte sich der Autor bei den alliierten Behörden gewiss nicht beliebt, zumal er seine Auffassungen ja auch in einer englischen Ausgabe seiner Analysen öffentlich machte.²³⁵ Die negativen Wirkungen der Demontagen auf die deutsche Wirtschaft und andere europäische Volkswirtschaften wurden in einer

230 Benz 2009, S. 103. In der britischen Zone fielen darunter 496 Betriebe, in der amerikanischen Zone lediglich 166. Die amerikanische Regierung hatte aber bereits am 3.5.1946 einen Demontagestopp in ihrer Zone verfügt.

231 Revidiertes Abkommen über Industriekontrollen, in: Der amerikanische Hochkommissar für Deutschland (Hg.), Bericht über Deutschland, Nr. 6 (Jan./März 1951), S. 181–193.

232 Vgl. dazu weiter unten Punkt 4.2.1.

233 RWI Sign. 52, 1: Wilhelm Hasenack, Betriebsdemontagen als Reparationsform. Beweggründe und Zeitpunkt der Demontage-Aktion, Essen-Kettwig 1948 (RWI, Schriften der Betriebswirtschaftlichen Abteilung, H. 1); RWI Sign. 52, 2: ders. (unter Mitarbeit von Dipl. Ing. Th. Macht), Wirtschaftsgefahren an der Ruhr durch Demontagen, Köln 1948 (RWI, Schriften der Betriebswirtschaftlichen Abteilung, H. 2) und RWI Sign. 52, 3: ders., Dismantling in the Ruhr Valley. A Menace to European Recovery (ERP), Köln 1949 (RWI, Publications of the „Betriebswirtschaftliche Abteilung“).

234 RWI Sign. 52, 1: Wilhelm Hasenack, Betriebsdemontagen als Reparationsform., S. 88–91.

235 RWI Sign. 52, 3: Wilhelm Hasenack, Dismantling in the Ruhr Valley.

weiteren Studie aufgezeigt:²³⁶ Die Ruhrdemontagen würden auf die übrige deutsche und europäische Wirtschaft ausstrahlen und diese entscheidend schwächen. Zudem waren in vielen Fällen die Demontagegüter für die Gläubiger zumeist wertlos, weil sie nicht ohne Weiteres genutzt werden konnten. Konsequenterweise wurde ein sofortiger Demontagestopp gefordert sowie eine erneute Überprüfung der endgültigen Demontageliste. Ein solcher Stopp sei aber gegenwärtig (1948) noch nicht durchsetzbar, weil damit das Eingeständnis der Alliierten eines „Scheiterns“ ihrer Politik verbunden wäre.

Die Demontagepolitik der Alliierten erwies sich in ökonomischer Hinsicht jedoch als völlig sinnlos und führte weder zu einer volkswirtschaftlich relevanten Vernichtung von Kapazitäten noch behinderte sie den Wiederaufbau des deutschen Produktionspotentials. Ganz im Gegenteil, gelegentlich wird ihr sogar im Hinblick auf Rationalisierung und Modernisierung der deutschen Industrie eine segensreiche Wirkung zugeschrieben.²³⁷ Die vorhandenen Kapazitäten konnten in der Nachkriegszeit wegen des Mangels an Rohstoffen und Arbeitskräften nicht voll genutzt werden. Und das tatsächliche Produktionspotential war weitaus größer als allgemein angenommen, denn das Ausmaß der Kriegszerstörungen wurde von den Zeitgenossen bei Weitem überschätzt, die sich „nahezu auf die Anfangszeiten der Industrialisierung in Deutschland zurückgeworfen“ sahen.²³⁸ Nach verschiedenen Schätzungen soll die Verminderung des gewerblichen Anlagevermögens an der Ruhr bis 1945 etwa ein Viertel des Bestandes von 1936 betragen haben. Eine Neuberechnung kommt hingegen zu dem Schluss, dass es in diesem Zeitraum wegen der außerordentlich hohen Neuinvestitionen während der NS-Zeit um etwa 20 Prozent *gewachsen* sei und deshalb in Deutschland 1945 deutliche industrielle Überkapazitäten bestanden hätten, die auch durch die Demontagen nicht abgebaut worden seien.²³⁹

Was die Reparationen anbetraf, die Deutschland an die Kriegsgegner leisten sollte, wurden auf der Pariser Reparationskonferenz im November/Dezember 1945 bestimmte Quoten festgelegt, nach denen die 18 Siegerstaaten aus den Westzonen entschädigt werden sollten. Die Interalliierte Reparationsagentur in Brüssel widmete sich ab 1946 der Verteilung der eingehenden Leistungen.²⁴⁰ Insbesondere die Sowjetunion hatte bereits Reparationen von 10 Mrd. US-Dollar reklamiert, doch die westlichen Alliierten wollten sich nicht auf eine derartige Forderung einlassen, weil sie dadurch eine Beeinträchtigung des Wiederaufbaus in Westdeutschland fürchte-

²³⁶ RWI Sign. 52, 2: Wilhelm Hasenack, Wirtschaftsgefahren an der Ruhr durch Demontagen, S. 4–6 und 161–164.

²³⁷ So z.B. Hans-Günther Sohl, „Nur die Sanktionen machten einen Aufstieg der Stahlindustrie möglich“, in: Welt am Sonntag, Nr. 23 vom 4.6.1989, S. 44: „Demontage und Entflechtung waren Wirtschaftssanktionen, die letztendlich dazu beitrugen, dass die deutsche Stahlindustrie anderen Nationen überlegen war.“ Vgl. dazu: Pierenkemper 1999, S. 84.

²³⁸ Detmolder Memorandum nach: Möller 1961, S. 117.

²³⁹ Abelshauser 1975, S. 115–125.

²⁴⁰ Benz 2009, S. 102.

ten, durch die sie höhere Versorgungslasten für die deutsche Bevölkerung zu übernehmen gezwungen wären.²⁴¹ Deshalb einigte man sich darauf, dass jede Besatzungsmacht ihre Reparationsforderungen aus ihrer eigenen Zone befriedigen solle. Reparationsleistungen aus der britischen Zone wurden bereits im Mai 1946 eingestellt.²⁴² Da weder die Amerikaner noch die Briten derartige Ansprüche im großen Stil anmeldeten, kamen die Bewohner Westdeutschlands relativ günstig weg, ganz anders hingegen die Bevölkerung Ostdeutschlands.²⁴³ Hier lässt sich der Wert der Reparationsleistungen an die Sowjetunion auf mindestens 14 Mrd. US-Dollar veranschlagen.²⁴⁴ Für den westdeutschen Wiederaufbau und für die Ruhrindustrie im Besonderen spielten deshalb Reparationen eine untergeordnete Rolle.

Entflechtung und Reorganisation der Großunternehmen

Ganz anders war die Situation hinsichtlich der Neugestaltung der Beteiligungs- und Eigentumsverhältnisse in den Montanbetrieben an der Ruhr. Die Alliierten hatten sich nämlich zum Ziel gesetzt, die ökonomische und politische Machtposition der deutschen Großunternehmen und Großbanken zu beschneiden und entgegen den überkommenen Strukturen der deutschen Wirtschaft, in denen Konzerne und Kartelle eine bedeutende Rolle spielten, durch die Schaffung kleinerer Unternehmenseinheiten ein höheres Maß von Wettbewerb zu kreieren.²⁴⁵ Das galt für die Großbanken,²⁴⁶ die in regionale Institute aufgegliedert wurden, für den IG-Farben-Konzern,²⁴⁷ der in verschiedene selbständige Einzelunternehmen umgewandelt wurde, wie auch für die Montanunternehmen an der Ruhr, die sich einer Entflechtung und Reorganisation unterziehen sollten.

Der britischen Labour-Regierung erschien die Übertragung des Eigentums der Bergwerksunternehmen an eine deutsche Treuhänderverwaltung als eine große Chance, eine Sozialisierung der Schwerindustrie zu forcieren, wie sie es ja auch im Mutterland betrieb. Damit befand sich die Militärverwaltung in Übereinstimmung mit den Forderungen der wiederbegründeten deutschen Gewerkschaften, die sich demselben Ziel verschrieben hatten. Auch im NRW-Landtag gab es mehrere Debatten über eine Sozialisierung des Bergbaus und in der Regierungserklärung der Landes-

²⁴¹ Steiner 2004, S. 24 f.

²⁴² Först 1990, S. 55.

²⁴³ Karlsch 1993. Auch die französische Zone hatte beachtliche Reparationsleistungen für Frankreich aufzubringen, von denen die wirtschaftliche Nutzung des Saarbergbaus gewiss die bedeutendste war, vgl. Stolper 1964, S. 219 – 221. Auch verlor Deutschland sämtliches Auslandsvermögen in Höhe von ca. 10 Mrd. US-Dollar und alle Warenzeichen und Patente, deren Wert in ähnlicher Höhe anzusetzen ist.

²⁴⁴ Karlsch 1993, S. 230 f. und ders. 1995, S. 525 – 556.

²⁴⁵ Zu den amerikanischen Intentionen: Der amerikanische Hochkommissar für Deutschland (Hg.), Bericht über Deutschland, Nr. 7 (April/Juni 1951), S. 58 – 64: Auflösung der deutschen Konzerne und S. 122 – 127: Durchführungsverordnung zum Gesetz Nr. 27 der Alliierten Kommission.

²⁴⁶ Holtfrich 1995.

²⁴⁷ Kreikamp 1977 und Stokes 2002, S. 355 – 358.

regierung vom 17. Juni 1947 wurde das Ziel einer gemeinwirtschaftlichen Orientierung der neuen Wirtschaftsverfassung ausdrücklich hervorgehoben.²⁴⁸ Als im August 1946 die Eisen- und Stahlwerke an der Ruhr einer deutschen Treuhänderverwaltung unterstellt wurden, schien der Moment günstig, mit der Vergemeinschaftung des Eigentums an der Ruhrindustrie voranzuschreiten. Die britische Regierung, ihre Militärbehörden in Deutschland, die deutschen Gewerkschaften und zahlreiche deutsche Politiker waren dem Vorhaben durchaus zugeneigt, doch dieser Versuch scheiterte letztlich an den Amerikanern, die ja ab dem 1. Januar 1947 im Rahmen des nunmehr Vereinigten Wirtschaftsgebiets ebenfalls Einfluss auf die Gestaltung der Verhältnisse an der Ruhr gewannen. Sie verzögerten die Entwicklung maßgeblich, veränderten die Entscheidungsprozesse²⁴⁹ und wirkten darauf hin, der kommenden Bundesregierung den Beschluss über die Eigentumsverfassung der Montanindustrie an der Ruhr zu überlassen.

Unmittelbar nach der Besetzung des Ruhrgebiets durch alliierte Truppen im Frühjahr 1945 war die Rhein-Ruhr-Kontrollabteilung gegründet worden, der sogleich die Sicherung der Förderanlagen der Zechenbetriebe, die Aufrechterhaltung der Förderung und die Verteilung der Kohlen übertragen wurde.²⁵⁰ Die britische Militärverwaltung war im Rahmen der Alliierten Militärkommission (AMK) für die Ruhrkohlenindustrie zuständig und gründete als Leitungsorgan eine West German Coal Control (WGCC) mit Sitz in Essen. Diese Institution änderte im Laufe ihrer Existenz mehrfach ihren Namen und ging schließlich, nach Beitritt der Amerikaner zur Bizone 1947, in der US/UK Coal Control auf.²⁵¹

Eine Beteiligung deutscher Stellen an der Verwaltung der Ruhrzechen wurde erst durch Verordnungen der britischen und amerikanischen Militärregierungen im November 1947 geschaffen. Daraufhin wurde die Deutsche Kohlenbergbauleitung gegründet, der ein verantwortlicher Generaldirektor vorstand, dem weitere Direktoren für einzelne Sachgebiete zugewiesen wurden. Ein Beirat mit Vertretern der Arbeitnehmer und der Alteigentümer wurde der Leitung zur Seite gestellt. Die Alteigentümer der Zechen und ihre Geschäftsleitungen hatten jeglichen Einfluss auf den Betrieb der Bergwerke verloren. Die rechtliche Grundlage für das Handeln der Alliierten bildete das Kontrollratsgesetz Nr. 53, durch das alle industriellen Vermögenswerte in Deutschland der alliierten Kontrolle unterworfen worden waren. Durch die Verfügung der britischen Militärregierung Nr. 5 vom 22. Dezember 1945 wurde es für den Ruhrbergbau präzisiert und löste diesen zugleich von allen Bindungen an die Eisen- und Stahlindustrie. Unter diesen Bedingungen arbeitete die gesamte Kohlewirtschaft an der Ruhr bis 1950.

²⁴⁸ Först 1990, S. 62–67.

²⁴⁹ Dazu zählte z. B. auch die Rücknahme der Gesetzgebungsbefugnisse der deutschen Bizonenbehörden am 12. 3. 1947. Vgl. dazu Abelshauser 1975, S. 97.

²⁵⁰ Schorsch 1955, S. 62–66.

²⁵¹ Nach Beitritt der Franzosen änderte sie erneut ihren Namen in Combined Coal Control Group (CCCG).

Erst mit dem Gesetz Nr. 27 der Hohen Kommission vom 16. Mai 1950 ging man daran, die Eigentumsverhältnisse des Ruhrkohlenbergbaus neu zu ordnen. Richtpunkte einer Neuordnung waren erstens die Verhinderung einer übergroßen Konzentration der Branche durch die Schaffung zahlreicher, in Wettbewerb zueinander stehender Bergbauunternehmen und zweitens die Auflösung des Kohle-Eisen-Verbands an der Ruhr.²⁵² Zu diesem Zweck wurden insgesamt 23 neue „Einheitsgesellschaften“ des Steinkohlenbergbaus an der Ruhr geschaffen, wobei alle ehemaligen sogenannten „Hüttenzechen“ nunmehr von den Eisen- und Stahlwerken getrennt wurden. Eine Steigerung der Kohleförderung dieser Unternehmen lag im Interesse aller Beteiligten, über die Eigentumsverhältnisse an den neu geschaffenen Bergwerksgesellschaften war hingegen noch nicht entschieden. Im Unterschied zur Kohlewirtschaft hatten die Alliierten an einer Steigerung der Eisen- und Stahlproduktion an der Ruhr kein Interesse. Der gültige Industrieniveauplan sah vielmehr eine Reduzierung der Produktionskapazitäten dieses Sektors vor.

Eine formelle Beschlagnahme der Werke der deutschen Eisen- und Stahlindustrie erfolgte am 20. August 1947, und die eigens dazu geschaffene North German Iron and Steel Control (NGISC) übernahm die treuhänderische Verwaltung der Vermögenswerte der Unternehmen. Ähnlich wie in der Kohlewirtschaft wurde auch hier eine deutsche Behörde geschaffen, die Treuhandverwaltung der NGISC, die in Düsseldorf ihren Sitz nahm und das Tagesgeschäft der Hüttenunternehmen betrieb. Erste Überlegungen von deutscher Seite sahen auch hier eine Ausgründung von 24 neuen „Stahlunternehmen“ vor, stießen aber auf alliierte Vorbehalte, weil die britische Regierung ihre Pläne einer Sozialisierung der deutschen Montanindustrie noch nicht aufgegeben hatte. Das Gesetz Nr. 75 der alliierten Militärverwaltung vom 10. November 1948 über die „Umgestaltung des deutschen Kohlenbergbaus und der deutschen Eisen- und Stahlindustrie“ schuf eine gesetzliche Grundlage für die Umgestaltung der deutschen Montanindustrie. Ein Exekutivorgan, der Stahltreuhänderverband, wurde geschaffen, um ähnlich der Kohlewirtschaft auch der Eisen- und Stahlindustrie eine neue Unternehmensstruktur zu geben. Eine abschließende Regelung der Eigentumsverhältnisse wurde hingegen ausdrücklich der zukünftigen deutschen Regierung vorbehalten. Eine Sozialisierung war damit endgültig vom Tisch.

Die Entflechtung der deutschen Eisen- und Stahlindustrie endete mit einem Kompromiss zwischen alliierten und deutschen Interessen. Während die Alliierten vor allem an einer Dekartellisierung und Entflechtung der deutschen Schwerindustrie interessiert waren, ging es den deutschen Vertretern, zu denen mittlerweile auch die Bundesregierung gehörte, um eine Aufrechterhaltung der bewährten Verbundwirtschaft in der Branche. Im Ergebnis wurden auch hier 26 neue „Einheitsgesellschaften“ geschaffen, in denen sich die Kerne der Konzerne von Hoesch, Klöckner und Mannesmann wiederfanden. Zwar waren auch die Vereinigten Stahlwerke in dreizehn

²⁵² 1939 waren etwa 55 Prozent der gesamten Kohleförderung an der Ruhr durch die großen Montankonzerne kontrolliert worden.

selbständige Einheiten aufgespalten, doch die Möglichkeit einer neuen Konzernbildung war nicht ausgeschlossen, was im Thyssen-Konzern auch wieder weitestgehend gelang. Die Auflage, die Firma Krupp aufzulösen und zu verkaufen, war ebenfalls noch keinen Schritt weitergekommen und wurde langfristig auch nicht vollzogen.²⁵³

Dass mit den Bemühungen der Alliierten um eine Dekartellisierung und Entflechtung der Ruhrindustrie die Befürchtungen der westeuropäischen Staaten hinsichtlich eines wirtschaftlichen und möglicherweise zukünftig auch militärischen Wiedererstarkens Deutschlands geschwunden waren, machten der Erlass eines Ruhrstatuts im Dezember 1948²⁵⁴ und die Gründung einer internationalen Ruhrbehörde am 28. April 1949 deutlich.²⁵⁵ In der deutschen Öffentlichkeit stieß diese Maßnahme der Alliierten auf einhellige Ablehnung, weil sie einen schmerzhaften Eingriff in die gerade erst wiedergewonnenen politischen und ökonomischen Handlungsmöglichkeiten darstellte. Diese Behörde sollte nach Gründung der Bundesrepublik weiterhin eine internationale Kontrolle über die deutsche Produktion von Kohle, Koks und Stahl ausüben und sprach auch ein Wort bei der Verteilung der knappen Steinkohlen mit.²⁵⁶ Sie wurde aufgrund eines Vertrages zwischen Belgien, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden, Großbritannien und den USA errichtet. Um Einfluss auf das Gebaren dieser Behörde zu gewinnen, entschloss sich Konrad Adenauer im Petersberger Abkommen noch 1949, trotz vehementer Proteste der politischen Opponenten dieser Übereinkunft seitens der Bundesrepublik beizutreten.²⁵⁷ Mit der Gründung der Montanunion verlor dieser Vertrag hingegen an Bedeutung und die Behörde wurde bereits 1951 wieder aufgelöst.²⁵⁸

4.3 Im neuen Staat 1948–1952

4.3.1 Der organisatorische Rahmen

Das RWI war von allen Nöten der frühen Nachkriegszeit unmittelbar betroffen. Zunächst hielten die „abnormen Verhältnisse, die unzulängliche Ernährung und andere Schwierigkeiten, unter denen das Institut im Jahre 1946/47 zu arbeiten genötigt gewesen war“, ²⁵⁹ auch 1948 weiter an. Dramatisch wurde die Lage aber erst nach der Währungsreform: „Durch die Währungsreform ist die jetzige und künftige Lage des

²⁵³ Gall 2002, insb. S. 475–494.

²⁵⁴ Brunn 1995, S. 188.

²⁵⁵ Kühne 2016.

²⁵⁶ Först 1990, S. 22.

²⁵⁷ Vgl. weiter unten, S. 225.

²⁵⁸ Communiqué und Abkommen über die Auflösung der Internationalen Ruhrbehörde, Paris, 19. Oktober 1951, in: Der amerikanische Hochkommissar für Deutschland (Hg.), Bericht über Deutschland, Nr. 9 (Okt./Dez. 1951), S. 121–129.

²⁵⁹ RWWA 28–72–3, IHK Essen: Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1. April 1947 bis zum 20. Juni 1948.

Instituts aufs schwerste in Frage gestellt“ – so die Umschreibung der Situation am 25. Juni 1948.²⁶⁰ Das war die Schlussfolgerung aus der Sitzung des Verwaltungsrates vom 20. Juli 1948. Nunmehr wurden drastische Maßnahmen verkündet, nämlich eine Kürzung sämtlicher Gehälter zwischen 30 und 50 Prozent, die Verkürzung der Arbeitszeit auf täglich fünf Stunden von 9.00 bis 14.00 Uhr und zugleich die Kündigung sämtlicher Mitarbeiter zum nächstmöglichen Termin. Ein Jahresetat von 90.000 DM schien in jedem Fall nötig. Doch eine Schätzung des voraussichtlich verfügbaren Finanzvolumens für das restliche Geschäftsjahr kam allenfalls auf einen Betrag von 50.000 bis 55.000 DM.²⁶¹ Die außerordentlich schwierige Finanzlage machte radikale Maßnahmen unvermeidlich.²⁶²

Der Verwaltungsrat hatte in der Tat am 20. Juli 1948 dramatische Konsequenzen für das RWI diskutiert. Als erste Möglichkeit wurde die Auflösung des Instituts erwogen, allerdings einmütig verworfen. Eine Verkleinerung des Instituts bis auf wenige Köpfe wurde ebenfalls als unzweckmäßig eingestuft. Auch eine Weiterführung des Instituts mit Verselbständigung der beiden bestehenden Abteilungen für Volkswirtschaft und Betriebswirtschaft unter strikter Wahrung von Sparsamkeit wurde erwogen. Man einigte sich schließlich auf eine Zusammenlegung beider Abteilungen, was jedoch langfristig auf eine Auflösung der Betriebswirtschaftlichen Abteilung hinauslief. Allerdings sprachen sich alle anwesenden Mitglieder des Verwaltungsrates für eine Weiterexistenz des Instituts aus und erklärten sich prinzipiell bereit, seine Arbeit weiterhin finanziell zu unterstützen. Zur Überwindung der akuten Finanzschwierigkeiten wurde ein Betrag von 30.000 DM bereitgestellt.

Am 24. August 1948 wurde dann eine Vereinbarung über die Neuregelung der Verhältnisse im RWI schriftlich niedergelegt.²⁶³ Demnach wurde die Betriebswirtschaftliche Abteilung entgegen der ursprünglichen Absicht einer Vereinigung mit der Volkswirtschaftlichen Abteilung doch verselbständigt. Letztgenannte wurde zugleich aufgewertet, weil sie die allgemeinen Aufgaben der Geschäftsführung des Instituts mit übernahm. Im Rahmen dieser Aufgaben überwies sie der B-Abteilung monatlich einen festen Betrag und der Leiter der V-Abteilung hatte sich damit gegenüber seinem Rivalen durchgesetzt. Wilhelm Hasenack verließ dann sehr bald das Institut und die B-Abteilung stellte ihre Arbeit ein.

Im Frühjahr 1950 konnte Walther Däbritz dann dem Verwaltungsrat vermelden, dass die existenziellen Probleme, die sich dem RWI im Zusammenhang mit der Währungsreform im Sommer 1948 gestellt hatten, inzwischen weitgehend gelöst

²⁶⁰ RWWA 28–72–1, IHK Essen: Rundlauf der V. [Volkswirtschaftlichen] und B. [Betriebswirtschaftlichen] Abteilungen vom 25.6.1948.

²⁶¹ RWWA 28–72–1, IHK Essen: Abschrift. Planungen mit Datum 13.7.1948.

²⁶² RWWA 28–72–2, IHK Essen: Vorlage Küster, IHK Essen für Präsidenten Goldschmidt. Betrifft: Rheinisch-Westfälisches Institut für praktische Wirtschaftsforschung, Juli 1948.

²⁶³ RWWA 28–72–1, IHK Essen: Rhein.-Westf. Institut für praktische Wirtschaftsforschung, Essen, 24.8.1948.

worden waren.²⁶⁴ Es war gelungen, zur Weiterführung der Geschäfte im Resthaushaltsjahr 1948/49 (21. Juni 1948 bis 31. März 1949) kurzfristig 100.000 DM zu mobilisieren und auch für das Folgejahr 1949/50 einen Haushalt in Höhe von 172.500 DM bereitzustellen. Auch für das Jahr 1950/51 lasse sich eine ähnlich hohe Summe erwarten. Auf der Mitgliederversammlung war auch eine Satzungsänderung beschlossen worden, nach der nunmehr ein Verwaltungsrat zu wählen sei, der neben dem Präsidenten und der Mitgliederversammlung als drittes Organ des Instituts (§ 7) an die Stelle des aufgelösten bisherigen Wissenschaftlichen Beirats treten sollte. Was die zukünftige Ausrichtung der wissenschaftlichen Arbeit im Institut betraf, so sollte diese nach Däbritz' Meinung „stärker als bisher in der Öffentlichkeit in Erscheinung“ treten. Dazu böten sich Themen wie die Auswirkungen des Gesetzes Nr. 75 (dieses bezog sich auf die Neugliederung der Montanindustrie an der Ruhr), das Arbeitslosenproblem sowie das „Krupp-Problem“ an.²⁶⁵ Auch könne sich das Institut als Forschungsstelle für die Fragen des Ruhrstatuts profilieren. Alle diese Vorschläge und Anregungen bezogen sich auf die aktuellen Probleme der westdeutschen Wirtschaft unmittelbar nach der Währungsreform und ließen noch keine längerfristige Forschungsstrategie erkennen.

Fördergesellschaft

Eine Anregung aus der Diskussion des Verwaltungsrats um die Finanzlage des Instituts vom 20. Juli fiel allerdings auf fruchtbaren Boden. Tatsächlich wurde die Gründung einer Fördergesellschaft ins Auge gefasst und zum 7. März 1949 eine Einladung zur Gründung der „Gesellschaft der Freunde und Förderer des Rheinisch-Westfälischen Instituts für praktische Wirtschaftsforschung“ in das Hotel Kaiserhof in Essen ausgesprochen.²⁶⁶ Bereits im Juni 1950 konnte Däbritz dann hinsichtlich der Fördergesellschaft festhalten, dass deren Zuschüsse dem Institut „ganz wesentlich ermöglicht [haben], über die Schwierigkeiten hinweg zu kommen, die uns die Währungsreform bereitet hatte, und sie haben uns auch im laufenden Jahr den schrittweisen Ausbau des Instituts erleichtert“.²⁶⁷ Schon 1951 ließ sich festhalten, dass nach den finanziellen Schwierigkeiten, die mit der Währungsreform 1948 über das Institut gekommen waren, eine Fördergesellschaft wertvolle Hilfe geleistet hatte.²⁶⁸

²⁶⁴ RWWA 28–72–3, IHK Essen: Protokoll der Sitzung des Verwaltungsrats vom 22.2.1950.

²⁶⁵ Dabei ging es um die Umsetzung der von den Alliierten verfüigten Zerschlagung des Kruppischen Industriekomplexes, vgl. dazu Gall 2002, S. 473–511.

²⁶⁶ RWWA 28–72–3, IHK Essen: Einladung zur Gründungsversammlung am 7. März 1949 und „Satzung der Gesellschaft der Freunde und Förderer des Rheinisch-Westfälischen Instituts für praktische Wirtschaftsforschung, Essen“.

²⁶⁷ RWI, Akte Verwaltungsrat, Hauptakte Nr. 1: Sitzung der Fördergesellschaft am 24.6.1950.

²⁶⁸ RWWA 427–23–11, Volks- und Betriebswirtschaftliche Vereinigung: Das 25jährige Bestehen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, S. 2.

Wissenschaftlicher Beirat

Im Jahr 1950 kam es auch zu einer Änderung der Satzung des Trägervereins und zu entsprechenden organisatorischen Umgestaltungen im Institut. Bis dahin hatte es lediglich einen dreiköpfigen Vorstand, eine Mitgliederversammlung, die zugleich in identischer Zusammensetzung als Verwaltungsrat fungierte, und einen Wissenschaftlichen Beirat gegeben. Im Vorfeld der Beschlussfassung über die geplante Satzungsänderung hatte Walther Däbritz den Mitgliedern des Verwaltungsrates die Information zukommen lassen, dass „der Wissenschaftliche Beirat wegfallen“ solle. Er argumentierte, „ein solches Instrument ist wohl da zweckmäßig, wo ein Institut nicht über eigene Sachkenntnis verfügt.“²⁶⁹ Diese sei im RWI doch offenbar in ausreichendem Maße vorhanden, sodass ein derartiges Organ überflüssig erscheine. Eine Änderung, nach der das Institut nunmehr über drei Organe verfügte (§ 7), nämlich einen Präsidenten, den Verwaltungsrat und die Mitgliederversammlung, wurde tatsächlich am 22. Februar 1950 beschlossen, und den bisherigen Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirats, unter denen sich immerhin so renommierte Wissenschaftler wie Alfred Müller-Armack und Eugen Schmalenbach befanden, wurde mit Schreiben vom 10. März 1950 lakonisch mitgeteilt, dass der Beirat aufgelöst worden sei und man ihnen für ihre Mitarbeit danke.²⁷⁰

Dieses Vorgehen wirft ein bezeichnendes Licht auf das Selbstverständnis und die Arbeitsweise des RWI und die wissenschaftliche Führung des Hauses zu Beginn der 1950er Jahre. Offenbar dominierte gänzlich das Interesse an der praktischen Umsetzung der Arbeit und man suchte deshalb eine enge Verzahnung mit der regionalen Industrie. Deren wichtigste Vertreter fanden sich dann auch im Verwaltungsrat, der seine Arbeit fortan auf die Artikulation der Bedürfnisse der Industrie und auf die Aufbringung zusätzlicher Mittel für die Arbeit des Instituts konzentrierte. Eine Zusammenarbeit mit den Wirtschaftswissenschaften und der Volkswirtschaftslehre der frühen Bundesrepublik wurde nicht gesucht.²⁷¹ Diese verhängnisvolle Weichenstellung zu Beginn der 1950er Jahre sollte sich später rächen, weil auf dem eingeschlagenen Weg der Austausch mit der sich wandelnden und fortentwickelnden Volkswirtschaftslehre weitgehend verloren ging und eine stark an den Bedürfnissen der regionalen Industrie orientierte Wirtschaftspolitik in die Sackgasse führte. Dieser Mangel einer Rückbindung der Arbeit des Institutes an die Wirtschaftswissenschaften war 1982 einer der Hauptkritikpunkte der Begutachtung der Leistungen des RWI durch den Wissenschaftsrat und brachte das Institut nahe an eine Schließung.²⁷²

²⁶⁹ RWI, Akte Verwaltungsrat, Hauptakte Nr. 1: Schreiben Däbritz' an Dr. Kluitmann, 20. 2. 1950.

²⁷⁰ RWI, Akte Verwaltungsrat, Hauptakte Nr. 1: Protokoll der Mitgliederversammlung, 24. 6. 1950 und Schreiben Kuskies an die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats. Hier findet sich auch eine Liste sämtlicher Mitglieder des Gremiums.

²⁷¹ Hesse 2010.

²⁷² Wissenschaftsrat 1982, S. 65–76 und dazu weiter unten ausführlich in Kapitel 6.2.2.

Institutsleitung

Angesichts des fortgeschrittenen Alters des Wissenschaftlichen Direktors kam es im Sommer 1948 zu einer ersten Diskussion um die Nachfolge von Walther Däbritz in diesem Amt. Weil der seitens der IHK aus eigenen Reihen vorgeschlagene Nachfolge-Kandidat zwar als „begabter Journalist“ bezeichnet, aber wissenschaftlich als nicht hinreichend ausgewiesen erachtet wurde, kam es zu Unstimmigkeiten und zum Rückzug von Direktor Hundhausen aus der Leitung der Fördergesellschaft, der den Kandidaten vorgeschlagen hatte.²⁷³ Es wurde argumentiert, dass eine derartige Personalentscheidung hinsichtlich der Führung des Instituts insbesondere die gegenwärtigen Bemühungen um eine Wiederaufnahme der Konjunkturberichterstattung konterkarieren würde. Dieser Einschätzung stimmte auch Däbritz zu und würde, wenn er seinem persönlichen Anliegen, aus Altersgründen heraus – er ging zu diesem Zeitpunkt immerhin bereits auf die Siebzig zu – „in die zweite Reihe“ zurückzutreten, folge, „den besten Repräsentanten der Wagemann Schule in unserer Nähe“ bevorzugen. An anderer Stelle nannte er Dr. Wagenführ als einen geeigneten Kandidaten.²⁷⁴ Auf einer Besprechung²⁷⁵ mit Repräsentanten der Stadt und der IHK Essen am 10. August 1949 wurde jedoch der gemeinsame Beschluss gefasst, Däbritz zunächst in seinem Amt zu belassen. Die ganze Angelegenheit sollte um eineinhalb Jahre bis zum Ausscheiden Kuskes als Präsident verschoben werden. Bedauert wurde auch, dass Däbritz nicht frühzeitig einen Nachfolger benannt habe. Von einem Ausscheiden Däbritz' war dann allerdings in den folgenden Jahren nicht mehr die Rede und er blieb bis 1955, also fast bis zu seinem 75. Geburtstag, im Amt.

Während Walther Däbritz in dieser schwierigen Zeit mit großer Energie die Verhältnisse des Instituts neu ordnete, „thronte“ Bruno Kuske weitestgehend als Präsident über allem. In das Tagesgeschäft war er kaum eingebunden, leitete zumeist die Gremiensitzungen, hielt Festansprachen und repräsentierte das RWI nach außen. Für ein größeres Engagement im Institut fehlten ihm auch sämtliche Voraussetzungen: Er lebte fernab Essens in Neuss bzw. Köln, war als Wirtschaftshistoriker hervorragend ausgewiesen, nicht aber in der empirischen Wirtschaftsforschung verankert, und bekleidete neben seinem Kölner Ordinariat²⁷⁶ zahlreiche weitere bedeutende Ämter in Politik und Wissenschaft.

***Bruno Kuske** wurde am 29. Juli 1876 in Dresden geboren. Er stammte aus einfachen Verhältnissen, denn sein Vater, evangelischer Konfession, arbeitete dort als Schneidermeister.²⁷⁷ Aufgrund seiner sozialen Herkunft begann seine Bildungskarriere zunächst*

²⁷³ RWWA 28 – 72 – 1, IHK Essen: Schreiben Dr. Rudolf Reguls an Däbritz, 29.7.1949.

²⁷⁴ RWWA 28 – 72 – 1, IHK Essen: Briefwechsel um Nachfolge von Däbritz zwischen dem 2. und 10.8. 1949.

²⁷⁵ Anwesend waren Oberbürgermeister Goldschmidt, Stadtdirektor Rosendahl, Dr. Küster (Hauptgeschäftsführer der IHK Essen) und Däbritz selbst.

²⁷⁶ In Köln fungierte er zudem zeitweilig als Dekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät und als Rektor der Universität.

²⁷⁷ Zum Lebenslauf Kuskes ausführlich: UAK Zug. 17 I, Nr. 3261 b. Vgl. auch Henning 1988.

mit dem Besuch einer Volksschule. Bis Ostern 1891 setzte er seine schulische Laufbahn mit der Hohen Volksschule des Ehreschen Stiftes Dresden fort. Daran schloss sich der sechsjährige Besuch des Freiherrlich von Flechterschen Lehrerseminars in Dresden an, zunächst drei Jahre in der Präparandenanstalt, dann im Seminar selbst, bis Oktober 1897. Danach war Kuske zunächst drei Jahre als Hilfslehrer im sächsischen Schuldienst tätig, ehe er dort die II. Lehrerprüfung ablegte, deren Absolvierung mit der Berechtigung zum Studium an einer Hochschule verbunden war. Diese neue Chance zu einer akademischen Ausbildung nutzte der junge Lehrer unmittelbar und begann noch im Sommersemester 1900 mit dem Studium der Handelswissenschaften an der Handelshochschule in Leipzig.²⁷⁸ Daneben studierte Kuske auch an der Universität Leipzig, wo er u. a. Veranstaltungen zur Nationalökonomie von Karl Bücher besuchte. Dort kam er auch in freundschaftlichen Kontakt mit Eugen Schmalenbach, der während dieser Zeit als Assistent bei Bücher tätig war. Im Sommersemester 1903 legte Kuske in Leipzig die Pädagogische Staatsprüfung ab und im folgenden Semester promovierte er dort zum Dr. phil. mit der Arbeit „Das Schuldenwesen der deutschen Städte im Mittelalter“, eine bis heute häufig zitierte Studie.

Eine erste Anstellung fand Bruno Kuske in Köln, wo er von November 1903 bis zum Frühjahr 1908 als Hilfsarbeiter im Archiv der Stadt Köln tätig wurde. Hier wurde er vertraut mit der Überlieferung der Stadt zur Handelsgeschichte im Mittelalter, die zu einem Schwerpunkt seiner historischen Forschungen werden sollte. An der Handelshochschule Köln wurde er am 30. November 1908 mit einer Arbeit zu diesem Thema habilitiert und bot dort seit Herbst 1908 zugleich Lehrveranstaltungen im Fach Wirtschaftsgeschichte an.²⁷⁹ Dies war das erste Mal, dass an einer deutschen Hochschule das Fach Wirtschaftsgeschichte, das bis dahin immer als ein integraler Bestandteil der Nationalökonomie verstanden worden war, als ein eigenständiges Fach gelehrt wurde. Kuske gilt daher in Deutschland als Begründer dieser Disziplin. 1912 stellte ihn die Handelshochschule als Hauptamtlichen Dozenten für das Fach Wirtschaftsgeschichte ein. Der Erste Weltkrieg bildete für seine akademische Karriere einen Einschnitt, denn von August 1914 bis Dezember 1918 leistete Kuske Militärdienst. Zunächst als Landwehrmann und später im Heeresverwaltungsdienst blieb er jedoch von einem Fronteinsatz verschont und konnte als Intendanturrat in Koblenz seine wissenschaftlichen Arbeiten zum Teil fortsetzen. Während dieser Zeit wurde er zum 1. April 1917 in Köln zum Professor ernannt. Nach Ende seines Wehrdienstes wurde er in Köln zum Ordinarius für Wirtschaftsgeschichte bestellt (1. Juli 1919). Dort vertrat er von 1923 bis 1950 zugleich auch das Fach Wirtschaftsgeografie bzw. Wirtschaftsraumlehre oder Raumwirtschaftslehre. Im selben Jahr trat er der SPD bei und aus der evangelischen Kirche aus.

In den 1920er Jahren begann Bruno Kuske seine erfolgreiche Karriere, die ihn nicht nur zu akademischen Ehren und vielfältigen wissenschaftlich-organisatorischen Erfol-

²⁷⁸ Zu den Handelshochschulen in Deutschland an der Wende zum 20. Jahrhundert vgl. Zander 2004, S. 76–92.

²⁷⁹ Zu den akademischen Meriten Kuskes insbesondere Däbritz 1951, S. 17–33.

gen, sondern auch zu einer Reihe politisch bedingter Schwierigkeiten führte. Bereits 1920 wurde er im Nebenamt Direktor des Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsarchivs (RWWA) in Köln, ein Amt, das er bis 1933 ausübte.²⁸⁰ Beim Westdeutschen Rundfunk entfaltete er seit dessen Gründung (1926) eine ausgedehnte Vortragstätigkeit, ebenso wie zwischen 1920 und 1933 bei den Freigewerkschaftlichen Seminaren. 1923/24 wurde er zum Dekan seiner Fakultät gewählt und 1931/32 fungierte er gar als Rektor der Universität. Vieles änderte sich jedoch mit der Machtübernahme Hitlers im Januar 1933. Im selben Jahr trat Kuske aus der SPD aus, was ihn allerdings nicht davor bewahrte, aufgrund der Bestimmungen des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums aus dem Dienst an der Universität zu Köln und aus dem Amt als Direktor des Wirtschaftsarchivs entlassen zu werden. In dieser schwierigen Situation erhielt er 1933/34 ein Angebot zu einer Gastprofessur der Universität Amsterdam, das er aber ablehnte.

Auf die Frage nach seiner Parteizugehörigkeit äußerte Kuske 1933: „Bis zum Kriege [I. WK] d. nationalsozialen Partei (Richtung des Pfarrers F. Naumann). 1919 bis 18.3. 1933 SPD“ und nach weiteren Verbandszugehörigkeiten „War nicht aktives Mitglied des Reichsbanners; habe diesen bis 1931 gelegentlich durch kleine Geldzahlungen unterstützt; ansonsten nein.“²⁸¹ Dennoch wurde er am 25. September 1933 aus dem Dienst entlassen. Die „Zahlung der Dienstbezüge ist mit Ende Dezember 1933 einzustellen“,²⁸² lautete die schlichte Anweisung an das Kuratorium der Städtischen Universität und sein Jahresgehalt wurde von 14.040 RM auf 7.055,10 RM halbiert.²⁸³ Gegen diese Entscheidung verwahrte sich Kuske jedoch erfolgreich. Der preußische Minister verfügte daraufhin bereits im Januar 1934 die Aufhebung der Entlassung Kuskes aus dem Staatsdienst und richtete an ihn die Bitte, das „bisherige Amt wieder zu übernehmen“.²⁸⁴ Nachdem er seinen Diensteid auf den „Führer“ am 12. November 1934 geleistet hatte, konnte er dem Kuratorium der Universität seinen Dienstantritt, erstmals brav unterzeichnet mit „Heil Hitler“, mit Schreiben vom 20. September 1935 mitteilen. Im akademischen Jahr 1939/40 bekleidete er erneut das Amt des Dekans der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät. Das Amt des Direktors im RWWA konnte er hingegen nicht wieder antreten, weil an der Handelskammer seit 1933 regimetreue Personen die Führung übernommen hatten und dem als wenig zuverlässig erachteten Kuske die Tür verschlossen blieb:²⁸⁵ „Kuskes Verteidigungsstrategie war vollständig aufgegangen.“²⁸⁶

²⁸⁰ Soénus (2006) stellt seiner Tätigkeit ein m. E. zu negatives Zeugnis aus. Vgl. insbesondere S. 131–135.

²⁸¹ UAK Zug. 17 I, Nr. 3261 a: Fragebogen zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 (Reichsgesetzblatt I, S. 175).

²⁸² UAK Zug. 17 I, Nr. 3261 a: Schreiben des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an das Universitätskuratorium, 25.8.1933.

²⁸³ UAK Zug. 17 I, Nr. 3261 a: Nachweisung zur Anweisung der Versorgungsbezüge vom 20.10.1933.

²⁸⁴ UAK Zug. 17 I, Nr. 3261 b: Schreiben des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, 23.1.1934.

²⁸⁵ Ausführlich dazu: Engels 2007, S. 116–118.

²⁸⁶ Zitat ebda., S. 126.

In einem Schreiben an den Dekan in anderer Sache kam Kuske aus gegebenem Anlass im Jahr 1941 noch einmal ausführlich auf seine bereits 21 Jahre zurückliegenden Probleme am Ende des Ersten Weltkriegs zu sprechen.²⁸⁷ Demnach habe schon vor dem Ersten Weltkrieg in der Studentenschaft der früheren Handelsschule eine Organisation existiert, nämlich die Kölner Akademischen Arbeiter-Unterrichtskurse, die es sich zur Aufgabe gemacht hatten, wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Kenntnisse in die Arbeiterschaft der Stadt zu tragen.²⁸⁸ In ähnlicher Weise gab es in Köln auch Kurse, die von der Handelskammer, insbesondere auch von deren Syndikus Prof. Wirminghaus, den Kuske bereits aus seiner Leipziger Studienzeit kannte, unterstützt wurden. Als Anhänger der nationalsozialen Bewegung Friedrich Naumanns war er bereits in Leipzig in der Arbeiterbildung tätig geworden und setzte diese Tätigkeit auch in Köln weiter fort. Inhaltlich wurde dort vor allem „gegen den marxistischen Internationalismus debattiert“ sowie nach dem Kriege „gegenüber den spartakistischen marxistischen Ideen, dazu aber auch gegenüber der französischen Losreißungspolitik am linken Rheinufer“. Auch in der Bildungsarbeit der Freien Gewerkschaften war Kuske engagiert, legte aber Wert darauf festzuhalten, dass diese strikt von der Parteiarbeit der SPD getrennt war und er, obwohl selbst Mitglied, niemals als Dozent unmittelbar in der Partei tätig geworden sei. Die „Freigewerkschaftlichen Seminare“ in Köln hätten in diesem Sinne seit 1920 versucht, wirtschafts- und betriebswissenschaftliche Kenntnisse „in die zum Teil marxistisch verwirrten Meinungen der Arbeiter zu tragen“, nicht aber im eigentlichen Sinne politisch zu agitieren.

Der zuständige Minister hatte im April 1934 allerdings auch eine Anfrage nach der politischen Einstellung des offenbar als unzuverlässig eingestuften Kantonisten Kuske erbeten. Die Auskünfte schienen wenig beunruhigend, denn das Universitätskuratorium konnte vermelden: „Seine Einstellung zum Nationalsozialismus ist bestimmt eine durchaus positive“ und die NS-Dozentenschaft der Universität stieß ins gleiche Horn, wenn sie konstatierte, dass er „ohne Zweifel völlig positiv zum Dritten Reich eingestellt“ sei. Auch in einem Schreiben an das Reichserziehungsministerium vom 18. Juli 1938, in dem es um die Nachfolge des durch das Ministerium zum Rücktritt aufgeforderten Rektors der Universität Köln, Hans von Haberer, ging, wurde Kuske als dessen möglicher Nachfolger vorgeschlagen und als geeignet angesehen, um die „während der jetzigen Rektoratszeit verfahrenere Situation der Univ. Köln wieder in Ordnung zu bringen“.²⁸⁹ Und weiterhin: „Die gegen Kuske früher erhobenen Bedenken sind weggefallen. Für Kuske setzten sich insbesondere die nationalsozialistischen Studenten ein.“ Er wurde als ein „deutscher Sozialist“ im Unterschied zu einem Anhänger des „internationalen Sozialismus“ charakterisiert. Nach der Machtübernahme

²⁸⁷ UAK Zug. 17 I, Nr. 3261 a: Schreiben Kuskes an den Dekan, 17.7.1941.

²⁸⁸ Zum Hintergrund dieser Initiative und ihrer Verankerung in der Gewerkschaftsarbeit vgl. Döring 2004, S. 304 f.

²⁸⁹ BDC (Berlin Document Center): VBS 307 DS/Wissenschaftler 8200001705: Schreiben des Stellvertreters des Führers (Birkenkamp) an Staatsminister Dr. Wacker, 18.7.1938.

wurde er Mitglied im NSV, im NSLB, Bezieher der NS-Presse und wissenschaftlicher Mitarbeiter der DAF-Bildungsorganisation und wirkte mehrfach als Redner in einem Lehrgang für Amtswalter der DAF-Bildungsorganisation mit. Ganz offenbar arrangierte sich also Bruno Kuske nach 1933 sehr rasch mit den neuen Verhältnissen und konnte seine Universitätsämter wieder übernehmen.

Im Dritten Reich ging Kuske dann erfolgreich den gewohnten Geschäften eines Hochschullehrers nach. Darüber hinaus wurde er im Rahmen der sogenannten Westforschung aktiv.²⁹⁰ Schon während seines Studiums in Leipzig war er mit den Ideen seines Lehrers Friedrich Ratzel vertraut gemacht worden, der dem „Kampf um Lebensraum“ eines Volkes eine besondere Bedeutung beigemessen hatte.²⁹¹ Ohne den politischen Implikationen einer solchen Sichtweise zu folgen, wurde in Kuskes ökonomisch geprägter Vorstellung dem Raum doch eine hohe Priorität eingeräumt und eine wirtschaftsgeografische Sichtweise zu einem prägenden Element seiner wissenschaftlichen Arbeit. Folgerichtig war er in den 1930er Jahren an führender Stelle an der West- und Raumforschung beteiligt, die für die Kölner Universität als Grenzlanduniversität große Bedeutung erlangte. Hier wurde Kuske zum Obmann der Hochschularbeitsgemeinschaft für Raumforschung (HAG) in Köln, einer der von 40 (1936) auf 51 (1942) angewachsenen lokalen universitären Forschergruppen, deren Arbeit über die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung koordiniert wurde. Ziel dieser Aktivitäten war eine effiziente Koppelung zwischen Wissenschaft und staatlicher Planungsverwaltung, die ihrerseits seit März 1935 in der Reichsstelle für Raumordnung (RfR) und den untergeordneten Landesplanungsgemeinschaften (LPG) zusammengefasst worden war.²⁹² Durch den Minister erhielt Kuske 1936 den Auftrag, in Köln eine solche Hochschularbeitsgemeinschaft zu gründen, in die u. a. 1939 auch Theodor Wessels eintrat und die zahlreiche Kooperationspartner in der Region fand, wie etwa die Volkswirtschaftliche Vereinigung in Essen unter Walther Däbritz. Ein enges Netzwerk wurde geknüpft. Die grenzüberschreitende Westforschung bildete ein bedeutsames Betätigungsfeld für Bruno Kuske, die sich nach Kriegsausbruch auch einer ökonomischen Neuordnung des besetzten Belgiens und Nordfrankreichs widmete. Hier bewährte sich auch die Zusammenarbeit mit dem RWI, wo insbesondere Wilhelm Helmrich, der dort von 1938 bis 1941 als wissenschaftlicher Referent tätig war, die Interessen der Ruhrindustrie im Rahmen der Westforschung vertrat.²⁹³

Es wäre jedoch irreführend, Bruno Kuske einfach als einen Teil des verbrecherischen NS-Systems anzusehen. Für ihn standen immer die wissenschaftlich-organisatorischen Fragen seiner Arbeit im Vordergrund, nicht die praktische Gestaltung der Verhältnisse und deren soziale und politische Konsequenzen. Das mag man im Rahmen des NS-Systems als naiv ansehen, kommt aber der Charakterisierung seiner Person näher. Immerhin weisen seine Verhaftung durch die Geheime Staatspolizei nach dem Hitler-At-

²⁹⁰ Ausführlich dazu: Engels 2007, S. 113–129.

²⁹¹ Ratzel 1901.

²⁹² Engels 2007, S. 140 f.

²⁹³ Ebda., S. 244 f.

tentat am 20. Juli 1944 und die Einlieferung in ein Arbeitslager in Deutz darauf hin, dass die Vorbehalte gegenüber der Zuverlässigkeit des Hochschullehrers bei den Sicherheitsbehörden noch längst nicht ausgeräumt waren. Er selbst berichtete vom Einsatz im Straßenbau während dieser Zeit; für einen damals 68-Jährigen gewiss kein Zuckerschlecken, auch wenn seine Haftzeit auf wenige Wochen beschränkt blieb. Diese Episode spielte bei der Einschätzung seiner Haltung gegenüber dem vergangenen NS-System durch eine Fakultätskommission offenbar nur eine geringe Rolle, denn diese stellte fest, dass die Aktivitäten Kuskes während der NS-Zeit weit über das Maß einer politischen Opportunität hinausgegangen seien und damit dem Staat und der Partei ein Einfallstor in die Universität eröffnet und so dort den Anpassungsdruck erhöht hätten.²⁹⁴

In Verteidigung seiner Person und seines Wirkens im Dritten Reich konstruierte Kuske im Sommer 1945 in mehreren Eingaben an den Rektor der Universität²⁹⁵ nach neueren Erkenntnissen „einen neuen Lebenslauf, indem er Weglassungen und Erfindungen, Über- und Untertreibungen, Halb- und Unwahrheiten kombinierte“²⁹⁶ und dabei befand er sich offenbar in bester Gesellschaft zahlreicher Kollegen.²⁹⁷ In seinem Entnazifizierungsverfahren gelang es ihm erst im März 1947, als „unbelastet“ eingestuft zu werden.²⁹⁸ Der Oberstadtdirektor der Stadt Neuss konnte ihm deshalb mitteilen, dass die britische Militärverwaltung ihn „für die Anstellung als Lehrer geeignet befunden“ habe.²⁹⁹

Das alles hinderte ihn allerdings kaum, seine wissenschaftliche Karriere erfolgreich fortzusetzen. Bereits 1946 nahm er seine Lehrtätigkeit in Köln wieder auf und man fand ihn in zahlreichen vertrauten und neuen Positionen. Im selben Jahr erhielt er die Ehrendoktorwürde der Juristischen Fakultät seiner Heimatuniversität. Er wurde wiederum zum Obmann der Landesarbeitsgemeinschaft für Raumforschung NRW, die sich am 16. Oktober 1946 auf seine Initiative hin konstituierte, berufen.³⁰⁰ Offiziell wurde diese allerdings erst durch den Ministerpräsidenten Amelunxen zum 1. Januar 1947 gegründet. Die Mitgliedschaft in der Hochschularbeitsgemeinschaft für Raumforschung an der Universität Köln blieb ihm hingegen verwehrt. Dagegen hatte sich der neue Rektor Kroll gewandt. Wegen seiner Nähe zur früheren Westforschung hatte Kuske offenbar in Köln an Rückhalt verloren. Hingegen wurde er bereits im Januar 1946 mit der Leitung der Wirtschaftsabteilung der Provinzialregierung Rheinland-Nord in Düsseldorf betraut und zugleich wurde ihm bestätigt, dass seine Professur in Köln in aller Form bestehen blei-

²⁹⁴ Golczewski 1988, S. 383f.

²⁹⁵ UAK Zug. 571/223: Kuske an Kroll, 10.1.1945.

²⁹⁶ So die Feststellung bei Engels 2007, S. 371.

²⁹⁷ Schulze 1989, S. 121–130.

²⁹⁸ Landesarchiv NRW, NW 1014-EF-2046: Military Government of Germany, Fragebogen Bruno Kuske.

²⁹⁹ UAK Zug. 17 II, Nr. 3261 b: Schreiben des Oberstadtdirektors der Stadt Neuß, Abt. Schulverwaltung, an Kuske vom 31.3.1947.

³⁰⁰ Engels 2007, S. 384f. Walther Däbritz war an dieser Neugründung ebenfalls beteiligt.

be.³⁰¹ Auch zu den Gewerkschaften knüpfte Kuske bald wieder Beziehungen und wurde 1946 (neben Victor Agartz und Hans Böckler) Präsidiumsmitglied des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes bzw. dessen regionalem, in Köln gegründeten Vorläufer. Im folgenden Jahr 1947 wurde Kuske darüber hinaus Abteilungsleiter der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster in Dortmund, zu deren ersten Mitarbeitern er zugleich zählte.³⁰² Im selben Jahr wurde er zum Präsidenten des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung in Essen gewählt. Erst 1950, fast 75 Jahre alt, wurde Kuske emeritiert und beendete seine Lehrtätigkeit im Jahr 1951. Im selben Jahr ehrte ihn die Bonner Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät mit einem Doktor honoris causa. Er starb, hochgeehrt und erneut bestens vernetzt, am 18. Juli 1964 im Alter von 88 Jahren.³⁰³

4.3.2 Die Arbeit des Instituts

4.3.2.1 Veränderte Arbeitsbedingungen

Gründung des Weststaats

Gegen Ende der 1940er Jahre traten neben den alliierten Behörden mehr und mehr auch deutsche Instanzen wieder auf den Plan und wurden zunehmend in die Entscheidungen um die Staats- und Wirtschaftsordnung des Gemeinwesens mit einbezogen. Das betraf vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland nicht nur die neu geschaffenen Bundesländer, deren Neugliederung mit der Begründung eines „Südweststaats“³⁰⁴ Baden-Württemberg ihren Abschluss gefunden hatte, sondern auch erste zentrale deutsche Institutionen, wie die Bank Deutscher Länder. Auch die Schaffung eines neuen Weststaates ohne die Einbeziehung der sowjetischen Besatzungszone war seitens der Alliierten bereits in Erwägung gezogen worden. Diese Gründung wurde im Jahr 1948 energisch vorangetrieben.³⁰⁵

Ein erster Versuch zur Begründung gesamtstaatlicher Strukturen wurde mit einer Konferenz sämtlicher deutscher Ministerpräsidenten, also auch derjenigen der Sowjetzone, im Juni 1947 unternommen. Doch dieses Vorhaben scheiterte sehr rasch an unüberbrückbaren Differenzen mit den mitteldeutschen Ministerpräsidenten über die Strukturen eines Gesamtstaates. Daraufhin wurde den Ministerpräsidenten der

301 UAK Zug. 17 II, Nr. 3261 b: Schreiben des Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz Abteilung Wirtschaft an Oberbürgermeister Pünder in Köln als Vorsitzenden des Kuratoriums der Universität vom 19.1.1946.

302 Adamski 2009, S. 48, Anm. 76 und S. 247.

303 Nachrufe z. B. Handelsblatt vom 21.7.1964 und Industriekurier vom 21.7.1964.

304 Zum Südweststaat vgl. auch: Der amerikanische Hochkommissar für Deutschland (Hg.), Bericht über Deutschland, Nr. 7 (April/Juni 1951), S. 80–87: Der Südweststaat. Eine Frage der territorialen Neuordnung und Nr. 10 (Jan./März 1952), S. 46–51: Die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung im Südweststaat.

305 Im Überblick Steininger 1998 und Kleßmann 1986, S. 193–202.



Abb. 5: Bruno Kuske

westdeutschen Länder mit den „Londoner Empfehlungen“ vom 1. Juni 1947 der Auftrag übermittelt, eine verfassungsgebende Versammlung zur Vorbereitung einer Staatsgründung einzuberufen. Die Wünsche der Alliierten hinsichtlich der Ausgestaltung der Verfassung wurden in den „Frankfurter Dokumenten“ am 1. Juli 1947 präzisiert. Zugleich wurde ein „Besatzungsstatut“ angekündigt, in dem die Siegermächte ihr Verhältnis zum neuen deutschen Staat festlegen wollten.

Die Ministerpräsidenten tagten in Koblenz und kamen nach äußerst kontroversen Diskussionen über die politische Ausgestaltung des neuen Staates mit den Koblenzer Beschlüssen zu einem Vorschlag, der die Alliierten in keinsten Weise zufriedenstellte und von ihnen z.T. als Provokation empfunden wurde. In mehreren weiteren Gesprächen kam es dann aber zu einer Annäherung der Positionen, sodass die Alliierten die Einberufung eines Parlamentarischen Rates zur Vorbereitung einer Verfassung genehmigten. Dazu fand im August 1948 ein Verfassungskonvent von Experten auf der

Insel Herrenchiemsee statt, dessen Tätigkeitsbericht zur Grundlage der Beratungen des Parlamentarischen Rates wurde, die am 1. September in Bonn eröffnet wurden. Diese Gespräche erfolgten in enger Abstimmung mit den Alliierten, die wiederholt durch Memoranden entscheidend in die Diskussionen um die staatliche Grundordnung in Deutschland eingriffen. Es ging vor allem um die Stellung der Länder im neuen Staatswesen, welche die Militärgouverneure gestärkt, die deutschen Vertreter hingegen geschwächt sehen wollten. Trotz mehrfacher Abstimmungsversuche zwischen allen Beteiligten kam es zu einem Verfassungsentwurf, der von den alliierten Stellen nicht akzeptiert wurde. Erst auf einer Außenministerkonferenz in Washington im April 1949 gelang eine Annäherung der Positionen und ein „verkürzter Grundgesetzentwurf“ der deutschen Seite wurde schließlich angenommen. Im Mai 1949 konnte dann das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland im Parlamentarischen Rat beschlossen und kurz darauf von den alliierten Militärgouverneuren genehmigt werden. Am 14. August 1949 kam es zur ersten Wahl eines Bundestages und bald danach zur Bildung der ersten Regierung unter Bundeskanzler Konrad Adenauer. Die Aufgabe einer alliierten Kontrolle über das neue Staatswesen wurde durch die Alliierte Hohe Kommission wahrgenommen, die aus den drei Hochkommissaren der westlichen Siegermächte bestand und deren Befugnisse im Besatzungsstatut festgelegt waren, das am 20. September 1949 in Kraft getreten war.³⁰⁶

Besatzungsstatut

Vor der Gründung des Weststaats hatten schon am 10. April 1949 die drei Militärgouverneure der Westzonen ein Besatzungsstatut erlassen, in dem die Vorbehaltsrechte der Alliierten gegenüber der neuen Bundesrepublik festgelegt wurden.³⁰⁷ Die Zuständigkeiten, die sich die Alliierten im dritten Frankfurter Dokument ausbedungen hatten, wurden noch einmal nachdrücklich bestätigt. Es ging vor allem um die Kontrolle der Ruhrindustrie, um Dekartellisierung und Entflechtung dort, um Reparationen und Demontagen und um die Außenbeziehungen des neuen Staates.³⁰⁸ Die Souveränität der Bundesrepublik blieb unter Gültigkeit dieser Vorbehaltsrechte demnach außerordentlich eingeschränkt. Dem suchte allerdings der Bundeskanzler entgegenzuwirken und schloss bereits in den ersten Monaten seiner Amtszeit am 22. November 1949 namens der Bundesregierung mit den alliierten Hochkommissaren das sogenannte Petersberger Abkommen, durch das er den Handlungsrahmen des jungen Staates über den Rahmen des Besatzungsstatuts weiter auszudehnen versuchte. Er erhielt dabei die Zusicherung, dass u. a. die Demontagen alsbald beendet würden und dass die Bundesrepublik internationalen Organisationen, wie z. B. dem Europarat, beitreten dürfe. Dafür musste Adenauer aber die Kröte eines Beitritts der

³⁰⁶ Benz 2009, S. 208 – 210.

³⁰⁷ Text bei Schmoller 1950, S. 19.

³⁰⁸ Kleßmann 1986, S. 199.

Bundesregierung zum Ruhrstatut schlucken. Letzteres wurde in der folgenden turbulenten Bundestagssitzung durch die Opposition scharf kritisiert, die ihn dabei als „Kanzler der Alliierten“ zu diffamieren suchte.

4.3.2.2 Aktuelle Wirtschaftsprobleme

Schon im September 1947 konnte Walther Däbritz mit unverhohlenem Stolz bereits wieder einen ersten Überblick über die Forschungsarbeit des Instituts seit seiner Wiederbegründung nach Kriegsende geben. Eine Reihe neuer Arbeiten war im West-Verlag Kettwig/Essen publiziert worden. Dabei standen Institutsarbeiten im Vordergrund, die sich insbesondere mit der Wirtschaftsstruktur und den Wirtschaftsproblemen der britischen Zone beschäftigten. Im laufenden Arbeitsprogramm zeigten sich darüber hinaus vielfache Zusammenarbeitsmöglichkeiten, u. a. mit dem Düsseldorfer Wirtschaftsministerium, dem Zentralamt für Arbeit in Lemgo und dem Bremer Senat. Auch wurden der Wiederaufbau einer Konjunkturstatistik und eines entsprechenden Archivs sowie Arbeiten im Auftrag der Kammervereinigung erwähnt. Doch die zahlreichen Probleme der unmittelbaren Nachkriegszeit waren bei Weitem noch nicht bewältigt und neue Aufgaben harhten einer Lösung.³⁰⁹

Währungsreform³¹⁰

Einen ersten notwendigen Schritt für einen nachhaltig erfolgreichen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft stellte die Sanierung der Währungsverhältnisse im Nachkriegsdeutschland dar und dieser Schritt erfolgte mit der Währungsreform im Juni 1948.³¹¹ Die Zwangsläufigkeit der Schaffung einer neuen, werthaltigen Währung wurde darin deutlich, dass das deutsche Sozialprodukt sich von 1936 mit 65,8 Mrd. RM auf etwa 50 Mrd. RM³¹² am Ende des Krieges (1946) vermindert hatte, demgegenüber aber eine Geldmenge in der Wirtschaft zirkulierte, die etwa den dreifachen Umfang hatte. Die deutsche Währung war damit weitgehend ihrer Grundfunktionen beraubt.³¹³ Eine Reform des zerrütteten Geldsystems wurde allerdings erst drei Jahre nach Kriegsende in Angriff genommen, weil bis dahin die Voraussetzungen für eine

309 Eigentumsfragen standen noch im Raum und gaben Anlass zu Erörterungen, vgl. RWI, Akte Arbeiten des Instituts und der Mitglieder, Bd. II: Nr. 40 (Sign. 121/40): Dr. Paul Wiel, Das Eigentum und die Wirtschaft (Sonderabzug aus: Kirche und Welt, H. 2, 15 S.) und Nr. 41 (Sign. 121/41): Dr. Paul Wiel, 50 Jahre deutsches Bevölkerungsproblem (1950, 8 S.) sowie Nr. 34 (Sign. 121/34): Die individuelle Steuerkraft der Zensiten. Ein Vergleich von NRW mit anderen Ländern des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (Dr. Paul Wiel, 1949, 24 S.).

310 Zur ökonomischen Bedeutung der Reformen von 1948 vgl. auch Giersch/Paqué/Schmieding 1992, S. 36–44.

311 Dazu knapp Pohl 2001. Vgl. auch: Möller 1976; Buchheim 1988 und ders. 1989.

312 In realen Größen war der Rückgang des Sozialprodukts noch größer; es sank nämlich gemessen in stabilen Preisen (Index 1913) im bezeichneten Zeitraum auf weniger als die Hälfte.

313 Nämlich als Rechnungseinheit, Wertaufbewahrungsmittel und Tauschmittel zu dienen.

erfolgreiche Währungssanierung noch nicht gegeben waren. Ein einigermaßen hinreichendes Warenangebot und die Beseitigung der Schattenwirtschaft waren notwendige Bedingungen, und eine Regulierung des Lastenausgleichs der Kriegsfolgen für unterschiedlich betroffene Bevölkerungsteile schien ebenfalls dringend geboten. Zudem sollte ja Deutschland „als Ganzes“ bewahrt werden, was eine gleichzeitige Währungsreform in allen vier Besatzungszonen vorausgesetzt hätte.

Über eine Reform der zerrütteten Währung hatte man sich auch im RWI beizeiten Gedanken gemacht und bereits im Januar 1946 waren dazu erste Vorschläge gemacht worden.³¹⁴ Dem Autor war dabei völlig klar, dass es sich bei der Lösung der Währungsfrage nicht allein um ein monetäres, „vom fiskalischen oder geldlichen Standpunkt“ zu lösendes Problem handelte, sondern dass auch eine „Betrachtung von der Güterseite her erforderlich“ war, d. h. die Währungsfrage auch ein realwirtschaftliches Problem darstelle. Da keine exakten Zahlen vorlagen, war man hinsichtlich der Größenordnung des Problems auf Schätzungen angewiesen, doch unzweifelhaft erschien, dass die deutsche Reichsschuld (geschätzt ca. 560 Mrd. RM) in keinem vernünftigen Verhältnis zur Wirtschaftskraft des Landes (geschätzt weniger als 70 Mrd. RM) stand und daher ein „Konkurs des Reiches“ zu konstatieren war. Eine gänzliche Streichung der Schuld schien dem Autor zwar „unsozial und gefährlich“ zu sein, ihre Bedienung und Tilgung unter den herrschenden Umständen aber illusorisch. Hinzu komme das Problem der Beseitigung des gegenwärtigen Geldüberhanges von ca. 57 Mrd. RM.

Eine überzeugende Lösung der zutreffend beschriebenen Probleme vermochte der Autor jedoch auch nicht anzubieten. Da eine Streichung der Schulden nicht tragbar erschien, wurde eine langfristige Tilgung unter Aussetzung des Schuldendienstes durch eine Vermögensabgabe erwogen, deren deflationäre Wirkungen aber als zu gefährlich angesehen wurden, sodass eine Tilgung über erhöhte Steuern bevorzugt wurde. Entscheidend für die Tragfähigkeit der Schuldenlast seien damit Höhe und Entwicklung des Volkseinkommens. Letztere müsse vor allem gefördert werden und dazu seien im Besonderen eine forcierte Kapitalbildung und der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nötig. Schuldentilgung sei praktisch gleichbedeutend mit Wiederaufbau und das Finanzproblem sei zugleich ein Problem der staatlichen Kapitallenkung. „Aus vielerlei Gründen ist dabei eine staatliche Produktionslenkung erforderlich“ – ein wenig überraschendes Plädoyer für eine staatlich gelenkte Wirtschaft angesichts der Erfahrungen mit der deutschen Kriegswirtschaft und den Intentionen der britischen Militärverwaltung in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Doch

314 RWI 51/21 a: Paul Wiel, Das deutsche Finanzproblem, Essen 1946. Ein Gutachten gleichen Titels war wohl schon 1945 erstellt worden, vgl. RWI, Akte Arbeiten des Instituts und der Mitglieder, Bd. II: Nr. 10 (Sign. 121/10): Das deutsche Finanzproblem (17 S.). Zu Nr. 7 (Sign. 121/7): Reichsschulden: Zur Frage der bilanzmäßigen Bewertung der Forderungen an das Reich, Bericht der Schmalenbach-Commission, fehlt leider der Text. Es findet sich lediglich ein Vermerk vom 7.4.47: „Einziges Exemplar im Besitz von Prof. Dr. Däbritz“.

die Entwicklung von Wirtschaft und Währung in Westdeutschland folgte einer ganz anderen Richtung.

Zwar hatten die alliierten Behörden durch Steuererhöhungen die umlaufende Geldmenge deutlich vermindern und zugleich damit die Finanzierung öffentlicher Ausgaben verbessern können, doch lag der Geldumlauf im deutschen Währungsgebiet Anfang 1948 immer noch bei ca. 65 Mrd. RM, während 1947 das Sozialprodukt nominal nur ca. 47 Mrd. RM betragen hatte. Eine Reform der Währung blieb unabweisbar und zahlreiche Vorschläge zur Begründung einer neuen Währung wurden gemacht.³¹⁵ Insgesamt wurden vor allem drei Möglichkeiten der Beseitigung des Geldüberhangs diskutiert, nämlich eine Anpassung durch planmäßige Preissteigerungen, eine Abschöpfung durch eine radikale Steuererhöhung oder durch die Erklärung eines Staatsbankrotts mit anschließender Deflation.³¹⁶ Doch vor allem die Amerikaner nahmen sich dieser wichtigen Sache an. Sie entsandten eine Expertenkommission³¹⁷ nach Deutschland, die einen entsprechenden Plan ausarbeitete, der zur Grundlage der folgenden Währungsreform wurde. Die deutschen Experten spielten dabei nur eine Nebenrolle und diese beschränkte sich darauf, die notwendigen Begleitgesetze zur Einführung der neuen Währung auszuarbeiten. Dies geschah auf einer Geheimkonferenz in Rothwesten bei Kassel im Frühjahr 1948.³¹⁸ Zentrale Elemente einer Neuregelung der Geldverfassung waren die Streichung/Abwertung der Altguthaben (auf 10 Prozent, später noch auf 6,5 Prozent reduziert), die Annullierung der Reichsschuld und die Sanierung der Banken durch sogenannte Ausgleichsforderungen. Das Problem des Lastenausgleichs wurde noch nicht angegangen und die Regelung stattdessen einer zukünftigen deutschen Regierung überlassen. Durch Militärgesetz vom 1. April 1948 wurde die Reichsbank liquidiert³¹⁹ und die Bank Deutscher Länder trat als neue Zentralbank an ihre Stelle.³²⁰ Im Vorfeld hatte es eine kontroverse Diskussion um die Stellung der neuen Zentralbank gegeben und die deutschen Behörden hatten sich für eine enge Bindung der Bank an die Regierung ausgesprochen, während vor allem die Amerikaner auf die Unabhängigkeit der Zentralbank drängten, und auch in der frühen Bundesrepublik gab es dann seitens der Regierung noch mehrfache Versuche einer Einbindung der Zentralbankpolitik in die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung.³²¹ Die neue Währung war noch eine reine Binnenwährung, international wurde sie wenig geschätzt und war nicht frei konvertibel. Bis zu einer Konvertibilität

315 Möller 1961.

316 Boelcke 1985, S. 161–177 und S. 187–207.

317 Mitglieder waren der ehemals deutsche Nationalökonom Gerhard Colm, der amerikanische Bankier und Wirtschaftsexperte Joseph Doge und der Finanzwissenschaftler Raymond Goldsmith. Die praktische Durchführung wurde im Wesentlichen von Edward A. Tennenbaum organisiert. Genauer dazu Hoppenstedt 1997, S. 194–213.

318 Die Konferenz tagte vom 20.4. bis 8.6.1948. Genauer dazu: Wandel 1980, S. 106–110.

319 Boelcke 1985, S. 198.

320 Wandel 1980.

321 Buchheim 2000.

waren noch wichtige weitere Schritte nötig, so die Regulierung der internationalen Schulden der Vorkriegszeit und eine Liberalisierung des Außenhandels, doch das Wirtschaftswunder konnte beginnen.³²²

Außenwirtschaftsordnung³²³

Der vorausgegangene Krieg hatte bis auf die USA alle daran beteiligten Staaten ökonomisch schwer in Mitleidenschaft gezogen. Deshalb fiel den Amerikanern auch bei der Reorganisation der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zwangsläufig die Führungsrolle zu.³²⁴ Die USA allein waren in der Lage, die Nachfrage nach notwendigen Wirtschaftsgütern ihrer Verbündeten wie auch die der unterlegenen Staaten zu befriedigen, nur fehlte es denen an internationaler Liquidität, eine gewaltige Dollarlücke tat sich auf. Deutschland war diesbezüglich in einer besonders prekären Situation, denn seit Frühjahr 1945 war das Land mit einem Außenhandelsverbot belegt und in den Jahren 1945 und 1946 konnte von einem Außenhandel nicht die Rede sein.³²⁵ Subsistenzmittel wurden von den Alliierten bereitgestellt und der gesamte grenzüberschreitende Güterverkehr wurde durch die Militärbehörden abgewickelt. Dabei mussten alle deutschen Ausfuhren in US-Dollar bezahlt werden (Dollar-Klausel), um eine Ausbeutung der besetzten Gebiete zu verhindern und zudem galt das „First Charge Principle“, nach dem alle Exporterlöse zunächst dem Import lebensnotwendiger Güter nach Deutschland dienen mussten und nicht den Reparationsforderungen verschiedener Siegerstaaten. Diese Regelungen bildeten einen gewissen Schutz der deutschen Volkswirtschaft gegenüber den Bedürfnissen westeuropäischer Staaten und wurden von diesen auch heftig kritisiert, zugleich behinderten sie aber auch alle deutschen Exportbemühungen. In Europa dominierte unter den geschilderten Verhältnissen insgesamt ein bilaterales Handelssystem mit einer Devisenzwangswirtschaft. Mit der Gründung der Bizone begann sich auch das Außenwirtschaftsregime in Westdeutschland zu verändern. Im April des Jahres 1947 wurde die Joint Export Import Agency geschaffen, die nunmehr unter alliierter Kontrolle eine schrittweise Liberalisierung des deutschen Außenhandels betrieb. Die Erfolge waren zunächst noch gering, denn die Exporte blieben insgesamt noch schwach, auch wenn sie 1947 relativ gegenüber dem Vorjahr um stattliche 37 Prozent gewachsen waren. Vor allem die Dollarklausel diskriminierte die deutschen Waren im Ausland.

Eine gänzlich neue Situation entstand nach der Währungsreform, als im Zuge einer deutlichen Expansion der industriellen Produktion auch die deutschen Expor-

³²² So eine etwas voreilige Charakterisierung bei Benz 2009, S. 172.

³²³ Ein Überblick zu „Returning to the world market“ bei Giersch/Paqué/Schmieding 1992, S. 88–108.

³²⁴ Ausführlich dazu Buchheim 1990 und neuerdings knapper Abelshauser 2016, S. 498–515.

³²⁵ Jerchow 1978.

te³²⁶ deutlich anstiegen. Die westeuropäischen Volkswirtschaften empfanden diese sehr schnell als neue Konkurrenz und erhoben deshalb recht bald Forderungen nach einer Begrenzung derselben.³²⁷ Diese hätte aber den Interessen der USA widersprochen, die nach dem Krieg alles daran gesetzt hatten, ein multilaterales Weltwirtschaftssystem zu etablieren. Dazu waren die Konvertibilität der Währungen sowie der Abbau von Zöllen und Handelshemmnissen eine unabdingbare Voraussetzung. Dem ersten Ziel sollte ein internationales Währungssystem dienen, das noch während des Krieges auf der Konferenz von Bretton Woods (1. bis 22. Juli 1944) begründet worden war. Für die Umsetzung des zweiten Ziels bedurfte es noch langwieriger Verhandlungen, die 1947 in Genf ihren Anfang nahmen und an denen auch die Bundesrepublik Deutschland seit 1951 beteiligt war.³²⁸

Ein Gemeinschaftsgutachten der Forschungsinstitute der britischen Zone³²⁹ zur Beschäftigungspolitik war zwar durch die Währungsreform im Juni 1948 überholt worden, doch die darin erörterten Zusammenhänge zwischen Beschäftigung und Außenhandel blieben gleichwohl aktuell und verdienten eine gesonderte Darstellung,³³⁰ denn die künftige Außenwirtschaft, insbesondere der Außenhandel sei für Deutschland von überragender Bedeutung. Für eine befriedigende Lebensgrundlage biete nämlich die natürliche Ausstattung des deutschen Wirtschaftsraumes keine ausreichende Grundlage und das galt für das verkleinerte Wirtschaftsgebiet nach dem Kriege noch vielmehr als zuvor. Man war also auf Außenhandel angewiesen, aber nicht auf „Export um jeden Preis“, sondern sah in einem „gesunden Außenhandel“ ein „unentbehrliches und taugliches Mittel im Rahmen erfolgreicher Beschäftigungspolitik“. „Voraussetzung hierfür ist allerdings eine von politischen Hemmungen freie Gestaltung von Produktion und Außenwirtschaft“, wovon Westdeutschland zum damaligen Zeitpunkt aber noch meilenweit entfernt war. Eine „gleichmäßige, aufeinander abgestimmte Entwicklung des Außenhandels und der Binnenwirtschaft“,³³¹ ohne Präferenz für Ausfuhrsteigerung und ohne Drosselung des Konsums zugunsten der Ausfuhr wurde als Ziel benannt.

326 Darauf richtete auch das RWI alsbald seine Aufmerksamkeit, z. B. RWI, Akte Arbeiten des Instituts und der Mitglieder, Bd. II, Nr. 33 (Sign. 121/33): Karl-Heinz Flecken, Der Gütertausch des Ruhrbezirks mit dem Ausland (11 S.), wobei schon bald die geringe Einbindung der Region in den deutschen Außenhandel zum Thema wurde: RWI, Akte Arbeiten des Instituts und der Mitglieder, Bd. III, Nr. 46 (Sign. 121/46): Die sinkende Export-„quote“ Nordrhein-Westfalens im Vergleich zur gesamten westdeutschen Ausfuhr – ihre Ursachen und Möglichkeiten zur Überwindung (1954), (29 S. und 16 S. Zahlenanhang).
327 Zum deutschen Außenhandel zwischen 1945 und 1949: Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften 1950, S. 249 – 288.

328 Lindlar 1997, S. 163 – 171.

329 Es handelte sich neben dem RWI erneut um die Forschungsstelle für allgemeine und textile Marktwirtschaft an der Universität Münster in Vreden, das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel und die Sozialforschungsstelle an der Universität Münster in Dortmund.

330 RWI 51/37: Hermann Bohrer, Außenhandel und Beschäftigungspolitik, Essen 1948.

331 Ebda.

Dazu sei ein multilaterales Handelssystem vonnöten, denn die Erfahrungen der 1930er Jahre mit Bilateralität und Autarkie ebenso wie die Großraumpolitik der NS-Zeit hatten nicht zu den erwünschten Ergebnissen geführt. „Die bisher weitgehende Reglementierung der Produktion und des Verbrauchs [in Deutschland] muss vermieden werden.“ Doch der „Weg zu ungehinderter Ein- und Ausfuhr ist für ein kapitalschwaches Land ohne Reserven,³³² dessen Außenpositionen durch die Konkurrenz besetzt wurden [wie Westdeutschland nach dem Krieg], schwierig“. Dazu schien eine handelspolitische Unterstützung durch die Gläubigerländer nötig, mit dem Ziel ein multilaterales System mit freier Konvertibilität der Währungen zu schaffen. Eine stabile Währung sei hierfür eine unabdingbare Voraussetzung, die überdies auch die Dollarklausel für die deutschen Exporte überflüssig mache. Die Entwicklung der weltwirtschaftlichen Nachfrage nach Produktionsgütern begünstige Deutschland als Exporteur. Vor dem Krieg war Deutschland ein bedeutender Exporteur von Fertigprodukten gewesen, doch die nun relativ hohe Ausfuhr von Rohstoffen und Halbwaren widersprach dieser Tradition.

Insbesondere Zwangsausfuhren unter Weltmarktpreisen erwiesen sich in diesem Sinne als fatal. Es galt für die deutsche Industrie vielmehr, alsbald wieder Anschluss an die ehemaligen Spitzenleistungen zu gewinnen und dementsprechend Spezialitäten auf allen Gebieten anzubieten. Dazu war allerdings die Revision des Industriepans eine entscheidende Voraussetzung. Darüber hinaus hemmte die Zwangsbewirtschaftung der Rohstoffe ebenfalls das Exportgeschäft. Dem skizzierten liberalen Außenwirtschaftssystem standen jedoch noch zahlreiche weitere Hemmnisse entgegen, die es zu beseitigen galt. Eine „Belebung des Außenhandels von seinen derzeitigen vielfachen Bindungen durch Belebung des privatwirtschaftlichen Interesses und der unternehmerischen Initiative“ erschien dem Autor dringend geboten, denn eine „erfolgreiche Beschäftigungspolitik ist für Deutschland ohne einen gesunden Außenhandel nicht möglich“.³³³

Wirtschaftshilfe

Einen positiven Akzent für die Erholung der deutschen Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg und für den Wiederaufbau setzte zweifellos der Marshall-Plan, so notwendig und wichtig auch die erfolgreiche Überwindung der Kriegslasten gewesen sein mag.³³⁴ Den Ausgangspunkt für dieses amerikanische Hilfsprogramm für Europa, nicht allein und nicht in erster Linie für das besiegte Deutschland, bildete eine Rede, die der damalige US-Außenminister Henry Marshall im Juni 1947 gehalten hatte. Vordringliches Ziel der USA sei die Überwindung der ökonomischen Krise und die Begründung eines stabilen und prosperierenden Europas. Dieses Ziel sei nur durch

³³² Dazu vgl. auch RWI, Akte Arbeiten des Instituts und der Mitglieder, Bd. II, Nr. 31 (Sign. 121/31): Dr. Klag, Ausländische Kapitalbeteiligungen in Nordrhein-Westfalen (1948) (3 S.).

³³³ RWI 51/37: Hermann Bohrer, Außenhandel und Beschäftigungspolitik, Essen 1948.

³³⁴ Gimbel 1976.

ökonomische Kooperation und Integration zu erreichen. Voraussetzung für die amerikanische Unterstützung bleibe allerdings, dass sich die europäischen Staaten zusammenschlossen und ein gemeinsames Hilfsprogramm entwerfen würden. Dies geschah dann im Rahmen des European Recovery Program (ERP). Dieses Angebot hatte sich ursprünglich an alle europäischen Staaten einschließlich der Sowjetunion gerichtet; seine auf privat-kapitalistischer Initiative fußende Ausrichtung ließ allerdings für einen kollektiv-sozialistisch orientierten Staat wie die Sowjetunion wenig Raum. Deshalb kann es nicht verwundern, dass sich diese und in ihrem Gefolge, wenn auch gelegentlich zögernd, die osteuropäischen Staaten ebenfalls diesem Angebot verweigerten.

Zur Planung eines Wiederaufbauprogramms trafen sich die interessierten Staaten im Sommer 1947 in Paris und gründeten dort am 22. September eine supranationale Behörde, die Organization for European Economic Cooperation (OEEC). Das European Recovery Program wurde am 3. April 1948 vom amerikanischen Kongress verabschiedet. Der Umfang der Dollarlücke der verschiedenen Länder bestimmte im Wesentlichen die Höhe der finanziellen Unterstützung durch die USA. Die erhaltenen Mittel mussten überwiegend für Käufe bestimmter Waren, zumeist von Nahrungsmitteln und Rohstoffen, in den USA verwandt werden. Die Gesamthöhe der ERP-Mittel für Europa summierte sich bis 1952 auf insgesamt 14 Mrd. US-Dollar, von denen der Löwenanteil nach Großbritannien (3,4 Mrd.) und Frankreich (2,8 Mrd.) floss; Westdeutschland rangierte mit 1,4 Mrd. US-Dollar erst nach Italien an vierter Stelle der Empfänger. Intern wurde in den Empfängerländern so verfahren, dass die Bezieher der Warenlieferungen diese in heimischer Währung bezahlen mussten und diese Beträge den Regierungen zur Verfügung standen, um damit Schulden zu tilgen oder andere Staatsausgaben zu finanzieren. In Deutschland wurden die „Gegenwertmittel“ einem zentralen Fonds zugeführt, aus dem die eigens dazu geschaffene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gezielt langfristige Investitionsprojekte finanzierte.

„Was der amerikanische Steuerzahler für den Wiederaufbau Europas bisher [1950] schon geleistet hat, ist in der Geschichte einzigartig“ – so die Bewertung der amerikanischen Hilfsmittel durch ein Expertengutachten fünf Jahre nach Kriegsende.³³⁵ Besonders bemerkenswert erschien, dass diese Hilfe auch den besiegten Gegnern gewährt wurde. Die entsprechenden ERP-Mittel wurden von den Amerikanern gezielt auch zur Förderung des innereuropäischen Warenaustauschs eingesetzt. Die Zuweisung der entsprechenden Hilfgelder wurde teilweise an die Bedingung geknüpft, diese als „Ziehungsrechte“ zum Ausgleich mit Handelsbilanzungleichgewichten zwischen den europäischen Partnerländern einzusetzen. Damit war quasi eine Kunstwährung geschaffen, die half, die Folgen der Dollarlücke zu mindern und Devisenmangel und Importbeschränkungen entgegenzuwirken. Im Juli 1949 wurden

335 RWI 51/40 b: Lebensfähigkeit und Vollbeschäftigung. Ein Beitrag zur Frage des Wiederaufbaus in Westdeutschland, Bonn 1950, S. 52. Eine wesentlich skeptischere Einschätzung der Wirkungen des Marshallplans für den Wiederaufbau bei Abelshauser 2016, S. 486–492.

25 Prozent dieser Ziehungsrechte multilateralisiert, sodass sie in jedem Gläubigerland in Anspruch genommen werden konnten und nicht nur in demjenigen, dem sie ursprünglich gewährt worden waren. Doch eine grundlegende Lösung der Zahlungsbilanzprobleme war damit noch nicht gelungen.

Internationales Zahlungssystem

Die durch die Amerikaner forcierte Liberalisierung des Außenhandels zwischen den westeuropäischen Staaten setzte auch ein funktionierendes internationales Zahlungssystem voraus. Zu diesem Zweck wurde 1950 von der Marshall-Plan-Behörde die Europäische Zahlungsunion (EZU) gegründet.³³⁶ Der Zahlungsverkehr wurde dadurch multilateral über Konten bei der Bank für internationalen Zahlungsverkehr (BIZ) in Basel abgewickelt und sollte den Handel der beteiligten Staaten durch ein Clearing untereinander, ohne Inanspruchnahme von US-Dollar-Beständen, erleichtern. Wegen des enormen unmittelbaren Importbedarfs in Deutschland geriet die Bundesrepublik bereits 1950 in eine schwere Zahlungsbilanzkrise. Um die gerade begonnene Liberalisierung des Außenhandels nicht zu gefährden, wurde dem Land unter Auflagen ein Sonderkredit in Höhe von 120 Mio. US-Dollar gewährt. Die günstige Entwicklung der deutschen Exporte der folgenden Jahre löste das Problem der Zahlungsbilanz und die Ablösung des Notkredits gelang ohne Schwierigkeiten.

Auslandsschulden

Im Unterschied zu den übrigen Staaten wurden Deutschland die Beträge des ERP-Programms nicht geschenkt, sondern eine Rückzahlung war nach einer hinreichenden Verbesserung der wirtschaftlichen Lage vorgesehen. Tatsächlich wurde sie aber nur zu einem Drittel geleistet, weil auch diese Forderungen in den Schuldenerlass des Londoner Schuldenabkommens 1953 einbezogen wurden. Der Umfang der Auslandsschulden des Deutschen Reiches, die noch aus der Zwischenkriegszeit stammten und auf vielfältigen Kreditgewährungen privater und öffentlicher Art beruhten, belief sich 1945 auf etwa 32 Mrd. RM. Ihre reguläre Bedienung war 1933 von den neuen Machthabern ausgesetzt, ein Transferverbot erlassen sowie Zinsen und Tilgung auf Inlandskonten festgelegt worden. Auch in der Nachkriegszeit hatten sich weitere deutsche Auslandsschulden von ca. 14,5 Mrd. DM im Rahmen der Militärhilfe (GAR-IOA) und des Marshall-Plans (ERP) angehäuft. Die Londoner Schuldenkonferenz regelte 1953 nun in einer für Deutschland außerordentlich günstigen Weise die deutschen Auslandsschulden und stellte damit die internationale Kreditfähigkeit des Landes wieder her.³³⁷ Die Schuldenlast wurde deutlich reduziert, von ca. 32,3 Mrd. DM

³³⁶ Hentschel 1989 und Emminger 1986, S. 46–61. 1958 wurde die EZU wieder aufgelöst, weil sie wegen nun uneingeschränkter Konvertibilität des US-Dollars überflüssig geworden war.

³³⁷ Dazu umfassend Abs 1991.

auf 14,5 Mrd. DM, zugleich ein günstiger Tilgungsplan vereinbart und die sogenannte Goldklausel außer Kraft gesetzt, nach der ein Teil der Kredite an den Goldpreis gebunden war und höhere Tilgungsraten nötig gemacht hätte. Zu Beginn der 1950er Jahre war eine solche günstige Regelung der Schuldenfrage wohl noch möglich; wenige Jahre später, angesichts steigender deutscher Exportüberschüsse und beeindruckender Wachstumszahlen, wäre das wohl weitaus schwieriger durchzusetzen gewesen.

Über die Wirkung der amerikanischen Aufbauhilfe für die westdeutsche Wirtschaft und ihre Bedeutung für den Wiederaufbau hat es widersprüchliche Interpretationen gegeben. Werner Abelshauser hat früh eine Relativierung der Bedeutung der ERP-Mittel für den Wiederaufbau in Westdeutschland vorgenommen.³³⁸ Er wies darauf hin, dass ein nachhaltiger Wirtschaftsaufschwung der westdeutschen Wirtschaft bereits im Jahr 1947 eingesetzt habe, also vor der Begründung des Marshall-Plans, und dass dieser später allenfalls fördernd das weitere Wachstum der deutschen Wirtschaft begleitet habe. Ein autonomer Aufschwung in Westdeutschland sei vor allem deshalb möglich gewesen, weil der Kapitalstock dort weit weniger zerstört gewesen war als allgemein angenommen und weil eine qualifizierte Arbeiterschaft in ausreichendem Maße zur Verfügung gestanden habe. Der dramatische Anstieg der Produktionszahlen nach der Währungsreform und in etwa zeitgleich mit dem Beginn der Marshall-Plan-Hilfen spiegle seiner Meinung nach nur ein statistisches Artefakt, weil die Produktion des vorausgehenden Zeitraums wegen der Hortung in Erwartung einer Währungsreform systematisch unterschätzt worden sei.

Montanunion

Auf einer ganz anderen Ebene als in der Zusammenarbeit im ERP-Programm und im politisch wenig bedeutenden Europarat³³⁹ deutete sich am Ende der unmittelbaren Nachkriegszeit eine tragfähige Möglichkeit zur Überwindung der wirtschaftlichen und politischen Isolation Westdeutschlands und der Rückgliederung in die westliche Staatengemeinschaft an. Es handelte sich um eine Initiative zu einer internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Bereich der Montanindustrie,³⁴⁰ die von Frankreich angestoßen wurde und mit dem Namen des französischen Außenministers Robert Schuman verbunden war: der Schuman-Plan.³⁴¹ Darin wurde der Vorschlag unterbreitet, die deutsche und französische Kohle- und Stahlindustrie einer gemeinsamen obersten Aufsicht zu unterstellen und zugleich anderen Ländern die

³³⁸ Abelshauser 1975, S. 42–50 und pointiert S. 60–62 sowie ders. 2004, S. 130–151.

³³⁹ Zum Europarat vgl. Elvert 2006, S. 46–52.

³⁴⁰ Erste Überlegungen dazu gab es im RWI bereits 1950, vgl. RWI, Akte Arbeiten des Instituts und der Mitglieder, Bd. II, Nr. 39 (Sign. 121/39): Dr. Klag, Zur deutsch-französischen Stahlunion (Mai 1950). Der Text des Gutachtens fehlt hier allerdings. Vorüberlegungen dazu offenbar Nr. 17 (Sign. 121/17): Kohlen- und Eisenindustrie, ein Jahr europäischer Industriegebiete.

³⁴¹ Knipping 2004 und knapp Elvert 2006, S. 52–57. Först 1990, S. 87–90.

Möglichkeit zu eröffnen, diesem Abkommen beizutreten. Ein gemeinsamer Markt für Kohle und Stahl, ohne Zollschränken und ohne Diskriminierungen, wurde zum Ziel erklärt. Damit wäre zugleich die Möglichkeit geschaffen, einer möglichen Wiederbewaffnung Deutschlands enge Fesseln anzulegen und zugleich der sich abzeichnenden Überproduktion im Stahlbereich entgegenzuwirken.

Verschiedene Faktoren waren es, die für die französische Initiative maßgebend waren.³⁴² Erstens folgte sie einer Aufforderung der USA an Frankreich, in der politischen Weiterentwicklung Europas eine Führungsrolle zu übernehmen, wozu Großbritannien sich nicht bereitgefunden hatte, zweitens hatten sich akute Spannungen zwischen Deutschland und Frankreich insbesondere über den Status des Saargebiets ergeben, denen man auf diese Weise beizukommen suchte, und drittens spielten darüber hinaus auch persönliche Intentionen der französischen Partner eine Rolle. Jean Monnet (1888–1979) als Koordinator der französischen Wirtschaftsplanung wollte offenbar damit der französischen Stahlindustrie einen dauerhaften Zugang zur Kokskohle an der Ruhr sichern und Außenminister Robert Schuman (1886–1963) suchte eine dauerhafte Annäherung Frankreichs an Deutschland, um zu einer Befriedung der politischen Lage in der Mitte Europas beizutragen.³⁴³

Eine erste Konferenz in Paris im Juni 1950 sollte einen Vertrag über die Einrichtung der geplanten „Hohen Behörde“ ausarbeiten, fand aber ohne britische Beteiligung statt, weil die Labour-Regierung ein derartiges Ansinnen ablehnte. Dennoch wurde eine Übereinkunft über die Organisation der Montanunion erzielt und neben der supranationalen Hohen Behörde ein Ministerrat als dessen Korrektiv seitens der nationalen Regierungen, eine parlamentarische Versammlung als Repräsentativorgan der nationalen Parlamente und ein eigenständiger Gerichtshof vorgesehen. Als ungelöste Fragen standen noch die Einbindung des Saarbergbaus, der sich unter französischer Direktion befand, und die Rolle der internationalen Ruhrbehörde im Raum. Schon im April 1951 konnte der Vertrag zur Einrichtung der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (EGKS) unterzeichnet werden, doch seine Ratifizierung durch die Parlamente der Mitgliedsstaaten zog sich noch bis 1952 hin, sodass der 23. Juli 1952 als Gründungsdatum der Montanunion gilt.³⁴⁴ Ein günstiges konjunkturelles Klima in der europäischen Montanindustrie hatte entscheidend zu dieser Entwicklung beigetragen und in einer „kurzen Blüte der Montanunion“ ein Modell für weitere Schritte der europäischen Integration entstehen lassen.³⁴⁵

³⁴² Knipping 2004, S. 61–66.

³⁴³ Abelshauser 2016, S. 519–521.

³⁴⁴ Zum 10. Februar 1953 wurde durch die Aufhebung der Binnenzölle und Kontingente zunächst ein gemeinsamer Markt für Kohle, Schrott und Eisenerze geschaffen und ipso facto damit die internationale Ruhrbehörde aufgehoben. Ab 1. Mai desselben Jahres galt dies auch für alle Stahlprodukte.

³⁴⁵ Zur amerikanischen Sicht: Der amerikanische Hochkommissar für Deutschland (Hg.), Bericht über Deutschland, Nr. 5 (Okt./Dez. 1950), S. 105f.: Der Schuman-Plan; Nr. 6 (Jan./März 1951), S. 103–109: Der Schuman-Plan gewinnt Gestalt; Nr. 7 (April/Juni 1951), S. 15–22: Der Schuman-Plan vor der Ratifizierung und Nr. 9 (Okt./Dez. 1951), S. 29–39: Deutschland und die Europäische Gemeinschaft.

Diese Initiativen fanden sehr bald auch in der Arbeit des RWI ihren Niederschlag und Walther Däbritz selbst nahm sich nach einer längeren Phase publizistischer Enthaltensamkeit in einem Vortrag vor der „Gemeinschaft Europa-Union“ am 21. Januar 1948 in Essen des Themas an.³⁴⁶ In gewohnter Weise mit einem ausführlichen historischen Rückblick auf die letzten 150 Jahre stellte er fest, dass Europa als außenhandelsmäßig am höchsten entwickelte Region der Weltwirtschaft, nachdem es im Zweiten Weltkrieg in Bruchstücke auseinandergefallen war, dringlich vom Wunsch nach einem neuen Zusammenschluss geprägt sei. Er kam zu dem Schluss: „An diesen Plänen mitzuwirken, hat kein anderes Land so sehr Anlass wie Deutschland.“ Im Aug./Sept. 1950 kam das RWI erneut auf diese französische Initiative zu sprechen.³⁴⁷ Der Schuman-Plan wurde in den *Mitteilungen* weniger verbrämt als ein weiterer Schritt zur von den Amerikanern vorangetriebenen Koordination der Wirtschaftspolitik in Westeuropa betrachtet, wie diese z. B. in der bereits 1950 von der OEEC forcierten „Harmonisierung der Finanz-, Wirtschafts-, Sozial- und Investitionspolitik“ zum Ausdruck kam. Die französische Initiative wurde darin lediglich als ein „konstruktiver Wandel in den Methoden zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes“ bewertet.³⁴⁸

Was die strukturellen Bedingungen der Kohlewirtschaft in den verschiedenen europäischen Staaten anbetraf, so ging man davon aus, dass hier das Ruhrrevier eindeutig dominieren werde. Wegen der Kostendifferenzen zwischen den Revieren könne „eine unbeschränkte Wettbewerbswirtschaft nicht die Lösung“ sein und langfristig seien eher „erhebliche Wachstumshemmungen“ zu erwarten. Dazu trügen sowohl die Konkurrenz neuer Energieträger (Erdöl, Wasserkraft) als auch Einsparungen im Brennstoffverbrauch bei. Schwierigkeiten seien deshalb hinsichtlich notwendiger Stilllegungen von unrentablen Bergwerken zu erwarten, da die Ruhrzechen wohl die günstigsten Kohlepreise bieten könnten. Der Versuch einer Harmonisierung der europäischen Stahlproduktion durch die OEEC müsse als gescheitert angesehen werden. Während die deutschen Werke unter der alliierten Produktionsbeschränkung und den Demontagen zu leiden gehabt hätten, seien in verschiedenen anderen europäischen Ländern „unorganische Kapazitätserweiterungen“ vorgenommen worden. Im Schuman-Plan war nun für das erste Halbjahr 1950 eine deutsche Stahlproduktion von 5,672 Mio. Tonnen vorgesehen, was einen deutschen Anteil an der europäischen Stahlproduktion von gerade einmal 38,7 Prozent bedeutete, während dieser Anteil vor dem Krieg (1938) bei 54,7 Prozent gelegen hatte. Die entsprechenden französischen Zahlen betrugen für das 1. Halbjahr 1950 4,168 Mio. Tonnen (28,4 Prozent), wohingegen dieser Anteil 1938 nur bei 19 Prozent gelegen hatte. Hinzu komme die Einrichtung einer Ausgleichskasse zur Subventionierung der höheren Kosten der französischen Stahlgewinnung. Eine derartige Regelung habe der *Economist* in London

³⁴⁶ RWI 51/39: Walther Däbritz, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Essen-Kettwig 1948.

³⁴⁷ Mitteilungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung Essen (P 33), 1. Jg. (1950), H. 4/5. Künftig: *RWI Mitteilungen*. Die RWI Mitteilungen sollen zukünftig ebenfalls auf der Internetseite des RWI zur Verfügung gestellt werden.

³⁴⁸ Umfassend: Gillingham 1991.

am 5. August 1950 (S. 2) als einen „Schutzwall für den französischen Raum“ bezeichnet und dies könne doch kaum im deutschen Interesse liegen.

Aus der Sicht der Ruhrindustrie wurde das Vorhaben der Errichtung eines gemeinsamen Marktes für europäische Montanprodukte also eher skeptisch beurteilt und es fanden sich Stimmen, die darin den Versuch Frankreichs sahen, eine gänzliche Vorherrschaft bei der Stahlerzeugung zu gewinnen, und andere Stimmen, die in der Hohen Behörde lediglich eine „Traditionskompanie der Ruhrbehörde“ entdecken konnten. Immerhin kam es im Rahmen der Montanunion zu einigen ersten Schritten im Hinblick auf eine Bereinigung und Liberalisierung der Märkte für Montanprodukte, so zu Stilllegungen unrentabler Zechen und zur Auflösung der zentralen Verkaufsorganisation der Ruhrkohlen.³⁴⁹ Das RWI wandte sich erst in den folgenden Jahren verstärkt auch den Problemen einer europäischen Integration zu.³⁵⁰

4.3.3 Neuanfang und Wiederaufbau

Nicht allein mit der Erörterung einer neuen Marktordnung für die europäische Montanunion richtete sich das Interesse der deutschen Öffentlichkeit vermehrt auf die zukünftigen Herausforderungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Die gravierendsten Folgen des Krieges schienen zunächst einmal überwunden und wesentliche Voraussetzungen für den Wiederaufbau geschaffen. Diese „Normalisierung“ der Verhältnisse spiegelte sich auch in der Arbeit des RWI und seiner Publikationstätigkeit. Im Mai 1950 erschien das erste Heft der *Mitteilungen*,³⁵¹ die nunmehr regelmäßig in überschaubarer Form über die Forschungsergebnisse des Instituts berichten sollten und die damit eine bisher eher spontan geführte Praxis³⁵² systematisch weiterführten. Auch war bereits 1949/50 als „Neue Folge“ der erste Jahrgang der *Konjunkturberichte*³⁵³ wieder erschienen und damit die zwischen 1929 und 1939 bereits praktizierte und 1939 eingestellte Übung einer regelmäßigen Konjunkturberichterstattung wieder aufgenommen worden. Zudem erschienen bald darauf auch separat die *Berichte über die Konjunkturentwicklung im Handwerk*.³⁵⁴ Besondere Einzelveröffentlichungen wurden zudem auch weiterhin publiziert. Damit war ein umfangreiches Publikationsprogramm des RWI etabliert, in dem sich die Arbeit des Instituts, die verwandten wissenschaftlichen Ansätze und Methoden wie auch die Forschungsergebnisse darstell-

³⁴⁹ Först 1990, insbes. S. 90.

³⁵⁰ So z. B. RWI Schriften Nr. 008: R. Regul, Die Montan-Gemeinschaft und das Problem der Teilintegration, Essen 1954 und RWI Schriften Nr. 012: K. Werner, Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), Entwicklung – Fragen – Wege, Essen 1958.

³⁵¹ RWI Sign. P 33.

³⁵² RWI Sign. P 51.

³⁵³ RWI Sign. P 34.

³⁵⁴ RWI Sign. P 35 H. I. Jahrgang (1954), ab XII. Jahrgang (1965) als *Konjunkturberichte über das Handwerk* und ab 22. Jahrgang (1975) als *Die Konjunktur im Handwerk*.

ten und das bis zur wissenschaftlichen Neuorientierung des Hauses zu Beginn des 21. Jahrhunderts im Wesentlichen so fortgeführt wurde.

Zu umfangreicher Gutachtertätigkeit gab es in den turbulenten Zeiten der frühen Bundesrepublik auch reichlich Gelegenheit. Bereits 1950 wandten sich einige Institute der Arbeitsgemeinschaft deutscher wissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.,³⁵⁵ zu deren Gründungsmitgliedern auch das RWI zählte, einer Kernfrage der zukünftigen Wirtschaftsentwicklung zu, nämlich „die Grunderfordernisse für den wirtschaftlichen Wiederaufbau in Westdeutschland zu umreißen“.³⁵⁶ Als augenfälligstes Problem erschien den Gutachtern die Überwindung der gegenwärtig beobachtbaren Massenarbeitslosigkeit in einer verstümmelten und von enormer Zuwanderung bedrängten Wirtschaft.³⁵⁷ Diese Probleme könnten nach Meinung der Gutachter nur durch „eine gewaltige Steigerung des Sozialprodukts“, also durch eine Förderung des Wachstums der Volkswirtschaft überwunden werden. Arbeitskräfte stünden dafür in ausreichendem Maße zur Verfügung, es fehle aber an einer hinreichenden Kapitalausstattung und an den positiven außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Zudem hätten „Drosselungsmaßnahmen“ (Industrieplan, Demontagen) die deutsche Wirtschaft bislang behindert und den Wiederaufbau verzögert.

Als unmittelbare Notwendigkeit bestand weiterhin der Zwang zur Einfuhr von Lebensmitteln, auch wenn die deutsche Landwirtschaft in den folgenden Jahren die Produktion deutlich steigern sollte.³⁵⁸ Zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit sei die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Umfang von ca. 4 bis 5 Mio. nötig. Die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik hatte mit 2,018 Mio. registrierten Arbeitslosen und einer Arbeitslosenrate von über 12 Prozent Mitte Februar 1950 ihren winterlichen Höhepunkt erreicht.³⁵⁹ Zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Förderung des Wachstums sei eine erhöhte Einfuhr von Rohstoffen nötig, sodass sich in den folgenden fünf Jahren für die Wirtschaft der Bundesrepublik ein Importbedarf in Höhe von etwa 3,2 bis 3,6 Mrd. US-Dollar ergebe. Entsprechend müssten auch die Exporte des Landes steigen, Investitionen im Umfang von bis zu 30 Mrd. DM finanziert und das Sozialprodukt auf etwa 150 Prozent des Jahres 1936 gesteigert werden.³⁶⁰ Die Autoren

355 An diesem Gutachten waren nicht alle Institute des Vereins beteiligt, sondern lediglich das Institut für Weltwirtschaft in Kiel, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin, der Bremer Ausschuss für Wirtschaftsforschung und eben das RWI.

356 RWI 51/40 b: Lebensfähigkeit und Vollbeschäftigung. Ein Beitrag zur Frage des Wiederaufbaus in Westdeutschland, Bonn 1950.

357 Die Arbeitslosenrate lag 1950 noch bei über 10 Prozent und die Zahl der Zuwanderer bei ca. 8 Mio. Personen, die knapp 20 Prozent der Bevölkerung ausmachten. Zu den Zahlen: Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften 1950, S. 14 und S. 47.

358 Zum Umfang der landwirtschaftlichen Produktion: ebda., S. 181–194.

359 RWI Mitteilungen, 1950/1, S. 7.

360 Daten zur industriellen Produktion in: Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften 1950, S. 205–226.

der Studie sahen in der „Steigerung des Außenhandels eine der entscheidenden Voraussetzungen für den Wiederaufbau Westdeutschlands“.³⁶¹

Zwei realistische Möglichkeiten für die Ausgestaltung des zukünftigen Außenhandelsregimes des Landes schienen ihnen gegeben zu sein, einmal die „volle Eingliederung Westdeutschlands in den Marshall-Plan-Raum und Liberalisierung des Außenhandels“ und zum anderen, auf einer Initiative der drei Alliierten Hochkommissare beruhend, eine „stark betonte Autarkie“ auf niederem Entwicklungsniveau. Letzteres bedeute eine Absage an jegliche weitere Liberalisierungspolitik, mit der der deutschen Bevölkerung große Opfer auferlegt worden seien. Auch wenn diese Opfer bereitwillig akzeptiert würden, sei mit dieser Strategie ein Rückfall in den Bilateralismus verbunden, einschließlich Protektionismus und Währungsmanipulationen. Die Drosselung des Warenaustauschs bewirke für Deutschland einen ständigen Einfuhrüberschuss und zu dessen Finanzierung müsse man sich nach anderen Märkten hin orientieren (Russland?).

Demgegenüber habe die ERP-Administration „einen sehr weitgehenden Plan einer europäischen Clearing-Union“ vorgelegt, dessen Konsequenzen eine sehr umfassende Liberalisierung des Außenhandels bewirken würden. Der Mangel an internationaler Liquidität werde in diesem Fall durch amerikanische Kredite behoben und eine „radikale Beseitigung aller mit der Devisenbewirtschaftung zusammenhängenden Handelshemmnisse“ sei möglich. Mit diesem Plan hätte „Deutschland die weit bessere Chance, in absehbarer Zeit zur Unabhängigkeit von weiteren Auslandshilfen und zur Vollbeschäftigung zu gelangen“. Dem Ziel der amerikanischen Wirtschaftspolitik, nämlich die „Herstellung einer europäischen Wirtschaftseinheit“, sei nur auf diesem Wege näher zu kommen.³⁶² Dieser Strategie wurde im Weiteren gefolgt und seit Herbst 1949 eine energische Liberalisierung des deutschen Außenhandels vorangetrieben, die sehr bald Deutschland von den „Fesseln des bilateralen Systems“ befreite und reiche Früchte tragen sollte.³⁶³

Erste Erfolge auf dem Weg zu Wachstum und Vollbeschäftigung waren in Westdeutschland zu Beginn der 1950er Jahre unübersehbar. Der Arbeitskreis Konjunkturbeobachtung, der sich im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V. gegründet hatte,³⁶⁴ berichtete, dass sich im Frühjahr 1950 ein deutlicher Wirtschaftsaufschwung beobachten ließ, der vor

361 Daten über den westdeutschen Außenhandel finden sich ebenfalls in: ebda., S. 259 – 277.

362 Es folgten im Gutachten RWI 51/40 b: Lebensfähigkeit und Vollbeschäftigung. Ein Beitrag zur Frage des Wiederaufbaus in Westdeutschland, Bonn 1950, S. 37–51, eine Erörterung der geplanten Maßnahmen der OEEC zur Förderung der Wirtschaft Westdeutschlands und eine Kalkulation der dazu notwendigen Finanzmittel.

363 RWI Mitteilungen 1950/2, S. 1–8.

364 Zu diesem Arbeitskreis zählten neben dem RWI das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung) in Berlin, das Institut für landwirtschaftliche Marktforschung in Braunschweig-Völkenrode, das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel und das Institut für Wirtschaftsforschung (ifo) in München.

allem durch eine verstärkte Ausfuhr und von beachtlichen Investitionsausgaben getragen wurde und der sich in steigender Produktion und Beschäftigung der westdeutschen Wirtschaft niederschlug. Ein weitergehendes Konjunkturbelebungsprogramm sei unter diesen Umständen weniger dringlich.³⁶⁵ Im Herbst des Jahres hatte sich dieser Aufschwung noch einmal erheblich verstärkt und wegen der gleichzeitigen Preissteigerungen seien sogar Maßnahmen der Drosselung des Aufschwungs zu erwägen. Ein Exportboom in Folge der Liberalisierung des Außenhandels hatte die Ausfuhr zum „Motor des Konjunkturaufschwunges“ gemacht.³⁶⁶ Erste Knappheiten im Arbeitsangebot seien ebenfalls bereits erkennbar, obwohl die Arbeitslosenrate noch bei etwa 8 Prozent liege, doch die Qualifikation der Bewerber entspreche nicht immer den gewünschten Fähigkeiten. Strukturelle Arbeitslosigkeit und Dollarknappheit bildeten weiterhin die Hauptprobleme der Wirtschaftspolitik. Und diese Entwicklung hielt mit beschleunigtem Tempo auch bis in den Winter 1950/51 weiter an. Doch der Aufschwung stieß mittlerweile an reale und finanzielle Grenzen, denn der Importbedarf war derartig angewachsen, dass er wegen der Knappheit an Rohstoffen und Vorprodukten kaum noch zu befriedigen war und zudem seine Finanzierung nur noch durch einen kurzfristigen Hilfskredit der EZU möglich wurde und auch Investitionen kaum noch im notwendigen Umfang zu bewerkstelligen waren.³⁶⁷ Besonders drückend wurde der Kohlenengpass empfunden,³⁶⁸ wie überhaupt die unzureichende Kohleförderung, als „Kohleproblem“ wahrgenommen, die zeitgenössische Diskussion beherrschte.³⁶⁹ Trotz des sprunghaften Anstiegs der Förderung nach dem Einbruch 1945/46 und angesichts eines hohen Zechenselbstverbrauchs ebenso wie hoher Zwangsexporte wurde die Förderung weiterhin als unzureichend angesehen.

Doch hinsichtlich der langfristigen Notwendigkeit einer Ausdehnung der Kohleförderung hatte das RWI schon relativ früh ein gewisses Maß an Skepsis erkennen lassen. Bereits im ersten Heft der *RWI Mitteilungen* war im Mai 1950 ein prophetischer Artikel unter dem Titel „Ein Wendepunkt im Steinkohlenbergbau vom ‚Käufermarkt‘ zum ‚Verkäufermarkt‘“ erschienen.³⁷⁰ Wegen der Unelastizität der Kohleförderung wurde darin bereits zu Beginn der 1950er Jahre, trotz des aktuellen Kohlemangels, auf die Möglichkeit eines Angebotsdrucks im Kohlemarkt hingewiesen. Als ebenso bedeutsam wurde das Vordringen alternativer Energieträger, vor allem des Erdöls, angesehen. Doch das schien 1950/51 noch in weiter Ferne zu liegen, denn aktuell wurde weiter über eine Kohleknappheit geklagt. Trotz einer stetig wachsenden Förderung und des Abbaus der vorfindbaren Kohlehalden mussten Bewirtschaftungsmaßnah-

365 RWI Mitteilungen 1950/3, S. 1–7.

366 RWI Mitteilungen 1950/6, S. 3.

367 RWI Mitteilungen 1950/8, S. 1–3.

368 Der amerikanische Hochkommissar für Deutschland (Hg.), Bericht über Deutschland, Nr. 8 (Juli/Sept. 1951), S. 28–39; Die europäische Wirtschaft und das Kohleprogramm und Nr. 9 (Okt./Dez. 1951), S. 46–54; Die Steigerung der Ruhrkohlenförderung.

369 Abelshauser 1975, S. 138–144.

370 RWI Mitteilungen 1950/1, S. 1–6.

men ergriffen werden, auch um einem unkontrollierten Anstieg der Preise für Steinkohlen entgegenwirken zu können. In der Konsequenz ließ sich feststellen: „Im ganzen ist freilich noch mit einer Verschärfung der Kohleknappheit zu rechnen“³⁷¹ – welch eine verhängnisvolle Fehlprognose!

4.4 Wissenschaft und Wirtschaftspolitik im Nachkriegsdeutschland

In der Bundesrepublik Deutschland konnte sich die Wirtschaftspolitik zu einem der wichtigsten Politikfelder entwickeln und wurde für deren Protagonisten in der politischen Arena zu einem Aushängeschild erfolgreichen Handelns. Das war in der Weimarer Republik noch ganz anders gewesen, wo die Außenpolitik und die Finanzpolitik eindeutig in der großen Politik die Szene beherrscht und Fragen des gesamtwirtschaftlichen Wachstums und der individuellen Wohlfahrt eher am Rande des wissenschaftlichen Interesses gestanden hatten.³⁷² Als zukunftssträchtige Entwicklungen im Bereich der Wirtschaftswissenschaften erwiesen sich in diesem Zeitraum in Deutschland Initiativen, die sich der Konjunkturbeobachtung und der Konjunkturanalyse widmeten. Diese wurden an verschiedenen Orten betrieben³⁷³ und insbesondere Ernst Wagemann, Präsident des Statistischen Reichsamtes und Begründer des Berliner Instituts für Konjunkturforschung, hatte sich dabei hervorgetan.³⁷⁴ Hier, im Berliner Institut, wurden zu jener Zeit die ersten wissenschaftlichen Grundlagen für eine umfassende Konjunkturberichterstattung auf der Basis einer gesamtwirtschaftlichen Kreislaufanalyse gelegt, einschließlich der Versuche zur Berechnung eines Sozialprodukts. Während des Krieges, im Rahmen einer gelenkten Kriegswirtschaft, verschoben sich dann dort die wissenschaftlichen Schwerpunkte: Die Konjunkturbeobachtung wurde eingestellt und eine Erfassung der Produktionskapazitäten (Industriezensus 1936) und die Planung der Produktion wurden zum Hauptgegenstand der Arbeit.³⁷⁵ Während der NS-Zeit avancierte die Volkswirtschaftslehre in Deutschland insgesamt eher zum Garanten einer nicht an den Einzelinteressen, sondern an den Bedürfnissen einer „Volksgemeinschaft“ orientierten Wirtschaftspolitik und verlor ihre internationale wissenschaftliche Anschlussfähigkeit.³⁷⁶ Im Gegenteil, sie wurde z.T. zu einem Instrument der Ausbeutung der im Krieg unterworfenen Länder und verbrecherischer Aktionen des Regimes.³⁷⁷ Doch die Nützlichkeit gesamtwirtschaftlicher Analysen sollte sich in der NS-Kriegswirtschaft noch eindrucksvoll er-

³⁷¹ RWI Mitteilungen 1950/8, S. 11.

³⁷² Köster 2011. Neuerdings ausführlich dazu: Holtfrerich 2016.

³⁷³ Kulla 1996.

³⁷⁴ Tooze 2001. Neuerdings: Tooze 2016.

³⁷⁵ Ausführlich dazu weiter oben Rainer Fremdling, S. 48 und S. 19–24.

³⁷⁶ Janssen 1998.

³⁷⁷ Umfassend neuerdings: Ritschl 2016a.

weisen.³⁷⁸ Die auf die Kriegswirtschaft bezogenen Arbeiten des Instituts für Konjunkturforschung, bzw. des nach der inhaltlichen Umorientierung bezeichnenderweise als Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung neu firmierenden Instituts, bildeten auch für das RWI, das ja zunächst lediglich als Außenstelle des Berliner Mutterhauses fungierte, in der Zeit bis 1945 den wissenschaftlichen Bezugsrahmen für die eigene Tätigkeit.³⁷⁹

Daran in der wissenschaftlichen Arbeit des RWI nach 1945 anzuknüpfen, schien in der Nachkriegszeit undenkbar. Ein neues wissenschaftliches Paradigma bot sich den Forschern aber nicht unmittelbar an. Überhaupt ließ sich für die Volkswirtschaftslehre der frühen Bundesrepublik ein bedrückender Mangel an theoretischer Orientierung konstatieren.³⁸⁰ Die Isolation und Fehlorientierung der deutschen Wirtschaftswissenschaften während der NS-Zeit hatten zu diesem Defizit nicht unwesentlich beigetragen. Aus der Rückschau erscheint das wirtschaftswissenschaftliche Arbeiten in der unmittelbaren Nachkriegszeit, d. h. bis zum Beginn der 1950er Jahre, sofern angesichts der Zerstörungen und des Ressourcenmangels überhaupt von einem solchen gesprochen werden kann, eher einem heterodoxen Paradigma verpflichtet, als dass es einer klaren theoretischen Orientierung folgte.

Drei wissenschaftliche Denkrichtungen, „Paradigmen“³⁸¹, wenn man so will, scheinen dabei um Einfluss gerungen und das wissenschaftliche Arbeiten in jeweils eigener Art geprägt zu haben.³⁸² Dabei handelte es sich zunächst einmal um den noch lange nachwirkenden Einfluss der Historischen Schule der deutschen Nationalökonomie, die ihren Höhepunkt in Deutschland zwar an der Wende zum 20. Jahrhundert erlebt hatte, darüber hinaus aber eine weitreichende Bedeutung behielt.³⁸³ Zum Zweiten hatte sich in Deutschland und namentlich auch unter deutschen Wirtschaftswissenschaftlern im Exil eine Form von Ordnungspolitik herausgebildet, die insbesondere der Frage nach einer angemessenen Wirtschaftsordnung in Deutschland nach Überwindung der NS-Diktatur nachging. Und schließlich kam es zu einer ersten Annäherung an die angelsächsisch geprägte Markt- und Preistheorie, zu deren Verbreitung Remigranten und frühe US-Forschungsreisende wesentlich beigetragen hatten. In der frühen Bundesrepublik zeigte sich deshalb also die Volkswirtschaftslehre als eine heterodoxe Mischung unterschiedlicher Theoriefragmente.³⁸⁴

378 Dazu Rainer Fremdling weiter oben, S. 106 – 115.

379 Zu einer Neuorientierung vgl. RWI Schriften Nr. 002: Wirtschaftswissenschaften und Wirtschaftspraxis, Essen 1952.

380 Hesse 2010.

381 Dieser Begriff wurde durch Kuhn (1978) in die wissenschaftstheoretische Diskussion eingebracht.

382 Nützenadel (2007, S. 25 – 51) erläutert die drei Denkrichtungen im Überblick. Von den möglichen kurzfristigen Einflüssen des Marxismus bzw. des Neo-Marxismus in der Bundesrepublik soll hier abgesehen werden.

383 Borchardt 2001a, S. 201.

384 Hesse (2010, S. 17) nennt z. B. frühe keynesianische, (neo)-liberale, historische und z. T. sogar sozialistische Ansätze.

Am Ende der 1940er Jahre stand zunächst allerdings noch die Frage der Ausgestaltung der Wirtschaftsordnung der jungen Bundesrepublik im Raum, denn mit der Währungsreform und einer weitgehenden Aufhebung der Bewirtschaftung wurde auch ein grundlegender Wandel in den Wirtschaftsprinzipien der Gesamtwirtschaft nötig.³⁸⁵ Diese Frage konzentrierte sich vor allem auf die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik im neuen Gemeinwesen, und dazu lagen weit konkretere Denkmodelle vor, als das für die allgemeine Volkswirtschaftslehre zu konstatieren war. In der wirtschaftspolitischen Debatte um die Wirtschaftspolitik in Westdeutschland ließen sich um 1948 vor allem drei unterschiedliche Positionen ausmachen.³⁸⁶ *Erstens* handelte es sich um eine interventionistische, am Keynes'schen Denken orientierte Position, wie sie vor allem durch Erich Preiser³⁸⁷ und die Wirtschaftsforschungsinstitute vertreten wurde; *zweitens* um eine dogmatisch-liberale Position, wie sie Wilhelm Röpke³⁸⁸ repräsentierte, und schließlich *drittens* um eine eher mittlere, pragmatische Position, die insbesondere im Wissenschaftlichen Beirat³⁸⁹ des Bundeswirtschaftsministeriums ihre Verfechter fand.

In der Auseinandersetzung dieser unterschiedlichen Positionen wurde für die junge Bundesrepublik eine neue Wirtschaftsordnung bestimmt. Schon vor 1945 hatten etliche deutsche Juristen und Ökonomen Überlegungen angestellt, wie nach der NS-Diktatur im Rahmen einer demokratischen Gesellschaft eine neue Wirtschaftsverfassung zu begründen sei. Hier spielten die sogenannte Freiburger Schule, der man auch den ersten Wirtschaftsminister des Landes, Ludwig Erhard,³⁹⁰ zurechnen kann, und der Ordoliberalismus³⁹¹ als stilbildende Denkrichtungen eine bedeutende Rolle.³⁹² Eine ganze Reihe liberaler Denker beteiligte sich dann auch in der Nachkriegszeit an der entsprechenden Diskussion.³⁹³ In einem weitgehenden ökonomischen Liberalismus wurde von den Autoren eine adäquate Ergänzung zur demokratischen Ordnung der Gesellschaft gesehen und dem Staat dabei u. a. auch die wichtige Aufgabe der Gewährleistung einer funktionsfähigen Wettbewerbsordnung zugewiesen.³⁹⁴ Das besondere Interesse an der Ordnungspolitik blieb weitgehend auf die deutsche Wirtschaftswissenschaft beschränkt, weil hier die Begründung einer neuen Wirtschafts-

385 Neuerdings dazu: Abelshauser 2016, insb. S. 510–515.

386 Dazu genauer: Giersch/Paqué/Schmieding 1992, S. 26–36 und insb. S. 51–58.

387 Preiser 1950.

388 Röpke 1950.

389 Bundesministerium für Wirtschaft 1973. Darin insb. Bericht vom 8. Mai 1949, S. 37–40; Bericht vom 26. Februar 1950, S. 65–71 und Bericht vom 10. Juni 1950, S. 81–85. Zur Arbeit des Beirats während dieses Zeitraums: Hesse 2016, insb. S. 400–404.

390 Hentschel 1998.

391 Knapp zu diesem Ansatz Starbatty 1994 und Söllner 2001, S. 294–297. Zur inneren Widerspruchlichkeit dieses Konzeptes vgl. Nützenadel 2005, S. 33–42.

392 Eine knappe Darstellung der Diskussion bei Giersch/Paqué/Schmieding 1992, S. 16–44 sowie allgemein Behlke 1961; Ambrosius 1977 und Löffler 2002, S. 40–86.

393 Klump 1985, S. 63–79.

394 Daneben galt es auch, eine stabile Währungs- und Sozialordnung zu etablieren.

ordnung für den jungen Staat von allergrößter Bedeutung war, während die übrigen Industriestaaten bereits über eine bewährte, historisch gewachsene Wirtschaftsverfassung verfügten. Der Ordoliberalismus erwies sich deshalb als eine deutsche Eigentümlichkeit, die die Entwicklung der internationalen Wirtschaftswissenschaften insgesamt nur am Rande berührte und allenfalls in der späteren Institutionenökonomik eine gewisse Renaissance erlebte.³⁹⁵

Das zeigte auch praktische Konsequenzen, galt es doch in Deutschland zunächst eine stabile Geld- und Währungsordnung zu begründen, das Funktionieren der Marktwirtschaft durch eine Wettbewerbsordnung sicherzustellen, zu einer Konsolidierung der zerrütteten gesellschaftlichen Verhältnisse mittels einer maßvollen Sozialpolitik beizutragen und eine angemessene Sozialordnung zu begründen. Die Währungsreform vom Juni 1948 hatte hier die Richtung gewiesen, das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen stellte 1957 einen weiteren Schritt hin zu einer charakteristischen Wirtschaftsverfassung in Westdeutschland dar, und die Einführung einer dynamischen Rente im selben Jahr setzte die Sozialpolitik der vorausgehenden Jahre in einem mutigen dritten Schritt weiter fort.³⁹⁶ Eine „korporative Marktwirtschaft“ nahm Konturen an.³⁹⁷ Denkbare Alternativen zur Gestaltung der bundesrepublikanischen Wirtschaftsordnung, etwa die Sozialisierung von Schlüsselindustrien und eine planwirtschaftliche Lenkung, gemeinwirtschaftliche Konzepte oder ältere Vorstellungen über eine Wirtschaftsdemokratie wie auch einer frühen keynesianischen Globalsteuerung waren damit auf der Strecke geblieben.³⁹⁸ In den angelsächsischen Ländern standen zu jener Zeit nämlich längst nicht mehr die Fragen einer angemessenen Wirtschaftsordnung auf der Agenda. Dieser Punkt war dort seit Langem im Sinne eines liberalen marktwirtschaftlichen Systems entschieden. Es dominierte vielmehr die Sorge vor einer drohenden säkularen Stagnation, vor Unterbeschäftigung und Deflation und der Keynesianismus erlebte eine erste Hochzeit.³⁹⁹ In Deutschland konnte davon keine Rede sein, hier ging es noch um die Gestaltung einer neuen Wirtschaftsordnung.

Die vorgegebene Neue Wirtschaftslehre im Nationalsozialismus konnte für die Bundesrepublik kein angemessenes Paradigma bieten und auch die nationalsozialistische Raumforschung und die Planungen einer Großraumwirtschaft im Rahmen der Kriegswirtschaft stellten keine unmittelbaren Anknüpfungspunkte dar. Auf der Suche nach neuen Paradigmen für die wissenschaftliche Arbeit hatte sich auch das RWI bereits früh in die Diskussion über eine mögliche Gestaltung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Schaffung einer Wirtschaftsordnung für das neue Gemeinwesen

³⁹⁵ Hesse 2010, S. 17–20. Zur Begründung der Institutionenökonomik: North 1988 und ders. 1992.

³⁹⁶ Auch die Einführung der Montanmitbestimmung 1952, das Betriebsverfassungsgesetz und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wären als frühe Elemente bei der Herausbildung des Rheinischen Kapitalismus zu nennen.

³⁹⁷ Abelshauser 2004, S. 173.

³⁹⁸ Zu den verschiedenen Konzepten vgl. Abelshauser 2004, S. 89–106.

³⁹⁹ Hutchison 1979.

eingebraucht.⁴⁰⁰ Noch eher vorsichtig in der Diktion, aber recht eindeutig in der Sache, wird in einer Publikation von 1948 für die Marktwirtschaft plädiert, wenn auch unter Einschluss interventionistischer Elemente, offenbar, weil zu diesem Zeitpunkt die britischen Militärbehörden noch eher planwirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen anhängen. Eine Produktionspolitik im britischen Sinne stehe nach Auffassung des RWI-Autors aber einer Kommandowirtschaft weit näher als einer Marktwirtschaft. Die Bewirtschaftung von Material und Arbeit sowie auch die zahlreichen Produktionsgebote und -verbote seien unter den herrschenden Bedingungen unvermeidlich. Zwar sei auch der „Wirtschaftsliberalismus alten Stils ad absurdum geführt“ worden und zahlreiche seiner Mängel ließen sich anführen,⁴⁰¹ doch vor allem seien es „krankhafte Störungen des Konjunkturverlaufs“, die zu „Inkongruenzen der Wirtschaft von mehr oder weniger säkularer Bedeutung“ geführt hätten. Dagegen richte sich zwar auch die Produktionspolitik und diese gewinne eine „gewisse“ [i.O.] Lenkung der Entwicklung des Produktionspotentials und Einfluss auf den Konjunkturverlauf – bewirke aber insgesamt eben keinesfalls eine gänzliche Überwindung der genannten „krankhafte[n] Störungen“.

Auf der anderen Seite könne man die Wirtschaft in Deutschland unter den gegebenen Bedingungen der Nachkriegszeit nicht sich völlig allein überlassen, weil der Krieg soziale und ökonomische Strukturveränderungen bewirkt habe, die eine ordnende Hand des Staates erforderlich machten. Dazu zähle auch die mangelnde Kenntnis unter den Wirtschaftsführern über das Funktionieren einer Wettbewerbswirtschaft. Die Verhinderung unerwünschter ökonomischer Machtstellungen, Disproportionalitäten und Engpässe in den Produktionsstrukturen, störende Konjunkturbewegungen und Behinderungen im föderalistisch aufgebauten Staatswesen machten deshalb weiterhin Staatseingriffe in die Wirtschaft unverzichtbar. „Alle diese Tatsachen erfordern mehr als früher, dass zentrale staatliche Instanzen sich um den Wirtschaftsablauf kümmern und ihm bei grundsätzlicher Anerkennung der freien Marktwirtschaft Signale setzen und von Fall zu Fall unmittelbar eingreifen.“ Diesen Satz kann man durchaus als eine verdeckte Absage an eine zentrale staatliche Planung und als ein Plädoyer für eine modifizierte Marktwirtschaft verstehen, ganz in Übereinstimmung mit der Konzeption der „Sozialen Marktwirtschaft“, wie sie dann zum Ordnungsmodell der frühen Bundesrepublik wurde. Der staatlichen Wirtschaftspolitik werden dabei wichtige Aufgaben zugewiesen. „Es wäre [jedoch] unlogisch, wenn eine marktwirtschaftlich ausgerichtete Produktionspolitik [gemeint:

400 RWI 51/38: Paul Wiel, Produktionspolitik in der Marktwirtschaft, Essen 1948. Diese Arbeit war, wie auch die Studie über Außenhandel und Beschäftigungspolitik (RWI 51/37), ursprünglich in einer Gemeinschaftsarbeit mit den wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitutionen der britischen Zone entstanden, die dann aber durch die Währungsreform überholt wurde. Eine separate Publikation schien dem RWI dennoch angezeigt.

401 Genannt werden hier Monopole und Oligopole, Zwänge der Fixkostendegression und der Verbundproduktion, fehlerhafte Zukunftserwartungen, sozialrechtliche Einschränkungen, Mängel in der Verkehrssituation, in der Marktorganisation und bei der Kreditgewährung.

Wirtschaftspolitik!] ein Produktionsprogramm [i.O.] vorlegte, wie es zu einer Planwirtschaft gehört.“ Die Kommandowirtschaft der Vergangenheit, in der eine solche Praxis geübt worden sei, habe nur zu schweren Verwerfungen der Wirtschaftsstruktur und zu Ineffizienzen in der Produktion geführt.

In diesem Sinne wird in der Studie eine Reihe von Feldern einer künftigen marktwirtschaftlichen Wirtschaftspolitik skizziert. Dazu zählt in erster Linie die Überwindung der Kapitalknappheit in der Wirtschaft durch eine gezielte Investitionsförderung. Hierfür sei auch die Heranziehung ausländischer Kredite zu erwägen, wenn verhindert werden könne, dass diese angesichts der großen Not der Bevölkerung zu konsumtiven Zwecken verwandt würden. Als weiterer zentraler Bereich wird die Beschäftigungspolitik genannt, die ihr Hauptaugenmerk auf die Schaffung von Arbeitsplätzen in produktiven Bereichen richten müsse. Allerdings sei aus sozialpolitischen Erwägungen bei gravierender Unterbeschäftigung in begrenztem Maße auch „unproduktive“ Beschäftigung zu fördern, in der Hoffnung, dass dies als „Katalysator“ weiterer Entwicklung wirken könne. Schließlich sei die Ausgabenpolitik des Staates von ausschlaggebender Bedeutung, weil Staatsausgaben immer in Konkurrenz zur Privatwirtschaft ständen und gelegentlich weniger effizient seien, manchmal jedoch durch einen „Sonderzweck“ gerechtfertigt sein könnten.

Zur Unterstützung der segensreichen Wirkungen der freien Marktwirtschaft stehe dem Staat darüber hinaus ein ganzes Bündel an Instrumenten einer mittelbaren „Produktionspolitik“ (gemeint: Wirtschaftspolitik) zur Verfügung. Erwähnt werden hier die Förderung von Rationalisierungsmaßnahmen, eine volkswirtschaftliche Beratung, die Organisation technischen Fortschritts und die Forschungsförderung. Auch böten sich Eingriffsmöglichkeiten einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftspolitik nicht nur im industriellen Bereich, sondern darüber hinaus in der Landwirtschaft und im Baugewerbe an. Alle Hoffnungen, die das RWI mit diesem der Zukunft zugewandten Katalog für eine rationale Wirtschaftspolitik auf der Basis einer wissenschaftlich gestützten Expertise hegte und zu deren Unterstützung sich das Institut inzwischen gut aufgestellt sah, mussten sich in den kommenden Jahren noch realisieren und bewähren. Damit richtet sich der Blick auf die Entwicklung des Instituts in den Folgejahren.

Hinsichtlich der methodisch-theoretischen Orientierung der Wirtschaftswissenschaften in Westdeutschland behauptete die Historische Schule der deutschen Nationalökonomie nach 1945 zunächst noch eine bemerkenswerte Stellung. Dazu hat gewiss auch beigetragen, dass das hinsichtlich der NS-Zeit unbelastete wissenschaftliche Personal⁴⁰² weitgehend überaltert war und das NS-Regime eine große Zahl von Gelehrten in die Emigration getrieben hatte.⁴⁰³ Die Volkswirtschaftslehre der späten 1940er Jahre in Deutschland orientierte sich daher eher noch an den Vor-

⁴⁰² Zur Wiederbegründung der Frankfurter Fakultät vgl. z. B. Caspari 2004, S. 464 – 471 und Pierenkemper 2004, S. 582f.

⁴⁰³ Hagemann/Krohn 1992 und dies. 1999.

kriegsverhältnissen der Nationalökonomie in ihrer „geistigen Verarmung“⁴⁰⁴ als an den zwischenzeitlichen Fortschritten der Disziplin, die in den angelsächsischen Ländern erzielt worden waren.⁴⁰⁵ Nicht modellanalytische Arbeiten, sondern konkrete Darstellungen prägten die aktuellen Publikationen, und man knüpfte damit an eine wissenschaftliche Tradition an, in der der Versuch unternommen worden war, theoretisch-systematische Analysen mit historischen Darstellungen zu verknüpfen.⁴⁰⁶ Diese kurzfristig wirkmächtige, aber dennoch bemerkenswerte Kontinuität der historisch-soziologischen Nationalökonomie mit ihrem Bestreben, eine Einheit von Nationalökonomie, Geschichte und Soziologie zu bewahren, verlor in der Folgezeit in der wissenschaftlichen Praxis rasch an Bedeutung.

Doch historisches Denken blieb auch in der Arbeit des RWI nach 1945 zunächst noch prägend. Walther Däbritz hatte die Verselbständigung des Instituts 1943 ja weniger aus wissenschaftsimmanenten, sondern viel stärker aus regionalpolitischen Erwägungen betrieben. Er selbst und in noch viel stärkerem Maße sein nunmehr neu hinzutretender Mitstreiter Bruno Kuske konnten in ihren Arbeiten die Nähe zur Historischen Schule kaum verhehlen. Auch die wenigen frühen Mitarbeiter des Instituts rekrutierten sich aus diesem Umfeld, handelte es sich bei ihnen doch häufig um Schüler des Kölner Ordinarius für Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftsgeografie, wie z.B. Paul Wiel. Eine deskriptive Arbeitsweise blieb deshalb im Institut zunächst vorherrschend, was sich auch durch den Zusatz „praktische“ Wirtschaftsforschung in der neuen Bezeichnung des Instituts ausdrücken sollte.⁴⁰⁷

Die Liste der Lehrveranstaltungen, die Walther Däbritz seit dem Wintersemester 1908/09 an verschiedenen Institutionen gehalten hatte, und seine zahlreichen Publikationen lassen vor allem ein Interesse an praktischen, aktuellen Fragestellungen der Wirtschaft immer wieder offenbar werden. Sie machen zugleich deutlich, dass er wissenschaftliche Probleme immer in anschaulicher, historisch-deskriptiver Weise anging.⁴⁰⁸ Er erweist sich dabei als ein getreuer Vertreter der damals in der deutschen Nationalökonomie noch wirkmächtigen sogenannten jüngeren Historischen Schule der Deutschen Nationalökonomie.⁴⁰⁹ Dafür spricht auch sein Studiengang in Leipzig,

404 Darüber klagte z.B. Schneider 1947, S. 3.

405 Schefold 1998.

406 Nützenadel 2005, S. 27–29. Der Autor nennt hier Gustav Schmoller, Werner Sombart und Max Weber als prägende Gelehrte für diesen Ansatz.

407 Ein entsprechender geistiger Hintergrund wird auch in der Biografie von Walther Däbritz, dem wissenschaftlichen Leiter des Essener Instituts, offenbar. Zunächst wurde er als Jurist in der Praxis für die Essener Credit-Anstalt tätig und entwickelte erst später weitergehende akademische Ambitionen, die sich insbesondere um die kulturelle Förderung der als geistige Diaspora empfundenen Ruhrregion rankten. Mit der Gründung der Akademischen Kurse für Wirtschaftswissenschaften machte die Stadt Essen hier einen ersten Schritt und Däbritz war von Anfang an als Dozent daran beteiligt. 1923 wurde er Leiter der Anstalt, die sich nicht zuletzt durch sein Engagement 1925 zur Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Essen weiterentwickelte.

408 Volkswirtschaftliche Vereinigung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet 1941.

409 Knapp dazu auch Pierenkemper 2012b, S. 116–132.

wo er u. a. bei Karl Bücher, einem der Hauptvertreter dieser Richtung, studiert hatte. Zahlreiche seiner Publikationen stellen wegen ihres reichen empirischen Gehalts bis heute wertvolle historische Quellen dar. Als ein theoretisch arbeitender Wirtschaftswissenschaftler war Walther Däbritz jedenfalls nicht in Erscheinung getreten, auch wenn seine frühen Ausführungen etwa zur Konjunkturanalyse einen beachtlichen Sachverstand deutlich werden lassen.⁴¹⁰ Er war eben vor allem Praktiker und Organisator, und seine größten Verdienste hat er sich zweifellos mit der Begründung, der Organisation und der Wiederbegründung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung in dem Vierteljahrhundert zwischen 1926 und 1952 erworben.

Der noch lange dem Historismus zuneigende wissenschaftliche Standort Walther Däbritz' wird nochmals in seinem Vortrag zum Thema „Aus Theorie und Praxis der Konjunkturforschung“ sichtbar, den er auf der Gründungsversammlung der Fördergesellschaft des RWI am 7. März 1949 hielt. Auch hier griff er zunächst einmal weit in die Vergangenheit zurück, um an der Entwicklung des rheinisch-westfälischen Industriebezirks seit der Mitte des 19. Jahrhunderts einen säkularen Entwicklungstrend nachzuzeichnen, der durch gelegentliche Wirtschaftskrisen geprägt war. Diese Beobachtung wurde bereits von einigen Harvard-Ökonomen 1917 zum Anlass genommen, einen Index zur Beschreibung des Phänomens, das berühmte Harvard-Barometer, zu entwickeln. Dessen methodische Unzulänglichkeiten bewogen Prof. Wagemann in Berlin zur Suche nach einer verbesserten Form der Konjunkturbeschreibung, an der sich seit 1926 auch die „Abteilung Westen“ in Essen beteiligte. In der Praxis hatten sich diese Bemühungen nach Ansicht Däbritz' bis 1952 aber noch nicht wirklich bewähren können, weil im 20. Jahrhundert der „secular trend“ des 19. Jahrhunderts von zahlreichen Störungen schwerster Art, „residual movements“ benannt, überlagert wurde. Dies alles wird mit Verweisen auf die historische Entwicklung nachgezeichnet und die gegenwärtigen Strukturprobleme der Wirtschaft werden als historische Phänomene deutlich benannt. Allerdings erschien Däbritz durch die Maßnahmen in der allerjüngsten Zeit – gemeint ist die Wiedereinführung liberaler, marktwirtschaftlicher Elemente in die westdeutsche Wirtschaftsordnung – eine fortschreitende Flexibilisierung der Wirtschaft unübersehbar und somit die Voraussetzung für eine Wiederkehr der vertrauten Konjunkturzyklen gegeben. Deshalb gelte es in der zukünftigen Arbeit des Instituts auch die Konjunkturberichterstattung neben der weiterhin zu betreibenden Strukturberichterstattung stärker zu berücksichtigen. Damit war das Arbeitsprogramm des RWI für die folgenden Dekaden, nämlich eine empirisch gestützte Konjunkturanalyse und Strukturberichterstattung, hinreichend umschrieben.⁴¹¹

Eine rasche Ent-Historisierung der allgemeinen Volkswirtschaftslehre in der Bundesrepublik war bis ca. 1955 weitestgehend vollzogen und wurde getragen von einem neuen Hochschulpersonal, das erste Kontakte insbesondere zu den Universi-

⁴¹⁰ Däbritz 1931a.

⁴¹¹ Ähnlich auch Däbritz 1952.

täten und Forschungsinstitutionen der USA geknüpft hatte.⁴¹² Darauf konnte die deutsche Volkswirtschaftslehre mit den Arbeiten der jüngeren Forscher in den 1960er Jahren aufbauen.⁴¹³ Erst Mitte der 1950er Jahre waren damit die kurzfristig noch wirkmächtige Historische Schule und der Ordoliberalismus durch den wachsenden Einfluss der anglo-amerikanischen Wirtschaftstheorie auch in Westdeutschland zurückgedrängt und der deutsche Sonderweg innerhalb der Wirtschaftswissenschaften nahm damit ein Ende.

Dazu hatten nicht zuletzt Rückkehrer aus dem Ausland und die zahlreichen Forschungsaufenthalte jüngerer Ökonomen in den USA entscheidend beigetragen.⁴¹⁴ Deren Wirken schlug sich zunächst in verschiedenen modernen Lehrbüchern der Volkswirtschaftslehre nieder, von denen insbesondere die Einführungen in die Volkswirtschaftslehre von Erich Schneider⁴¹⁵ und Heinz Sauermann⁴¹⁶ hervorzuheben sind. Als bald folgten auch Übersetzungen englischsprachiger Lehrbücher ins Deutsche und hier erzielte Paul A. Samuelson⁴¹⁷ einen überragenden internationalen Erfolg. Mit diesen Publikationen etablierte sich auch in der deutschen Volkswirtschaftslehre eine kanonische Trennung der volkswirtschaftlichen Theorie in eine Mikroökonomik (Markt- und Preistheorie) einerseits und eine Makroökonomik (Kreislaufanalyse) andererseits. Damit war hier ebenfalls die Abkehr von der deutschsprachigen Tradition der Wirtschaftswissenschaften vollzogen. Jan-Otmar Hesse sieht den „eigentlichen Quantensprung in der Entwicklung der bundesdeutschen Volkswirtschaftslehre“⁴¹⁸ hingegen allein in der Übernahme der neoklassischen Mikroökonomie, weil ihm in diesem Bereich der Rückstand gegenüber der angelsächsischen Ökonomie am größten scheint.⁴¹⁹ Einen Meilenstein für die Übernahme dieses Theoriekomplexes stellt hier Alfred E. Otts Lehrbuch von 1967 dar.⁴²⁰ Anknüpfen konnte diese Theorierichtung allenfalls an deutschsprachige Arbeiten über unvollkommenen Wettbewerb der 1930er Jahre,⁴²¹ die allerdings bei den Ordnungspolitikern der Freiburger Schule auf Ablehnung gestoßen

412 Nützenadel 2007, S. 30–33.

413 Hesse 2010, S. 21f.

414 Nützenadel 2007, S. 56–62. Als Beispiele können hier Erich Schneider und Heinz Sauermann genannt werden; Ersterer verbrachte die NS-Zeit im Ausland, Letzterer reiste sehr bald in die USA und kam dort mit den Fortschritten der angelsächsischen Wirtschaftswissenschaften in Kontakt. Vgl. dazu Nützenadel 2007, S. 31 u. S. 56f. Auch Wilhelm Bauer vom RWI machte im Sommer 1954 eine Studienreise in die USA.

415 Schneider 1947–1962.

416 Sauermann 1960–1963.

417 Samuelson 1961.

418 Hesse 2010, S. 348.

419 Auf die Fortschritte in Deutschland im Bereich der Kreislauftheorie während der Zwischenkriegszeit hat ja auch schon Tooze (2001, S. 103–148) nachdrücklich hingewiesen.

420 Ott 1967. Parallel dazu erschien auch die deutsche Übersetzung eines der führenden amerikanischen Lehrbücher der Mikroökonomie, nämlich Henderson/Quandt 1967.

421 Zu nennen wären hier Schneider 1932 und Stackelberg 1934. Allgemein dazu Hesse 2010, S. 350–364.

waren.⁴²² Diesen schien eine systematische Konstruktion von Marktformen auf der Basis von Annahmen über das Angebots- und Nachfrageverhalten der Wirtschaftssubjekte zu realitätsfern, zu formal. Sie plädierten vielmehr für eine Gewinnung von Typen des Marktes aus den historischen Gegebenheiten.

Für die empirische Wirtschaftsforschung in der Bundesrepublik der frühen 1950er Jahre blieben alle diese theoretischen Neuerungen zunächst noch von eher geringer Bedeutung. Und auch die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute suchten noch nach einer neuen wissenschaftlichen Orientierung, wobei die Fortschritte in den statistischen Methoden sich von größerer Relevanz für ihre praktische Arbeit erwiesen als die Entwicklungen der ökonomischen Theorie. Dies war und blieb auch der Schwerpunkt der methodischen Basis für die Arbeit des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung in den ersten beiden Dezennien nach seiner Wiederbegründung im Jahre 1947.

⁴²² So bei Eucken 1940.